

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1910**

61 (3.3.1910) Amtliche Berichte über die Verhandlungen der Badischen  
Ständeversammlung Nr. 51. Erste Kammer. 6. öffentliche Sitzung

# Ämtliche Berichte

über die

## Verhandlungen der Badischen Ständeversammlung.

N. 51.

Karlsruhe, den 3. März

1910.

### Erste Kammer.

#### 6. öffentliche Sitzung

am Samstag den 26. Februar 1910.

Unter dem Vorsitz des Durchlauchtigsten Präsidenten,  
Seiner Großherzoglichen Hoheit des Prinzen  
Maximilian von Baden.

#### Tagesordnung:

1. Bekanntgabe der Einläufe.
2. Mündlicher Bericht der Budgetkommission und Beratung über die in den Jahren 1908 und 1909 erteilten Administrativkredite; Berichterstatter: Freiherr Böcklin von Böcklinsau.
3. Mündliche Berichte der gleichen Kommission und Beratung über das Budget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts (Hauptabteilung III) für die Jahre 1910 und 1911, und zwar:
  - a) Ausgabe Titel IX: Kultus; Berichterstatter: Freiherr von la Roche-Starckenfels.
  - b) Ausgabe Titel X: Unterrichtswesen, I. Hochschulen; Ausgabe Titel XI: Wissenschaften und Künste; Berichterstatter: Wirklicher Geheimer Rat Dr. Bürlin.

Am Regierungstisch: Staatsminister Dr. Frhr. von Dusch, Minister Frhr. von Marshall, Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. Hübsch, Ministerialdirektor Geheimer Oberregierungsrat Weingärtner, Geheimer Oberregierungsrat Dr. Böhm, die Ministerialräte Dr. Stoll, Moser und Dr. von Engelberg, sowie Landrichter Dr. Barning.

Der Durchlauchtigste Präsident eröffnete die Sitzung um 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr vormittags und teilte dem hohen Hause folgende Einläufe mit:

1. Entschuldigung wegen Fernbleibens von der Sitzung von Fürst von der Leyen.
2. Mitteilungen des Präsidiums der Zweiten Kammer über
  - a) die Genehmigung des Ausgabetitels XVI und Einnahmetitels VII (Landwirtschaft) des Budgets Großh. Ministeriums des Innern (Hauptabt. IV) für 1910 und 1911;
  - b) die Genehmigung der seinerzeit zurückgestellten Position 3 des Verzeichnisses der Administrativkredite für 1908 und 1909;
  - c) die Genehmigung des Ausgabetitels IX (Kultus) des Budgets des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für 1910 und 1911;
  - d) die Genehmigung des Ausgabetitels XI (Wissenschaften und Künste) des Budgets des gleichen Ministeriums;
  - e) über die Genehmigung des Budgets des gleichen Ministeriums, Ausgabeteil X (Unterrichtswesen), I. Hochschulen, ferner
  - f) II. Höhere Schulen und Volksschulen;
  - g) die Ergänzung des § 13 der Geschäftsordnung der Zweiten Kammer auf Grund des § 3 Abs. 3 des Gesetzes über die Aufwandsentschädigung der Landtagsabgeordneten.
3. Ein zunächst der Zweiten Kammer vorgelegter Gesetzentwurf, betreffend die Einwirkung der Armenunterstützung auf öffentliche Rechte.
4. Ein weiterer ebenfalls zunächst der Zweiten Kammer vorgelegter Gesetzentwurf, die Abänderung des Einkommenssteuer- und Vermögenssteuergesetzes betr.
5. Die summarische Nachweisung über den Fortgang des Eisenbahnbaues in den Jahren 1908/09 und den hier-

für aus den Mitteln der Eisenbahnschuldentilgungskasse bestrittenen Aufwand.

6. Ein ebenfalls zunächst der Zweiten Kammer vorgelegter Gesetzentwurf, betreffend Änderungen des Gesetzes über den Elementarunterricht.

7. Ein Vorschlag der Vereinigung Karlsruher Architekten bezüglich einer beabsichtigten Abänderung der Landesbauordnung.

8. Eine Einladung des geschäftsführenden Ausschusses der internationalen Winterportausstellung in Triberg zum Besuche dieser Ausstellung.

9. Eine Zuschrift des Verbands der deutschen Juden unter Anschluß des stenographischen Berichts über die III. Hauptversammlung des Verbands im Oktober 1909 zu Breslau.

10. Eine Zuschrift des evangelischen Oberkirchenrats unter Anschluß eines Exemplars der Verhandlungen der ordentlichen Generalsynode im Jahre 1909, wofür der Dank der Kammer ausgesprochen wird.

11. Ein Schreiben des Vorstandes des Lehrervereins unter Anschluß einer Denkschrift über die Neubearbeitung des Elementarunterrichtsgesetzes.

12. Ein Schreiben des bad. Landesvereins für innere Mission mit Einladungen zu einem Vereinsabend mit Vortrag.

13. Eine Zuschrift der Heil- und Pflgeanstalt für Epileptische in Kork mit dem Jahresbericht der Anstalt für das Jahr 1908.

14. Ein Schreiben des Dr. Berner am Samariterhaus in Heidelberg unter Überreichung seines Werkes „Das Vorkommen des Krebses in Baden“, wofür der Dank des Hauses ausgesprochen wird.

Ziffer 3 wird der Kommission für Justiz und Verwaltung, Ziffer 4 und 5 werden der Budgetkommission, Ziffer 6 und 11 einer noch zu ernennenden Kommission überwiesen.

#### Petitionen sind eingekommen:

1. vom bad. Brauerbund der Kleinbrauer um Subventionierung einer Versuchsstation für Brauerei und Mälzerei in Baden und Aufnahme eines Betrags in den außerordentlichen Etat für 1910 und 1911;

2. von der Handelskammer für den Kreis Freiburg, die Organisation der Handelsschulen betr.;

3. vom Bund gegen den Wiederaufbau des Heidelberger Schlosses um Verjagung der Zustimmung zu dem Projekt der Regierung, die Fassade des Otto-Heinrichs-Baus niederzulegen und wieder aufzubauen;

4. vom Heidelberger Schloßverein, den Otto-Heinrichs-Bau des Heidelberger Schlosses betr., und

5. eine Beitrittserklärung des Stadtrats Heidelberg dazu;

6. vom Gemeinderat Weisweil, die Verlängerung des Rheinuferbaues am Talweg bei der Ausmündung des

Rheins oberhalb der Schiffbrücke auf Gemarkung Weisweil betr.;

7. vom Gemeinderat Mühlhofen und der mechan. Baumwollweberei daselbst, die Korrektur der Seefelder Ach betr., desgleichen vom Gemeinderat Oberhülbingen.

8. eine Beitrittserklärung der Gemeinden Furtwangen, Gremmelsbach, Langenschiltach, Ruzbach, Rohrbach, Rohrhardsberg, Schönwald und Schonach zu der Petition der Gemeinde Triberg, den Umbau des Bahnhofes daselbst betreffend.

Ziffer 1—8 werden der Budgetkommission überwiesen.

9. von den Städten Überlingen, Stockach und Engen sowie 76 Gemeinden und Korporationen um Erbauung einer normalspurigen Bahn von Engen über Ach-Engeltingen—Drüdingen nach Reuzingen mit Anschluß an die Bodenseegürtelbahn in Eipasingen;

10. von den Gemeinden Ruzheim, Niedolsheim und Hochstetten um Erbauung einer Bahn von Ruzheim über Hochstetten—Niedolsheim nach Ruzheim;

11. von den Gemeinden Mingolsheim und Kronau um Einmündung der in Aussicht genommenen Ostringen Nebenbahn in Mingolsheim;

12. vom Hörbahnkomitee um Erstellung einer Staatsbahn von Adolfszell durch die Hör mit Anschluß an die schweizerische Bundesbahn und Beitrittserklärung der Städte Pfullendorf und Sigmaringen zu dieser Petition.

13. von der Gemeinde Hintzlingen um Errichtung einer Güterstation;

14. von den Städten Waldshut und Tiengen sowie den Gemeinden des oberen Rheintales und des Zollausschlaggebiets um Erbauung einer Lokalbahn von Waldshut-Tiengen über Hohentengen, Dettighofen nach Zettlingen.

15. vom Gemeinderat Breisach, den Umbau des Bahnhofs Breisach betr.;

16. von der Gemeinde Tengen und 10 weiteren Gemeinden und Interessenten, die Fortsetzung der Bahn Singen—Beuren bis Tengen betr.;

17. vom Eisenbahnkomitee Buchen, Erbauung einer Eisenbahn von Strümpfelbrunn über Mudau—Buchen—Altheim nach Rosenbergl und Tauberbischofsheim;

18. von den Gemeinderäten von Butzsjingen und Degernau um Errichtung einer Personen- und Güterhaltestelle für Butzsjingen und Degernau.

Ziffer 3—18 werden der Kommission für Eisenbahnen und Straßen überwiesen.

19. vom Verband der bad. Grund- und Hausbesitzervereine, die Änderung des Ortsstraßengesetzes betr.;

20. vom Vorsitzenden des bad. Vereins für Frauenstimmrecht, das Gemeindevahlrecht der Frauen betr., und

20a. Beitrittserklärungen der Vereine „Frauenbildungs-Frauenstudium“ und „Rechtsschutzstelle für Frauen und Mädchen“ dazu.

Ziffer 19, 20 und 20a werden der Kommission für Justiz und Verwaltung überwiesen.

21. vom Verband der bad. Bahn-, Weichen- und Signalwärter, den Vollzug des Beamtengesetzes und die Dienstverhältnisse der Wärter betr.;

22. von den bad. Gruppen der deutschen Gartenstadtgesellschaft, die Wohnungsreform betr.;

23. von den technischen Assistenten und Hochbauassistenten der Eisenbahnverwaltung um Ausgleich der beim Vollzug des Beamtengesetzes unterlaufenen Härten betr.;

24. von der Vereinigung der Hoch- und Tiefbautechniker der bad. Staatseisenbahnen um weitere etatmäßige Amtsstellen und Verbesserung der Einkommensverhältnisse;

25. von den Beamten der Kostenrevision der Zoll- und Steuerdirektion um Einreihung in die ihrer Dienstaufgabe entsprechende Gehaltsklasse;

26. von Georg Singler, Kanzleiaffizient bei Großh. Forst- und Domänenverwaltung, um Einreihung unter § 3 b des Gehaltstariifs;

27. vom südwestdeutschen Verband für Nationalstenographie um Zulassung der Nationalstenographie an den Mittelschulen und im Justizdienst;

28. vom Landesverein der Bureau-, Kanzlei- und Rechnungsbeamten der gesamten Großh. Staatsverwaltung, eine Berücksichtigung ihrer in der 3. Sitzung bekannt gegebenen Petition um Besserstellung betr.;

29. vom Verein staatl. geprüfter bad. Werkmeister, die Gehalts- und Anstellungsverhältnisse der nichtetatmäßigen Hochbauwerkmeister der Großh. Staatsverwaltung;

30. vom Landesverband bad. Schaffner um Verbesserung ihrer Einkommensverhältnisse;

31. von den Beamten der Verkehrsbureaus der Staatseisenbahnverwaltung, die Neuregelung der Kosten der Dienststreifen betr.

Ziffer 21—31 werden der Petitionskommission überwiesen.

Ferner wurde beschlossen, die der Kommission für Eisenbahnen und Straßen überwiesene Petition des Gemeinderats Triberg, den Umbau des Bahnhofes in Triberg betr., an die Budgetkommission zu überweisen.

Der Durchlauchtigste Präsident: Siemissen, daß durch Gesetz die Tagelöhner der Abgeordneten in eine Aufwandsentschädigung umgeändert worden sind. § 3 dieses Gesetzes lautet:

„Für jeden Tag, an dem ein Abgeordneter der Sitzung der Kammer, der er angehört, fern geblieben ist, wird von der nächsten fälligen Entschädigung den nicht in Karlsruhe wohnenden Abgeordneten der Betrag von 15 Mark, den in Karlsruhe wohnenden Abgeordneten der Betrag von 10 M. in Abzug gebracht.“

Dieser Abzug findet nicht statt, wenn das Fernbleiben durch Krankheit oder durch Geschäfte im Interesse des Landtages veranlaßt ist. Die Entscheidung darüber, ob diese Voraussetzungen vorliegen, steht dem Präsidenten der Kammer zu.

Die näheren Bestimmungen darüber, wie die Anwesenheit der Abgeordneten in den Sitzungen der Kammer festgestellt wird, trifft die Geschäftsordnung jeder der beiden Kammern.“

Ich möchte zunächst feststellen, ob gewünscht wird, daß diese Frage einer Kommission überwiesen werde, oder ob vielleicht das Hohe Haus damit einverstanden ist, daß wir die Sache sofort hier im Plenum erledigen, und zwar nach dem Wortlaut des Beschlusses der Zweiten Kammer. — Es erhebt sich kein Widerspruch. Die Zweite Kammer hat in ihrer 28. öffentl. Sitzung in Gemäßheit des § 3 Abs. 3 des Gesetzes vom 31. Januar 1910, die Aufwandsentschädigung der Landtagsabgeordneten betreffend, über die Ergänzung der Geschäftsordnung der Kammer auf Grund des mündlichen Berichts der Kommission für Geschäftsordnung, Archivariat und Bibliothek beraten und nach deren Antrag beschlossen, in § 13 der Geschäftsordnung — das ist bei uns § 9 der Geschäftsordnung — vor dem Worte „Abstimmungslisten“ die Worte „Anwesenheits- und“ einzufügen und dem Paragraphen folgenden zweiten Absatz anzufügen:

„Die Anwesenheitslisten liegen zur Einsicht und etwaigen Nichtigstellung durch die Abgeordneten beim Archivariat auf.“

§ 9 würde demnach lauten:

„Die Sekretäre entwerfen die Protokolle oder lassen sie unter ihrer Aufsicht entwerfen, führen die Anwesenheits- und Abstimmungslisten, die Register über die Motionen der Ständeglieder, sowie über die Anzeigen derjenigen, welche über die zur Tagesordnung kommenden Gegenstände sprechen wollen, und ein Einreichungsprotokoll über die einkommenden Petitionen.“

Die Anwesenheitslisten liegen zur Einsicht und etwaigen Nichtigstellung durch die Abgeordneten beim Archivariat auf.“

Da keiner der Herren das Wort ergreift ist das Hohe Haus mit der vorgeschlagenen Änderung einverstanden.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht der Budgetkommission und Beratung über die in den Jahren 1908 und 1909 erteilten Administrativkredite erhält das Wort der Berichterstatter

Freiherr von Boecklin: Die Gesamtsumme der in den Jahren 1908/09 bewilligten Administrativkredite beträgt 4,7 Millionen.

Wenn sich diese Summe auch über den Durchschnitt der letzten 10 Jahre, der 2 Millionen beträgt, erhebt, so hat es Ihre Budgetkommission doch freudig begrüßt, daß sie hinter dem Höchststand der letzten Budgetperiode von 12½ Millionen Mark weit zurückgeblieben ist.

Auch diesmal hat wieder der Eisenbahnbau den größten Teil der bewilligten Kredite in Anspruch genommen, nämlich mehr wie 3 Millionen. Von den sämtlichen übrigen Krediten sind alle bis auf drei zu baulichen Zwecken verwendet worden, und alle genehmigten Kredite entsprechen den Anforderungen des Art. 12 des Statutes. Alle Kredite haben die Genehmigung Ihrer Budgetkommission gefunden. Ich habe jedoch den Auftrag, zu einzelnen Positionen einige Worte zu erwähnen.

Es betrifft dies zunächst das Landesgefängnis in Mannheim, das auch in der Hohen Zweiten Kammer zu wiederholten Anständen Veranlassung gab, die sich aber später als verhältnismäßig harmlos herausstellten. Wenn bei dieser Position sich Schwierigkeiten gezeigt haben, so liegen ihre Ursachen in der budgetären Behandlung. Im Budget 1904/05 ist als Gesamtaufwand für den dreiflügeligen Zellenbau in Aussicht genommen gewesen die Summe von 3 120 000 M. Bis heute sind nur zwei Zellenflügel gebaut, und es sind insgesamt aufgewendet worden 3 200 000 M., und aus dem an die Budgetkommission gelangten Schreiben des bauleitenden Architekten ersehen wir, daß der dritte Flügel, der noch zu bauen ist, 288 000 M. kosten wird, so daß der fertiggestellte dreiflügelige Bau auf die Summe von 3 500 000 M. käme. Das sieht allerdings aus, wie eine Überschreitung, und man kann es einem nicht verdenken, wenn man im ersten Augenblick zu der Anschauung gelangt, daß hier mehr ausgegeben wurde, wie vorgesehen war. Dieser Mehrbetrag setzt sich zusammen aus folgenden Posten: Zunächst für den Bauplatz 65 000 M. Diese 65 000 M. sind in der ursprünglichen im Budget erwähnten Summe nicht aufgeführt, gehören aber doch wohl hinein, denn ohne einen Bauplatz kann man sehr schwer ein Landesgefängnis bauen. Ebenso fehlte die innere Einrichtung mit 100 000 M., die doch sicher zu einem vollkommenen Landesgefängnis gehört. Und schließlich sind es die Strafenkosten mit 214 000 M., die aber teilweise wieder zurückvergütet werden. Der Anfang dieser Position stammt aus der Zeit, wo man es nicht so genau genommen hat mit der Aufstellung des Gesamtanschlags und genau ausgearbeiteter Pläne, denn die erste Statposition wurde schon angefordert in der Periode 1902/03, ohne daß ein Gesamtaufwand im voraus ausgerechnet war. Wären alle diese Posten in einem Gesamtanschlag zusammengezogen gewesen, so wären der Grobreg. Regierung wie den Landständen die Schwierigkeiten erspart worden, die jetzt die Erörterung der Position verursacht hat.

Zum Landesgefängnis selbst hat die Zweite Kammer sich verschiedentlich darüber geäußert, daß es etwas allzu reichlich — es ist auch das Wort luxuriös gefallen — ausgestattet sei. Die Zweite Kammer hat Veranlassung genommen, sich das Gefängnis anzuschauen, und es scheint mir, daß sie sich nicht ganz hat bekehren und eines Besseren belehren lassen. Ihr Referent hat sich diesem Ausflug nach Mannheim angeschlossen und ist zwar zu der Überzeugung gelangt, daß der Bau durchaus sachgemäß und unter bester Ausnutzung der bewilligten Mittel und auf Grund sehr sorgfältiger und eingehender Studien hergestellt worden sei, aber daß auf der anderen Seite doch manches vielleicht so reichlich ausgeführt worden sei, daß Bedenken wach werden konnten, ob die Gefängnisstrafe auf manche Klassen der Bevölkerung noch die notwendige abschreckende Wirkung ausübt. Wenn man bedenkt, daß ein Mann — wie das bei der untersten Klasse der Strafgefangenen meist der Fall ist — sich im kalten Winter oft abplagen muß, um sich sein tägliches Brot, ein geheiztes und beleuchtetes Zimmer zu verschaffen, daß er dann in ein gut eingerichtetes, sauberes, geheiztes Lokal hineinkommt, dann hat das schon keine abschreckende Wirkung mehr auf ihn, denn er kann sich dies verhältnismäßig billig verschaffen. Ihre Budgetkommission hat sich einstimmig diesem Bedenken angeschlossen und glaubt empfehlen zu dürfen, wenn ein neues Landesgefängnis gebaut wird, ihnen Rücksicht zu tragen.

Ein weiterer Punkt, der Ihrer Budgetkommission Veranlassung gegeben hat, eine Einwendung zu machen, ist

das Kollegienhaus in Freiburg. Dort haben wir es mit einer Überschreitung des ursprünglichen Voranschlags von 800 000 M. zu tun. Diese Überschreitung hat eine etwas komplizierte Geschichte. Aus dem Budget 1908/09 erfahren wir, daß die Überschreitung nur etwa 137 000 M. betragen würde. Aber schon während des Landtags 1908/09 erhielt Ihre Budgetkommission eine Mitteilung aus der ersichtlich ist, daß die Überschreitung nicht 137 000 M., sondern 178 000 M. betragen würde.

Damals hat sich Ihre Kommission dahin geäußert, daß sie diese Überschreitung zwar bedaure, aber Einwendungen dagegen nicht machen könne. Aus dem vorliegenden Budget 1910/11 erfahren wir, daß schon im Jahre 1909 die Überschreitung 280 000 M. betragen habe, also 100 000 M. mehr, als uns angemeldet war, und jetzt unter die ganze Sache ein Strich gemacht, und es heißt: Die Überschreitung beträgt rund 800 000 M. Ihre Kommission verkennt nicht die unglücklichen Umstände, die hier die Veranlassung zu dieser Überschreitung gegeben haben. Aber auf der anderen Seite kann sie sich bei Bedenken nicht erwehren, daß die technischen Behörden doch den ersten Voranschlag etwas erfolgreicher hätte nachprüfen können. Wie wir aus den Verhandlungen des anderen Hohen Hauses ersehen, hat der technische Referent zwar die Überschreitung erkannt und seine Bedenken dahin geäußert, aber die Ministerialbaukommission hat sich diesen Bedenken nicht anschließen können. Ich heiße doch mit anderen Worten, daß die Ministerialbaukommission die Situation hier nicht richtig erkannt hat. Ihre Kommission hat mich beauftragt, den Wunsch auszudrücken, daß derartige Überschreitungen in Zukunft vermieden werden sollen.

Der letzte Punkt, bei dem Ihre Kommission mich beauftragt hat, einige Bedenken zu äußern, sind die beiden Bahnhöfe in Offenburg und in Radolfzell. Die gewöhnlichen Administrativkredite entsprechen ja durchaus den Anforderungen des Etatgesetzes, sie sind vorweggenommen als Teilaufwand von schon im gesamten bewilligten Beträgen. Es handelt sich aber hier um Beträge, die von größerer Bedeutung sind, nämlich in Offenburg um 2 1/2 Millionen und in Radolfzell um 650 000 M., also über 3 Millionen Mark. Diese drei Millionen Mark bedeuten einen Posten von erheblicher Bedeutung in unserem Eisenbahnbudget; sie gewinnen umso mehr Bedeutung, wenn wir auf den Gang des Baues dieser beiden Positionen näher ansehen.

In Offenburg wurden im Jahre 1904/05 1,7 Millionen Mark verbaut, im Jahre 1906/07 2,5 Millionen Mark, und jetzt auf einmal in der Budgetperiode 1908/09 wurden außer der bewilligten Budgetposition von 4,2 Millionen Mark und dem zur Verfügung stehenden Kreditrest von 0,8 Millionen Mark noch die 2,5 Millionen Administrativkredite in Anspruch genommen. Das macht einen Aufwand in den Jahren 1908/09 von 8,2 Millionen im Verhältnis zu 1,7 und 2,5 Millionen in den vorangegangenen Budgetperioden.

Genau dasselbe trifft zu bei Radolfzell, wo in den Budgetperioden 1904/05 und 1906/07 im ganzen nur verbaut wurden 678 000 M., während jetzt auf einmal in einer Budgetperiode beinahe der dreifache Betrag von 1,7 Millionen verbaut wurde.

Ihre Budgetkommission hat mich beauftragt, die Grobreg. Regierung zu befragen, was sie veranlaßt hat, so plötzlich das Bautempo zu beschleunigen. Sie verkennt nicht, daß es durchaus zu begrüßen ist, wenn ein einmal begonnener

ner Bau auch möglichst schnell zu Ende geführt wird. Wenn aber die Grob-Regierung die Absicht hat, so vorzugehen, so würde es sich empfehlen, rechtzeitig im Baubudget die entsprechenden Anforderungen zu stellen, um so das Prüfungsrecht der Landstände zu erleichtern.

Bei dieser Gelegenheit kam in Ihrer Budgetkommission die Sprache auch auf die Einrichtung der provisorischen Bahnhöfe. Es wurde insbesondere auf den provisorischen Bahnhof in Offenburg hingewiesen. Es wurde dort dabei geltend gemacht, dieser Bahnhof sei für einen provisorischen Bahnhof ganz hervorragend gebaut und habe jedenfalls auch zu großem Aufwand Veranlassung gegeben, er sei sogar so gut gebaut, daß man ihn recht gut als eine dauernde Einrichtung hätte betrachten können. Es wurde bei dieser Gelegenheit auf England und Amerika hingewiesen, wo in den großen Städten in den belebtesten Straßen sogar die Bahnhöfe nur provisorisch errichtet würden und nach der Straße hin vielleicht eine in das Straßenbild sich gut einfügende Fassade erhielten. Dieses Vorgehen entspräche auch dem Charakter, den Bahnhöfe im allgemeinen haben sollen. Die Verkehrstechnik gebe Veranlassung, nach einer verhältnismäßig kurzen Spanne Zeit die Bahnhofsbauten wieder umzuändern und neuen Bedürfnissen anzupassen, so daß der „dauernde provisorische“ Charakter bei einem Bahnhof wohl das vorwiegende und ihm auch Rechnung zu tragen sei.

Dies sind die Punkte, die Ihre Kommission mich zu erwähnen beauftragt hat, und ich habe nochmals die Genehmigung der sämtlichen Posten der Administrativkredite zu beantragen.

Ministerialdirektor Geheimer Rat Dr. Hübsch (als Regierungsvertreter): Ich möchte mir gestatten, mit wenig Worten die Stellungnahme zu kennzeichnen, die die Justizverwaltung eingenommen hat gegenüber den Bedenken, die sich gegen das neue Landesgefängnis in Mannheim erhoben haben.

Was zunächst die Kostenfrage anlangt, so hat der Herr Berichterstatter bereits in durchaus zutreffender Weise festgestellt, daß von einer Ueberschreitung gegenüber dem ursprünglichen Voranschlag keine Rede sein kann. Wenn uns ein Vorwurf treffen kann, so ist es meines Erachtens der, daß wir hier durch die Zerlegung der Anforderung auf verschiedene Perioden in den einzelnen Budgetperioden verhältnismäßig zu geringe Anforderungen gestellt haben mit Rücksicht auf die jeweilige Finanzlage; insbesondere die Position, die für die Budgetperiode 1908/09 eingestellt worden ist, war so unverhältnismäßig nieder, daß damit eine ersprießliche Fortführung des Baues bis zu seiner Vollenendung einfach unmöglich war, und wir standen demzufolge im Sommer dieses Jahres vor der Wahl, entweder den Bau unvollendet zu lassen und den Bezug des Gefängnisses hinauszuschieben, oder mit der Erwirkung eines Administrativkredits die erforderlichen Mittel uns zu verschaffen um den Bau zu Ende zu führen. Es sind in bezug auf die Kostenfrage besondere Bedenken nicht mehr geltend gemacht worden, und es muß vor allem hervorgehoben werden, daß die Baubehörde und der hochverdiente Leiter des Baues in durchaus sorgfamer Weise mit den Mitteln gerechnet haben, um mit dem geringsten Aufwand das beste Resultat zu erzielen.

Was nun die andere Beauftragung anbelangt, daß im ganzen der Bau, wenn auch nicht zu luxuriös aus-

gestaltet, doch im Verhältnis zu seinem Zweck etwas zu reichlich bedacht worden sei, was möglicherweise die Lust erwecken könnte, freiwillig in ihm einen längeren Aufenthalt zu nehmen, so haben wir selbstverständlich versucht, auch alle diejenigen Erfahrungen auszunutzen, die man im Gefängnisbauwesen anderwärts gemacht hat. Wir haben insbesondere die Einrichtungen, die eine Schweizer moderne Anstalt eingeführt hat, genau angeschaut und davon abgenommen, was uns zweckmäßig erschienen hat. Es ist auch im anderen Hohen Hause nicht gesagt worden, worin eigentlich die zu reichliche Ausstattung bestehen soll. Ich glaube, die Hauptursache dieser Beauftragung liegt darin, daß der Neubau in der Tat auf den Besucher, der sich unter einem Gefängnisbau ein dunkles abschreckendes Gebäude vorstellt, einen freundlichen Eindruck macht. Es ist versucht worden, die Gänge und Zellen in genügender Weise zu belichten, und es sind alle Einrichtungen getroffen, die zur Erhaltung der Gesundheit der Gefangenen nach modernen Begriffen unentbehrlich sind. Es mag sein, daß das den Eindruck macht, daß wir etwas zu viel getan haben. Ich glaube aber kaum, daß die Besichtigung des Landesgefängnisses in Mannheim bei einem der Besucher die Neigung erweckt hat, für längere Zeit dort wohnen zu wollen.

Man hat in der Budgetkommission der Zweiten Kammer darauf hingewiesen, daß wir elektrisches Licht eingeführt hätten. Das ist nun nicht zur Erhöhung der Annehmlichkeiten der Gefangenen, sondern im Interesse der Sicherheit des Betriebs geschehen; denn in den Anstalten, in denen wir jetzt noch mit Gas die Beleuchtung besorgen müssen, sind wir zahlreichen Gefahren ausgesetzt, die mit dieser Beleuchtungsart zusammenhängen. Daß die Aborteinrichtung der Zellen mit besonderen Spülvorrichtungen versehen worden ist, hat die Kosten nicht unverhältnismäßig erhöht und hat für die gesundheitlichen Verhältnisse der Anstalt die besten Folgen.

Im ganzen wird nur geltend gemacht, es solle eben der Gefangene nicht den Eindruck gewinnen, es werde ihm hier etwas angenehmes bereitet, sondern es soll auf ihn abschreckend gewirkt werden. Wir müssen in dieser Beziehung darauf hinweisen, daß die Gefangenen aller Berufsclassen die Entziehung der Freiheit, ihrer freien Bewegungsmöglichkeit, so schwer empfinden, daß nur in vereinzelt Fällen Gefangene sich finden, die es mit Rücksicht auf die bessere Verpflegung, die sie da haben, vorziehen, im Gefängnis statt in der Freiheit zu leben. Das kommt aber dann nicht nur in Mannheim, das kommt auch an anderen Anstalten vor. Ich kann Ihnen da einen Fall aus meiner Erfahrung anführen, der sich auf das Männerzuchthaus in Bruchsal bezieht, eine Anstalt, die nicht mehr ganz den modernen Anforderungen entspricht, und auch nicht den freundlichen Eindruck macht wie Mannheim. Dort hat ein Inasse erklärt, daß, wenn er noch die Vergünstigung bekäme, Sonntag Nachmittag eine Stunde einen Spaziergang zu machen und dazu ein Viertel Wein, er sich verpflichten würde, für sein ganzes Leben in der Anstalt zu bleiben.

Ich kann nicht anerkennen, daß wir etwas getan haben, was sich nicht mit dem Zweck des Strafvollzugs vereinbaren läßt, der nicht allein in der Abschreckung besteht, sondern auch in der Möglichkeit, den Gefangenen zu bessern und für einen ehrlichen Erwerb in der Freiheit vorzubereiten.

**Oberbürgermeister Dr. Winterer:** Es hat mich außerordentlich gefreut, in welcher freundlicher und wohlwollender Weise der Herr Budgetreferent die große Überschreitung beim Kollegienhausneubau in Freiburg behandelt hat. Ich war vor einiger Zeit gelegentlich einer Kommissionsitzung eine Viertelstunde im anderen Hohen Hause, wo es bei diesem Anlaß etwas schärfer hergegangen ist. Ich habe dort aufmerksam die Debatte verfolgt; allein merkwürdigerweise — je weiter sie vorgeschritten ist, desto weniger ist bei mir der Eindruck, den man sonst bei einer Volksvertretung bekommt, wenn es sich um große Überschreitungen handelt, der Eindruck der Enttäuschung aufgekommen, sondern ich habe eine herzliche Sympathie mit dem Herrn Minister und seinem Herrn Mitarbeiter gehabt, der diese Position zu vertreten hatte. Die Fantasie hat ihre Züge nach und nach in diejenigen gewisser anderer Herren verwandelt, die schon oft in gleicher Lage waren und vielleicht übermorgen wieder in ähnlicher Lage sich befinden werden, und — wie gesagt — ich habe mit aufrichtiger Teilnahme gesehen, mit wie einfachen und überzeugenden Gründen diese große Überschreitung der Position der Kammer gegenüber vertreten worden ist. Ich konnte dies auch um so leichter tun, als ich die Vorgeschichte des fraglichen Baues genau kenne und daran aktiv mitgewirkt habe. Sie können sich denken, daß — da der Grundstock der Universität und insbesondere die Stadt zusammen 1 Million im voraus aufzubringen hatten, das eine Leistung war, die nicht ohne weiteres verwirklicht werden konnte. Ich habe aber dem Herrn Staatsminister Roff damals schon gesagt, daß die Einstellung einer Summe von 1 700 000 M. für eine Universität, die man nur alle paar hundert Jahre einmal baut, unbedingt zu wenig sei. Wir leben in einer Zeit, in welcher ein Volksschulhaus gleich 6, 7, 800 000 Mark mit dem Plake kostet. Unsere Gewerbeschule in Freiburg — eine Gewerbeschule ist ja heutzutage fast wie ein kleines Polytechnikum — hat 1 200 000 Mark gekostet, das Realgymnasium nicht viel weniger, und nun gar eine Universität mit ihren großen und zahlreichen Sälen! Es war fast unmöglich, und nur die Erklärung des Herrn Staatsministers Roff, welcher wie wir wußten, ein gutes Herz für Freiburg hatte — es ist nicht mehr zu bekommen —, hat uns veranlaßt, daß wir uns beruhigt haben. Nun, wir haben Recht bekommen. Es hat sich bald gezeigt, daß mit dem Geld einfach nicht auszukommen ist. Damit war man aber an eine gefährliche Klippe gekommen; hätte der Herr Minister ängstlich in Wahrung der Budgetrückichten usw. gehandelt, hätte er etwa — abgesehen davon, daß ja der Bau nicht eingestellt werden konnte — vielleicht Abstriche vorgenommen in einer Weise, die unter Umständen die Gefahr herbeigeführt hätte, hier eine gewisse Putscherei in den Bau einzuführen, so hätten das Land, die Universität und Stadt sich beschweren müssen. Auch der Versuch, einen zurück-schraubenden Druck auf die Geschäftswelt, auf die Unternehmer und Geschäftsleute auszuüben, hätte bei der ganzen Unternehmung, die doch eine freudige Erinnerung in allen Teilen zurücklassen soll, schließlich nur einen schlimmen Eindruck hinterlassen, und ich bin deswegen herzlich dankbar dafür, daß der Herr Minister im entscheidenden Augenblick den rechten Weg gewählt und die Verantwortung für die immerhin große Überschreitung übernommen hat. Die Hauptsache ist, daß am Schluß ein schöner Bau dasteht, was ich erhoffen will. In meiner Lebenserfahrung habe ich immer gesehen, wenn man absolut eine Überschreitung vermeiden will, die Abstriche forziert usw., daß am Schluß, wenn der Defekt da ist, kein Mensch sich einfindet, der den Sparer verteidigt;

im Gegenteil, gerade diejenigen, die früher am meisten gedonnert haben, sind dann oft die strengsten Kritiker. Wenn der Bau aber in allen Teilen gelungen dasteht, habe ich noch nie, auch nicht vom kleinen Manne gehört, daß da noch mehr hätte gespart werden sollen. Er ist vielmehr stolz darauf, daß das Werk vollendet ist, an dem auch er wenigstens einen ideellen Anteil hat.

Ich spreche dem Herrn Minister meinen Dank und meine Anerkennung dafür aus, obgleich es vielleicht in diesem Augenblick und im Kreise der gestrengen Volksvertretung etwas gewagt erscheint, bei großen Überschreitungen sich auch noch zu bedanken.

**Geheimer Oberregierungsrat Dr. Böhm:** Nach den liebenswürdigen Worten des geehrten Herrn Vorredners ist es kaum notwendig, noch ein weiteres Wort zur Verteidigung beizufügen, denn eine freundlichere Beurteilung kann man nicht wohl erwarten; im Gegenteil, ich muß auch hier offen bekennen, daß Fehler gemacht worden sind, aber auch offen bekennen, von welcher Seite die Fehler begangen worden sind, damit nicht Unschuldige dafür verantwortlich gemacht werden. Gegenüber dem ersten Kostenvoranschlag, der 1 800 000 M. betragen hat, war allerdings seitens unseres bautechnischen Referenten darauf hingewiesen worden, daß die Preisanlässe zu nieder seien. In der Ministerialbaukommission wurde über diesen Punkt verhandelt. Diese Kommission konnte sich in ihrer Mehrheit von der Unrichtigkeit der Preisanlässe nicht überzeugen. Es war ein Fehler, daß die Regierung — und zwar nicht der technische, sondern der Verwaltungsbeamte — zu optimistisch war und auf Erhöhung der Preisanlässe nicht bestanden hat. Ich gehe wohl nicht irre, wenn ich annehme, daß Herr Oberbürgermeister Winterer diesen Optimismus der Regierung aus eigener Erfahrung verstanden und deshalb in so milder Weise beurteilt hat. Die Überschreitung beträgt 800 000 M., das ist gegenüber der endgültigen Voranschlagssumme von zwei Millionen eine Überschreitung von 40 Prozent. Nun ist seit Aufstellung des Voranschlags im Jahre 1903 unbestrittenem Maße eine Steigerung aller Preise eingetreten durch eine zweimalige Erhöhung der Lohnsätze für die Bauarbeiter und außerdem durch eine wesentliche Erhöhung der Materialpreise. Nach zuverlässiger Auskunft beträgt diese Preissteigerung seit dem Jahre 1903 etwa 25 Prozent. Hätten wir es also nur mit einer Kostensteigerung von 500 000 M. zu tun, so wäre bei der durch widrige Zufälle bedingten Länge der Bauausführung etwas Anormales nicht vorgekommen. Die weiteren 300 000 M., — das muß ich ohne weiteres zugeben — beruhen auf unrichtigen Massenberechnungen und auf zu optimistischen Preisannahmen. Diese Fehler will ich nicht beschönigen. Allein der Herr Berichterstatter hat auch einen Vorwurf gegen die Regierung erhoben, der nicht zutrifft. Es ist gesagt worden, wir hätten den Hohen Landständen früher nur von einer Überschreitung von 178 000 M. Kenntnis gegeben. In der Tat hat das Ministerium schon im Laufe der Budgetperiode 1904/05 eine Überschreitung von 100 000 M. den beiden Budgetkommissionen der Hohen Stände mitgeteilt. Die Mitteilung hierüber findet sich in dem Bericht der Budgetkommission der Zweiten Kammer Seite 36, der Ersten Kammer Seite 6. Die weitere Überschreitung von 178 000 M. haben wir dann in der letzten Budgetperiode zur Kenntnis der Hohen Stände gebracht. Wir bedauern, daß zu diesen früheren Überschreitungen noch weitere größere Überschreitungen hinzugekommen sind. Aber wir dürfen uns

darauf berufen, daß in derselben Zeit große Bauten von Städten und anderen öffentlichen Korporationen, die ganz gewiß sorgfältig rechnen, mit ähnlichen Überschreitungen erstellt worden sind. Ich darf verweisen auf die großen Bauten in Mannheim — abgesehen vom Rosengarten —, die mit großen Überschreitungen abgeschlossen haben, wie z. B. die Humboldtschule mit 121 000 M., die Lessingschule mit 55 000 M. In Bruchsal bei einem kleineren Objekt, dem Schlachthaus, hat sich eine Überschreitung von 135 000 M. ergeben. Und wenn wir ins Ausland gehen zu den Schweizern, die gewiß rechnen können, so sehen wir, daß in Zürich für ein Schlachthaus, dessen ursprünglicher Kostenboranschlag 3 600 000 Franken betrug, schließlich eine Bauumme von 5 916 000 Franken, also eine Überschreitung von 2 316 000 Franken herausgekommen ist, und erst in der allerletzten Zeit hat die Abrechnung über den Neubau der Tonhalle in St. Gallen, der zu 450 000 Franken veranschlagt war, ergeben, daß der Bau etwas über eine Million gekostet hat, mithin eine Überschreitung von 100 Prozent aufweist. Also überall dasselbe unerfreuliche Bild.

Von dem Augenblick an, in dem uns klar geworden ist, daß eine Überschreitung vorliegt, haben wir so sehr wie möglich gespart. Wir haben die im ersten Projekt vorgesehenen sehr reichen Ornamentierungen und Steinhauerarbeiten auf das Notwendige zurückgeführt; dabei haben wir uns aber von den Grundsätzen leiten lassen, wie sie heute von Herrn Oberbürgermeister Winterer dargelegt worden sind; wir sind in der Sparbarkeit nicht so weit gegangen, daß darunter die Monumentalität oder die Ausstattung des Baues leiden müßte und daß wir zu der Überschreitung noch die andere Verantwortung auf uns zu nehmen hätten, daß etwas entsteht, das nicht allen Anforderungen einer vornehmen Kunst und des praktischen Bedürfnisses vollständig entspricht.

Minister Freiherr von Marschall: Ihr verehrter Herr Berichterstatter hat die Großh. Regierung um Auskunft darüber gebeten, woher es denn eigentlich komme, daß das Tempo im Bau der beiden Bahnhöfe Offenburg und Radolfzell so sehr beschleunigt worden ist, und warum es mit Rücksicht auf die Beschleunigung des Bauteempos erforderlich war, Administrativkredite in so hohem Betrage zu erwirken.

Wenn überhaupt hier Administrativkredite erwirkt werden mußten, so ist dies in letzter Reihe auf eine Anregung dieses hohen Hauses zurückzuführen. Vor 4 Jahren wurde in diesem hohen Hause durch den damaligen Berichterstatter, den gegenwärtigen Finanzminister Dr. Gonsell gerügt, daß in den letzten Budgetperioden die wirklichen Aufwendungen im Eisenbahnbudget so wenig im Einklang gestanden seien mit den seitens der Großh. Regierung gestellten Anforderungen. Es wurden dann diese erhöhten Anforderungen damit gerechtfertigt, daß man es als rein unmöglich bezeichnete, genau zu überschauen, welchen Fortgang in einer Budgetperiode ein größerer einmal in Angriff genommener Bau nehmen wird. Die Großh. Regierung ist aber gern bereit, die Anforderungen unter der Voraussetzung zu ermäßigen, daß es ihr dann unabwehrlich bleibt, wenn wider Erwarten ein Bau in einer Budgetperiode weiter fortschreitet, als es ursprünglich vorausgesehen wurde, einen Administrativkredit zu erwirken, und es wurde dies damals als anstandslos bezeichnet.

So hat sich fortan die Eisenbahnverwaltung bemüht, ihre Eisenbahnbudgets mehr der Wahrheit entsprechend zu gestalten und nicht zu weitgehende Anforderungen zu erheben, aber immer unter der stillschweigenden Voraussetzung, daß es ihr unabwehrlich bleibe, wenn wider Erwarten die bewilligten Mittel nicht reichen sollten, einen Administrativkredit im Rahmen der bewilligten Gesamtanforderung zu erheben. Das ist nun hier bei den Bahnhöfbauten in Radolfzell und Offenburg eingetreten; besonders deshalb, weil die Unternehmer in den letzten Jahren sich in den maschinellen Einrichtungen sehr vervollkommen haben, die es ermöglichen, die Erdarbeiten in kürzerer Zeit zu bewältigen, als dies früher der Fall war. Es war aber auch die Witterung für die Erstellung derartiger Arbeiten im vorigen und in diesem Winter eine ganz ungemein günstige, und wir konnten es nicht verantworten, die Unternehmer zurückzuhalten, da sie sonst nach den vorliegenden Verträgen Entschädigungsforderungen gegenüber der Eisenbahnverwaltung hätten geltend machen können. Beim Bahnhof Radolfzell kam insbesondere in Betracht, daß hier der Betrieb während des Umbaus des Bahnhofs ein ganz außerordentlich schwieriger war, daß er die größte Aufmerksamkeit seitens der betreffenden Beamten verlangte. Es war daher dringend wünschenswert, daß die Arbeit so schnell wie möglich zu Ende geführt würde und darum erwies es sich als notwendig, einen Administrativkredit in der Höhe von 650 000 M. zu erheben.

Gleichartig waren im wesentlichen die Verhältnisse in Offenburg, wo namentlich die Erdarbeiten gegenüber unserer ursprünglichen Annahme sehr viel rascher fortgeschritten sind. Ich glaube daher, daß in diesem Fall, namentlich wenn wir das Ergebnis früherer Verhandlungen in diesem Hause in Rücksicht ziehen, die Erhebung solcher Kredite durchaus dem Wesen des Administrativkredites entspricht.

Eine Äußerung des Herrn Berichterstatters am Schlusse seines Berichts hat mich außerordentlich sympathisch berührt. Er hat das Provisorium in Offenburg erwähnt und hat daran die Bemerkung geknüpft, es sei das eigentlich so gut wie ein Definitivum, hat aber tadelnd beigelegt, es wären vielleicht für dieses Provisorium etwas zu erhebliche Kosten aufgewendet worden. Hier kann ich Sie vollständig beruhigen. Um diesen provisorischen Bau herzustellen, der allerdings seinem Zweck vollständig entspricht, haben wir die alte Güterhalle in Radolfzell verwendet, und diese einigermaßen für einen Bahnhof wohnlich eingerichtet. Wenn dieses provisorische Aufnahmsgebäude einen so angenehmen Eindruck macht, und wenn überhaupt Provisorien im allgemeinen einen angenehmen Eindruck machen, so hängt das vielfach damit zusammen, daß Provisorien meist sehr hell und licht sind, und das sollten Bahnhöfe überhaupt sein, man sollte sich in Bahnhöfen leicht und rasch zurechtfinden können, und ein großes architektonisches Weibwerk, was man früher bei den Bahnhöfen immer verlangte, steht ihrem eigentlichen Zweck geradezu entgegen. Man sollte überhaupt, und in dieser Beziehung war mir die Bemerkung des Herrn Berichterstatters sehr sympathisch, neue Bahnhöfe nur als langdauernde Provisorien erstellen, und es wäre sehr zu wünschen, wenn allmählich in unserer öffentlichen Meinung darin ein Wandel einträte, daß man sich abgewöhnte, von Bahnhöfen den Charakter eines Monumentalbaues zu verlangen. Bahnhöfe sollen einfach



und schlicht, ihrem Zweck entsprechend, erstellt werden und sollen so erstellt werden, daß sie nicht unverhältnismäßige Kosten verursachen. Später kann, wenn die Bedürfnisse des Verkehrs sich geändert haben, etwas anderes, dann zweckentsprechenderes, ein anderes langdauerndes Provisorium an die Stelle gesetzt werden. Ich wäre daher den hier anwesenden Vertretern größerer Gemeinden außerordentlich dankbar, wenn sie in ihren Kreisen der Überzeugung zum Durchbruch verhelfen wollten, daß Bahnhöfe als langdauernde Provisorien und nicht als Monumentalbauten erstellt werden sollten.

**Berichterstatter Freiherr von Döcklin:** Aus dem Umstand, daß Ihre Budgetkommission jede einzelne der Positionen genehmigt hat, ist zu ersehen, daß sachliche Beanstandungen nicht erhoben worden sind, daß die Kommission mit den Positionen im Grunde genommen einverstanden war, aber sie glaubt sich das Recht wahren zu müssen, ihre Bedenken prinzipieller Natur an den einzelnen Stellen zum Ausdruck gelangen zu lassen.

Ich habe auf die Bemerkungen des Herrn Regierungsvertreter's bezüglich des Landesgefängnisses in Mannheim nur zu erwidern, daß ich auf Einzelheiten im Gefängniswesen nicht eingegangen bin, um nicht die Zeit des hohen Hauses allzulange in Anspruch zu nehmen. Ich möchte aber zur Illustration der Stellungnahme, die wir hier eingenommen haben, auf einen Punkt hinweisen. Es handelt sich nicht darum, daß wir die Einrichtung der Zellen, in denen der Gefangene seinen Tag zubringt, als zu luxuriös oder zu reichlich ausgestattet bezeichnen. Wir verstehen es ganz gut, daß ein Mann, der dazu verurteilt ist, längere Zeit in diesem einzelnen Raum zuzubringen, einen Anspruch auf Licht und auf gesundheitsgemäß eingerichtete Räume hat. Es handelt sich mehr um die Nebeneinrichtungen. Ich möchte hier als Beispiel benennen das Krankenhaus, wo in einem Saal von etwa 20 Betten nur ein einziger Kranker lag. Gottlob, daß der Gesundheitszustand ein so guter ist. Es ist anzunehmen, daß er wahrscheinlich nie weiter sinken wird; aber es erschien uns dieser Überschuß an Krankbetten als ein merkwürdiger Kontrast im Verhältnis zu anderen Instituten, z. B. den Universitätskliniken in Freiburg und Heidelberg, wo es wirklich, wie wir heute noch sehen werden, teilweise am nötigsten fehlt.

Dann möchte ich um Entschuldigung bitten, wenn ich mich bezüglich des Kollegienhauses vielleicht nicht ganz korrekt ausgedrückt habe. Es ist mir nicht in den Sinn gekommen der Großh. Regierung den Vorwurf zu machen, daß sie uns eine Überschreitung vorenthalten hat. Wenn aber zur Entschuldigung der Überschreitung angeführt wird, daß in der Schweiz und in anderen Ländern noch mehr überschritten worden ist, so kann man das kaum gelten lassen. Ich glaube, die Landstände haben ein gutes Recht, darauf zu dringen, daß die Voranschläge möglichst nahe an die wirklichen Aufwendungen herankommen. Wir können uns den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters der Stadt Freiburg nur anschließen, wenn er es begrüßt, daß das Kollegienhaus schon und seinen Bedürfnissen entsprechend hergestellt wird. Das wollen wir alle, darin sind wir uns alle einig. Aber wir wollen unser Prüfungsrecht dadurch gewahrt wissen, daß wir genau aufgestellte Kostenanschläge vorher vorgelegt bekommen. Wenn ein solcher Bau mehr kostet, dann muß das im Voranschlag erscheinen, und diese Gesamtsumme wird dann in das

Budget eingereicht und der Finanzlage entsprechend wird dann an anderer Stelle etwas gespart werden müssen.

Sehr zu begrüßen ist es, daß der Herr Minister mit uns so vollständig einverstanden war über die Art, wie die Bahnhöfe erstellt werden. Es kann sein, daß einer oder der andere der Herren nicht ganz damit einverstanden gewesen ist, aber ich glaube, daß wir unserer Finanzlage durch diesen Modus sehr viel mehr Rechnung tragen werden. Und im Grunde genommen: es liegt etwas widersprechendes darin, einem Bahnhof einen großen monumentalen Charakter zu geben. Der Bahnhof ist an sich nichts besonders ästhetisches. Wenn jemand nach einer langen Reise auf dem Bahnhof ankommt, dann gibt er sein Billet ab und begibt sich möglichst schnell in die Stadt. Er macht nicht etwa kehrt und sieht sich zunächst einmal den Bahnhof dieser Stadt an; er ist froh, wenn er ihm möglichst schnell den Rücken gekehrt hat. Hier gilt wie überall: Am schönsten ist, was seinem Zweck am meisten entspricht, und der Zweck ist bei einem Bahnhof, daß er den Verkehr befördert, daß er übersichtlich ist und daß er schließlich auch einmal, wenn der Verkehr es verlangt, leicht und schnell umgebaut werden kann.

Der Antrag der Budgetkommission wird einstimmig angenommen.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung, zum mündlichen Bericht der Budgetkommission und Beratung über das Budget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts (Hauptabteilung III) für die Jahre 1910 und 1911, und zwar zunächst Ausgabe Titel IX; K u l t u s, erhält das Wort der

**Berichterstatter Dr. Freiherr von La Roche-Starkenfels:** Der Kultusetat ist eine der konstantesten Größen in unserem Budget, weil die Hauptposten, die „Staatsdotationen“, genauer ausgedrückt die Staatsbeiträge zur Aufbesserung gering besoldeter Geistlicher auf Gesetz beruhen und daher stets in derselben Höhe wiederkehren.

Es beträgt diesmal der Gesamtaufwand für Kultus für ein Jahr der Budgetperiode 1 140 541 M., gegen bisher 1 105 154 M., demnach mehr 35 387 M. Beim katholischen Kultus ist ein Teil des Mehraufwandes dadurch verursacht, daß die Zunahme der Geschäfte des Oberstiftungsrats die Anstellung von vier weiteren Beamten erforderlich gemacht hat. Es ist das in der Anlage 3 Seite 105 ff. zu ersehen. Es sind angefordert zwei Bureaubeamte, ein unterer Bureaubeamter und ein Diener, so daß künftighin 53 statt bisher 49 Beamte vorhanden sein werden. Sehr angewachsen sind die sachlichen Amtskosten in § 7 Seite 154, nämlich von 14 520 M. auf 32 100 M.; es beträgt sonach die Steigerung 17 580 M., mehr als das Doppelte. Das große Gebäude des Oberstiftungsrats in Freiburg dürfte hauptsächlich daran die Schuld tragen.

Das Beamtengesetz vom Jahre 1908 hat eine Änderung der zwischen der Großh. Regierung und dem Herrn Erzbischof im Jahre 1889 abgeschlossenen Vereinbarung über die Beteiligung des Staates an dem Aufwand für den Oberstiftungsrat erforderlich gemacht, da die mit der Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens betrauten Beamten bisher soweit als möglich den für staatliche Beamte bestehenden Vorschriften entsprechend behandelt wor-

den sind und hieran auch in Zukunft nichts geändert werden soll. Das war der Grund für eine neue Vereinbarung. Inhaltlich sind nur wenige untergeordnete Punkte geändert worden, die Sie in den Erläuterungen abgedruckt finden Seite 151, die Vereinbarung selbst in Anlage 4 Seite 157.

Soweit diese Vereinbarung der ständischen Genehmigung bedarf, wird solche nach Ansicht der Regierung der bestehenden Übung entsprechend in der Bewilligung der auf diese Vereinbarung gestützten Anforderung in dem eben zur Beratung stehenden Teil des Budgets erblickt werden. Die Budgetkommission hat sich dieser Anschauung angeschlossen.

In dem Beitrag zum altkatholischen Kultus ist eine Änderung überhaupt nicht eingetreten.

Dagegen hat sich der Beitrag zum evangelischen Kultus gesteigert. Die Zahl der Beamten des Oberkirchenrats ist mit 28 die gleiche geblieben. Eine Änderung ist nur insofern eingetreten, daß ein Bureaubeamter von der Gehaltsklasse II in die Gehaltsklasse I befördert wurde.

Auch hier sind wie beim katholischen Kultus die sachlichen Amtskosten ganz bedeutend gestiegen, nämlich von 8536 M. auf 28 400 M., also um 19 864 M., um mehr als das dreifache. In den Erläuterungen Seite 165 ist hier ausdrücklich die Errichtung des bekanntlich sehr umfangreichen Gebäudes des Oberkirchenrats dafür verantwortlich gemacht.

Wegen Bestreitung des sachlichen Aufwandes des Evangelischen Oberkirchenrats ist unterm 1. Juli 1908 eine im Gesetz- und Verordnungsblatt mitgeteilte Vereinbarung getroffen. In Artikel 9 Absatz 3 dieser Vereinbarung ist für Berechnung des Anteils der Staatskasse ein neuer Berechnungsmodus eingeführt. Auch hier wird in der Bewilligung des auf dieser Grundlage berechneten staatlichen Anteils am sachlichen Dienstaufwand die ständische Genehmigung zu dieser Vereinbarung erblickt werden.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß die finanzielle Lage der evangelischen Landeskirche eine recht ungünstige ist. Obwohl von der im vorigen Landtag gegebenen Möglichkeit der Erhöhung der Kirchensteuer seitens der evangelischen Kirche sofort Gebrauch gemacht worden ist — die katholische Kirche brauchte zu diesem Mittel noch nicht zu greifen — zeigte der auf der Generalsynode im vergangenen Sommer aufgestellte Voranschlag einen ungedeckten Betrag von jährlich 91 125 M. Dieser Fehlbetrag wird zwar durch die Steigerung der Steuerkapitalien sich mindern; immerhin wird man aber mit einem jährlichen Manko von ca. 20 000 M. rechnen müssen.

Bezüglich des israelitischen Kultus hat sich nichts geändert. Der Unterschied von 500 M. beruht nur auf einer anderweitigen Berechnung dieser Position.

Auf die große Frage, die im Hintergrund unseres Kultusbudgets steht, den Wegfall der Staatsdotationen eingehen, schien Ihrer Budgetkommission nicht angezeigt, da der jetzige Zustand bis 1914 gesetzlich festgelegt ist. Es wird also auf diesem Landtag nicht notwendig sein, hier im Plenum auf diese Frage einzugehen.

Seitens der Hohen Zweiten Kammer ist der Kultusetat unverändert angenommen worden. Ihre Budgetkommission stellt den Antrag:

Höhe Erste Kammer wolle von dem Budget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts (Hauptabteilung III) für die Jahre 1910 und 1911 Titel IX der Ausgabe — Kultus — in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Hohen Zweiten Kammer genehmigen,

2. darüber in abgekürzter Form beraten.

Der Antrag der Budgetkommission wird einstimmig angenommen.

Zu Punkt 3 b der Tagesordnung, Ausgabe Titel X: Unterrichtsweisen, I. Hochschulen, erhält das Wort der Berichterstatter

Wirkl. Geheimerat Dr. Bürklin: Ich habe Ihnen namens der Budgetkommission den Antrag, der im Druck vor Ihnen liegt, zu unterbreiten: „die Erste Kammer wolle in Ausgabe für die Budgetjahre 1910 und 1911 genehmigen:

1. für die Universität Heidelberg:  
im ordentlichen Etat . . . . . 2 535 600 M.  
im außerordentlichen Etat . . . . . 609 000 M.
2. für die Universität Freiburg:  
im ordentlichen Etat . . . . . 2 031 800 M.  
im außerordentlichen Etat . . . . . 805 600 M.
3. für die Technische Hochschule Karlsruhe:  
im ordentlichen Etat . . . . . 1 130 600 M.  
im außerordentlichen Etat . . . . . 64 000 M.“

das alles in Übereinstimmung mit den Anforderungen des von der Großh. Staatsregierung vorgelegten Budgets und alles in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Hohen Zweiten Kammer.

Das Ordinarium — erlauben Sie, dies gleich zur Begründung dieses Antrags im allgemeinen anzuführen — für die drei Hochschulen beläuft sich im ganzen für den Staat pro Jahr auf 2 849 000 M., das sind 174 000 M. mehr, als das letztmal in Anforderung gebracht wurde. Ich lasse die Hunderte weg, gebe nur die Tausende an. Diese Ziffern verteilen sich auf unsere drei Hochschulen in folgender Weise:

Heidelberg nimmt in Anspruch von dem Staat 1 267 000 M., ein Plus gegen das letztmal von 73 000 M.;

Freiburg kostet dem Staat 1 015 000 M., 57 000 M. mehr, wie das letztmal;

die Technische Hochschule kostet dem Staat 565 000 M., 43 000 M. mehr, wie das letztmal.

Die Gründe für die Steigerung der Zuschüsse liegen auf dem Gebiete des persönlichen und des sachlichen Aufwands. Der persönliche Aufwand entfällt auf die gesetzlich geordneten Gehaltszulagen, auf die Vermehrung der etatmäßigen Stellen, auf die Vermehrung des Pflegepersonals in unseren klinischen Anstalten, die mit Zunahme der Frequenz der Bevölkerung, wie der Studierenden, bedeutend belegt sind wie früher. Diese letztere Mehraufwendung beträgt in Heidelberg allein für die Pflegegeschwestern 10 000 M. Dann ist die Mehrforderung begründet durchweg bei den einzelnen Posi-

tionen — Sie entnehmen die Einzelheiten aus den dem Budget beigefügten Erläuterungen —, durch den sachlichen Aufwand, die Aufwärtsbewegung der Preise für alle sachlichen Bedürfnisse. Die sachliche Mehrbelastung wird auch herbeigeführt durch eine Vermehrung der sachlichen Bedürfnisse, eben auch wieder veranlaßt durch die starke Frequenz unserer drei Hochschulen. Allerdings ist in dieser Beziehung mit Karlsruhe eine Ausnahme zu machen insofern, als ein Teil der Mehrforderung für die Technische Hochschule begründet wird durch das Zurückgehen der Frequenz. Infolge des Zurückgehens der Frequenz der Technischen Hochschule gehen weniger Schulgelder ein, und der Staat muß das, was von dieser Seite bisher geliefert worden ist, darauf legen.

Sie haben als Beilage des Kommissionsberichts der Zweiten Kammer eine Statistik des Aufwands unserer deutschen Hochschulen erhalten. Aus dieser Statistik möchte ich einige Bemerkungen und Ziffern vortragen: Baden mit seinen drei Hochschulen und seinen zwei Millionen Einwohnern wendet im Ordinarium pro Jahr 2 800 000 M. auf, 2,8 Millionen! — das ist im Verhältnis zu den anderen deutschen Staaten außerordentlich viel, was Sie aus folgendem entnehmen wollen: Bayern z. B. mit seinen 4 Hochschulen, seiner Bevölkerung von 6,5 Millionen Einwohnern müßte, mit dem badischen Maß gemessen, 9,1 Millionen für seine Hochschulen aufwenden; es wendet aber nur 3,7 Millionen auf.

Essen mit seinen zwei Hochschulen, einer Bevölkerung von 1,2 Millionen, müßte 1,6 Millionen aufwenden; es wendet aber nur 1,4 Millionen auf.

Preußen mit seinen 21 Hochschulen und mit seinen 37,2 Millionen Einwohnern müßte nach badischem Muster 52 Millionen aufwenden; es wendet aber nur 15,2 Millionen auf. Es geht daraus hervor, daß Baden im Verhältnis zu seiner Bevölkerung für seine drei Hochschulen mehr ausgibt, als die andern deutschen Staaten.

Alle diese Ziffern und Vergleichen haben ja etwas Mechanisches, und ich bin durchaus entfernt davon, hierin einen absoluten Maßstab für die Beurteilung des Interesses, das die Staaten ihren Hochschulen entgegenbringen, zu finden. Die Hochschulen haben vielfach eigenes Vermögen, eigene Stiftungen, was aber, wie Sie aus der Statistik entnehmen, hier auch keine bedeutsame Rolle spielt. 600 000 M. ist die höchste Ziffer, die hier anzuführen ist. Auch das Schulgeld usw. ist nicht in Rücksicht gezogen, kurzum, die Vergleiche hinken in mehreren Punkten. Aber die Differenzen sind so groß und in die Augen springend, daß wir die Überzeugung gewinnen können, daß Baden mit dem, was es aus der Staatskasse für seine drei Hochschulen bietet, an der Spitze steht.

Sie entnehmen derselben Statistik auch Angaben über die Frequenz unserer drei Hochschulen, und entnehmen daraus, daß hier Freiburg an 5. Stelle steht unter den 21 deutschen Universitäten, Heidelberg an 8. Stelle, und Sie entnehmen ferner, daß die Karlsruher Technische Hochschule unter den 10 technischen Hochschulen Deutschlands an 4. Stelle steht.

Ich glaube also, wir können uns sehen lassen mit unseren Hochschulen, das Verdienst unserer Schulverwaltung, von der wir überzeugt sind, daß sie mit innerster Anteilnahme, ich möchte sagen mit innerster persönlicher Anteilnahme, hier den höchsten Zielen zustrebt. Darum

verdient die Schulverwaltung nach der Meinung der Budgetkommission unser unbedingtes Vertrauen. Aber — daß ich das nicht vergesse — es ist das auch das Hauptverdienst der ausgezeichneten Lehrkräfte, die an unseren Hochschulen tätig sind.

Und trotz alledem und alledem bleibt doch noch vieles zu wünschen übrig. Ich möchte beinahe sagen natürlich und selbstverständlich. Denn, wo bleibt nichts zu wünschen übrig? Bei den rapiden Fortschritten, die auf allen Gebieten der Wissenschaft gemacht werden, namentlich auf dem Gebiete der Technik, ist es außerordentlich schwer, beinahe unmöglich, sich immer an der Spitze zu halten. Es ist zum Beispiel die apparative Ausstattung eines Instituts, die gestern noch musterträchtig war, heute schon veraltet; es sind akademische Institute, die vor verhältnismäßig wenigen Jahren nach den Rezepten erster Sachverständiger angelegt und glänzend ausgestattet worden sind, nach verhältnismäßig kurzer Zeit hinter anderen bereits zurück, ja, in sanitär-hygienischer Hinsicht manchmal geradezu verwerflich. Man könnte da allerdings in einem anderen Sinne als der Dichter gemeint hat, sagen: was glänzt, ist auf diesem Gebiete nur für den Augenblick geboren. Und doch müssen wir sehen, da mitzukommen, sonst sind wir unrettbar verloren, namentlich angesichts der schweren Konkurrenz, die die einzelnen Hochschulen sich gegenseitig bereiten.

Die schwachen Punkte an unseren Hochschulen liegen hauptsächlich in gewissen Abteilungen der klinischen Fakultäten. Es ist vorhin schon darauf angepielt worden. Das weiß die Regierung so gut wie wir, die wir uns durch den Augenschein von der Unzulänglichkeit mancher Teile dieser verschiedenen Anstalten haben überzeugen können. Aber, heißt es immer — und auch in der Budgetkommission ist keine andere Wendung häufiger gebraucht worden — die Rücksicht auf die Finanzlage! Wir sind nun in unserer Budgetkommission von der kritischen Lage unserer Finanzen überzeugt, wie man nur überzeugt sein kann, und wir geben auch zu, daß die gebotene Sparsamkeit, zu der wir durch diese Finanzlage gezwungen sind, immer eine verschiedene Beurteilung finden wird, denn wenn es sich darum handelt, wo und wie gespart werden soll, so wird jeder eine andere Meinung haben. Aber ich glaube, daß eine Übereinstimmung doch wohl aller oder wenigstens der meisten darüber stattfinden wird, daß diese Sparsamkeit nicht durchgreifen darf, wenn es sich darum handelt, den bestehenden Besitz zu erhalten. Da müssen wir zusehen, daß wir die Mittel aufbringen *comme il faut*, denn sonst glaube ich, wird die Tugend der Sparsamkeit zur Unvernunft, wenn einem das, was wir bereits besitzen, verloren gehen soll, und es würde dies schließlich zu einer Art von Verschwendung führen, die wir ja nicht verantworten könnten und nicht verantworten wollen.

Es ist vorhin von den Bahnhöfen gesprochen worden. Bauen wir einmal nach dem Rezept, von dem der Herr Eisenbahnminister vorhin gesprochen hat und was mir vollständig aus der Seele gesprochen war, bauen wir einmal einfachere Bahnhöfe, gehen wir einmal endlich in der Praxis zu diesem System über, das die praktischen Engländer und die noch praktischeren Amerikaner von jeher befolgt haben. Wir brauchen ja nicht überzugehen zu dem ParadeSYSTEM, wie die Amerikaner es stets bei ihren Bahnhöfenbauten beliebt haben, sondern wir werden ja etwas solider vorgehen bei unserer ganzen Art und Gesinnung, aber die Grundtendenz, unseren Bahnhöfenbauten einen mehr provisorischen Charakter zu geben,

wird nach der Natur dieser ganzen Sache nicht abzuweisen sein. Bauen wir einmal ein paar Jahre keine unrentablen Eisenbahnen mehr, dann werden wir wohl die Mittel gewinnen, um unseren dringendsten Bedürfnissen, die hier auf diesen Gebieten sich geltend machen, Rechnung tragen zu können; dann werden wir gewiß in die Lage kommen, unseren Besitz zu behaupten und zeitgemäß weiter zu bilden, so daß — um ein Beispiel zu wiederholen, das vorhin von einem der Herren Vorredner bereits angeführt worden ist — die armen Kranken in unseren Universitätskliniken sich wenigstens des Komforts erfreuen, dessen die Gefangenen im Landesgefängnis in Mannheim sich zu erfreuen Gelegenheit haben.

Und noch eins möchte ich in diesem Zusammenhang ausführen. Wenn einmal die Zeit gekommen ist, daß man an dem und jenem Punkt einsetzen muß, um die Sache zeitgemäß weiter zu bilden, dann tabula rasa! dann kein Fickwerk! dann nach großen Gesichtspunkten, die für eine absehbare Zukunft die Sache erledigen, vorgehen! Das kostet für den Augenblick mehr Geld, ist aber für die Dauer, glaube ich, doch billiger, als wenn man unhaltbare Zustände durch Anfliden und Herumfliden zu verewigen sucht. Der Herr Regierungsvertreter war in der Kommission so freundlich, zu erklären, daß er nach diesen Gesichtspunkten die Verhandlungen, die ja bereits eingeleitet sind zur Verbesserung dieser Zustände, mit Eifer fortsetzen will, namentlich auch durch Fortsetzung der mit den betreffenden Städten bereits eingeleiteten Verhandlungen. Ich gehe auf diese Einzelheiten nicht ein. Wir haben ja den Vorzug, daß wir Vertreter der drei Hochschulen hier als Mitglieder unseres Hauses bei uns sehen, und wir werden aus dem Munde dieser berufenen Herren noch hören, was an Dank, an Wünschen und Beschwerden auf dem Gebiet der Hochschulen ausgesprochen und hier zur Kenntnis des Hauses gebracht werden soll.

Sie finden dann auch in einer der Anlagen, die Ihnen unterbreitet sind, eine Zusammenstellung der Freizügigen unserer drei Hochschulen. Daraus ergibt sich, daß in den drei Jahren vom Jahre 1908 bis zum Jahre 1909/10, also bis zum laufenden Wintersemester, Freiburg an der Spitze steht mit einer Zahl von 2901, also beinahe 3000 Studierenden im Sommersemester 1909. Der Herr Staatsminister hat darum mit Recht gesagt, daß der 3000. Student bereits in Sicht sei. Heidelberg hat die höchste Ziffer erreicht im Sommersemester 1909 mit 2332 Studierenden, steht aber an der Spitze, was die Studentinnen anbelangt; deren sind es im gegenwärtigen Wintersemester 142. Karlsruhe erreichte die höchste Ziffer mit 1529 Studierenden im Wintersemester 1908/09 und hat gegenwärtig 4 Studentinnen, Freiburg 86 Studentinnen.

Bei den Universitäten Freiburg und Heidelberg ist die Tendenz des Besuchs immer noch eine steigende. Ich weiß nur nicht, ob man sich darüber freuen soll. Immerhin ist es ein Beweis von der großen Beachtung, die im gebildeten Deutschland diese beiden Universitäten genießen. Karlsruhe hat eine wechende Tendenz. Ich bin ganz entfernt, damit zu sagen, daß der Respekt vor dieser Hochschule auch ein wechender sei, denn die Gründe für dieses Zurückgehen des Besuchs liegen in rein äußeren Verhältnissen. Der Rektor der Technischen Hochschule hat bei seiner Abschiedsrede auf die Gründe des zurückgehenden Besuchs hingewiesen. Er hat darauf aufmerksam gemacht, daß im Anfang dieses Jahrhun-

derts der Zubrang zu den gelehrten technischen Berufen ein außerordentlich starker war, und daß naturgemäß einem solchen Zubrang gegenüber ein Rückschlag eintreten mußte. Dieser Rückschlag ist nicht nur in Karlsruhe eingetreten, sondern ebenso an anderen Hochschulen, und mußte umso sicherer erfolgen, als in den Jahren 1905 und 1906 die bekannte wirtschaftliche Krisis einsetzte. Dieser Rückschlag — sagt Herr Professor Krazer — ist bei uns in Karlsruhe vielleicht etwas später wie an anderen Hochschulen eingetreten, weil wir infolge der politischen Verhältnisse, die sich in Rußland entwickelt hatten, einen starken Zugang russischer Studenten auch über den Beginn der wirtschaftlichen Krisis hatten. Und noch eines, das bringe ich vor, weil daran eine Bitte zu reihen ist: unser Diplomzeugnis hat den Wert in Deutschland nicht, wie es wünschenswert wäre. Es gilt für die öffentliche Anstellung weder in Preußen noch in den mit Preußen in dieser Beziehung verbundenen Ländern Braunschweig und Hessen, und da gehen eben die Studenten lieber da hin, nach Darmstadt oder an eine preussische Hochschule, wo sie ein Diplomzeugnis bekommen, welches die Möglichkeit einer größeren Verwendbarkeit zur Anstellung im öffentlichen Dienst bietet, als nur bei uns — natürlich, in dem weiten Gebiet von Preußen und den anderen Ländern! — Ich habe namens der Budgetkommission die Bitte an die Großh. Regierung zu richten, daß sie ihre Bemühungen, eine Gleichwertigkeit unseres Diplomzeugnisses herbeizuführen, mit allem Eifer fortsetzen möchte, denn es ist ein Nachteil für unsere Technische Hochschule, daß es hier an der erwünschten Freizügigkeit fehlt.

Man hat in diesem Zusammenhang gesprochen von einer Überfüllung unserer gelehrten Berufe und hat von einem Bildungsproletariat gesprochen, was die Folge davon sein müsse, daß eben viele von denen, welche die höheren Schulen besuchen, später in einem gelehrten Berufe eine entsprechende Verwendung nicht finden. Man hat ein solches Bildungsproletariat aus sehr naheliegenden Gründen beklagt. Wir beklagen das auch, können uns aber den Vorschlägen, die da und dort gemacht worden sind, nicht anschließen, Vorschlägen, die gemacht worden sind, den Andrang zu den gelehrten Berufen etwas einzudämmen. Man hat vorgeschlagen, man solle die Aufnahmebestimmungen in die Mittelschulen etwas verschärfen; man hat vorgeschlagen, diejenigen Schüler, welche wenig befähigt sind, beizugehen von den Mittelschulen abzuschließen. Aber diese beiden Hauptmittel, die da vorgeschlagen worden sind, machen zu sehr den Eindruck einer Radikalkur, welche doch nicht den gewollten Zweck erreichen würde.

Was das erste Mittel anbelangt, die Aufnahmebedingungen zu verschärfen, so würde das bei uns in Deutschland nur dazu führen, daß man die jungen Leute, die eben nicht, wenigstens zurzeit nicht, hinlänglich begabt sind, noch mehr in die Schere hineintreibt und die Zahl der blaffen jugendlichen Brillenträger um ein Erhebliches vermehrt. Das wäre wohl die nächste Folge, und eine Abnahme würde nicht zu gewärtigen sein. Und was die Abschließung anbelangt, so sind — das hat die Hochschulverwaltung in der anderen Kammer mit Recht betont — hier Mißgriffe nicht zu vermeiden; manchem geht eben das Licht etwas später auf! Ja, wie mancher von diesen hat später im Leben eine große Rolle gespielt. Ich glaube, man muß hier der Sache ihren Lauf lassen. Der Besuch der Gelehrtenschulen wird von selbst nachlassen, wenn das Ergebnis den Erwartungen und Wünschen nicht entspricht, die mit der Wahl einer Gelehrten-

schule verbunden waren. Alles gewalttätige Eingreifen ist hier von Übel.

Man hat, wie gesagt, von einem Bildungsproletariat gesprochen. Man könnte heutzutage auch von einer Weiterbildung des Proletariats sprechen. Ich meine nicht Proletariat im landläufigen Sinne, womit man ja nur die Hefe des Volkes bezeichnen will, sondern Proletariat in sozialdemokratischem Sinn; die Sozialdemokratie versteht ja darunter die Arbeiter im allgemeinen: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ Es ist ja nur erfreulich, wenn mit dem Streben unserer Arbeiter, ihre materielle Lage zu verbessern, ihre Lebenshaltung auf eine höhere Stufe zu bringen, wenn mit diesem Bestreben Hand in Hand geht auch das Bestreben, sich einen größeren Teil der ideellen Güter des Lebens anzueignen, als das bisher der Fall ist.

Unsere Arbeiter — das ist ja ein erstrenlicher Anblick — sind von einem Bildungsdrange, ja von einem Bildungshunger befeelt, der mir die größte Hochachtung abnötigt. Ich muß in der Tat sagen, wenn einer den ganzen Tag über hart gearbeitet hat, und er findet am Abend noch Zeit und Kraft und Lust, sich an den Vorträgen zu seiner geistigen Weiterbildung zu beteiligen, dann verdient das die allergrößte Beachtung und größtes Entgegenkommen von allen Seiten, die es gut mit unserem Volke meinen. Es steckt in diesem Verhalten ein Stück jener Idealität, welche dem Deutschen inhärent ist, und die auch der Industriearbeiter nicht imstande und nicht willens ist, aufzugeben. Aber was wird diesem Bildungshunger hier und da einmal für eine Kost vorgelegt? Ich habe da ein paar Programme von solchen Vorträgen; da heißt es „von Kant bis Nietzsche“, — „über Schopenhauer“, philosophische Probleme, ja, was noch bedeutlicher ist, religionsphilosophische Probleme werden da vorgetragen, und da muß ich doch wirklich fragen: sind das Themen für Arbeiter? Wird da die Aufnahmefähigkeit, die Bildungsmöglichkeit des Durchschnittsarbeiters, für den die Vorträge doch bestimmt sind, nicht ganz bedeutend überschätzt? Muß von diesen Brocken, die hier verabreicht werden, um den Hunger zu stillen, nicht sehr oft einer dem einen oder andern im Galle stecken bleiben, und wenn er schließlich in den Magen gelangt, müssen sich da nicht die schwersten Verdauungsstörungen einstellen? Mir will scheinen als ob das Mißgriffe seien bedauerlicher Art, die um deswillen nicht besser sind, weil die Urheber derselben von der allerbesten Absicht — das erkenne ich an — befeelt sind. Gut geleitete Arbeiterbildungsvereine, zu denen z. B. der hiesige gehört, wissen solche Mißgriffe zu vermeiden und wirken recht segensreich. Da werden Bilder aus der deutschen Vergangenheit vorgetragen, da werden die Arbeiter eingeführt in das Reich der klassischen Dichter, da werden gemeinverständliche Vorträge gehalten über Naturwissenschaften, Geographie, technische Gegenstände und dergl. Da nimmt der Arbeiter aus einem solchen Vortrag etwas mit nach Hause, was er auch verstehen und sein Eigen nennen kann. Aber auf die andere Art, glaube ich, entsteht statt Bildung nur Verbildung, Appretur, Lünche, statt Ausbildung vielfach Einbildung und jener Wissensdünkel, der die Arbeit am Tage für den Arbeiter nicht erleichtert, sondern erschwert, deswegen, weil er, der „hoch wissenschaftlich gebildete“ Mann, der von Schopenhauer und Nietzsche gehört hat, sich für diese Arbeit zu gut vorkennt.

Das sind die bedenklichen Seiten, auf die hier aufmerksam zu machen mir nicht überflüssig erschien.

Ich glaube, wir müssen sehen, jeder in seinem Kreise, vor dieser Überfütterung zu warnen, und wo ein Einfluß ausgeübt werden kann, diesen Einfluß in der Tat ausüben, sonst entsteht als Folge das Gegenteil von dem, was man beabsichtigt, und es wird auch von dieser Seite her das, was man Bildungsproletariat nennt, vermehrt.

Ich beschränke mich auf diese kurzen Bemerkungen. Es ist ja ein Kapitel, über das sich noch viel mehr sagen ließe.

Sie haben dann als dritte Anlage unter den Mitteilungen, die uns von der Groß. Regierung zugekommen sind, eine Skala über die Gehalte der Professoren in Heidelberg und in Freiburg. Daraus geht hervor, daß die Professoren in Heidelberg etwas besser gestellt sind, als die in Freiburg; aber man hat uns regierungsseitig gesagt, daß das Folgen von rein persönlichen Verhältnissen sind, Dienstalter und dergleichen, und von Vereinbarungen, die zwischen den Dozenten und der Regierung getroffen worden sind. Das erklärt die Unterschiede hinlänglich.

So viel habe ich Ihnen namens der Kommission vorzutragen über die drei Hochschulen. Im anderen Hohen Hause kam nun auch die Rede auf die Handelshochschule in Mannheim. Das ist eine zarte Pflanze, welche auch, wie der Herr Vertreter von Mannheim gewünscht hat, vom Staat ein bißchen begossen werden soll, nicht eigentlich — wie der Herr gesagt hat, und das glaube ich ihm aufs Wort — aus materiellen Gründen, sondern um in ekrantener, in allgemein sichtbarer Weise den Zusammenhang zwischen der Anstalt und dem Staat sichtbar zu machen und zu zeigen, daß sich eben der Staat dafür interessiert. Also es ist ein mehr auf dem Gebiete der moralischen als dem der materiellen Unterstützung liegender Wunsch. Inzwischen haben wir gehört, daß eine Stiftung in Mannheim erfolgt ist, die in ihrer Art wieder beweist, welche großartige Bürgerinn in der mächtig aufsteigenden Handelsstadt sich auch auf dem Gebiete der Wissenschaft zu betätigen bemüht ist. Die Erben des verstorbenen Geh. Kommerzienrats Lanz haben der Handelshochschule eine Million zur Verfügung gestellt. Es sind dieselben, welche auch der Universität Heidelberg zur Begründung einer Akademie eine Million zur Verfügung gestellt haben.

Dazu ist der Stadt Mannheim, dazu ist der Handelshochschule von Herzen zu gratulieren. Aber ich glaube, wir haben Veranlassung, auch hier unseren Dank den Stiftern auszusprechen, nicht nur, weil der Akademie und der Handelshochschule diese Spenden verabreicht worden sind, sondern weil ein weithin leuchtendes Beispiel von edlem Bürgerinn damit aufgerichtet worden ist, was, wenn auch nicht immer in dieser großartigen Weise, zur Nachahmung empfohlen werden darf.

Ich möchte weitere Bemerkungen über die Hochschulen unterlassen und das, was noch zu sagen ist, den Herren Vertretern derselben anheimgeben.

Ich habe nun über das Ordinariat gesprochen und bitte um die Erlaubnis, zu den einzelnen Positionen des Extraordinariums überzugehen. Im Extraordinarium sind angefordert:

§ 1. Für die Universität Heidelberg zum Neubau eines physikalischen Instituts II. Rate: restlicher Kaufpreis des Bauplazes nebst Verzinsung 79 500 M. Die Baukosten sind mit 300 000 M. veranschlagt.

Ich beantrage Genehmigung. Die Begründung wollen die Herren aus den Erläuterungen entnehmen. Dann

§ 2. Aufbau auf das hygienische Institut nebst innerer Einrichtung und Einführung der elektrischen Zentralheizung 83 500 M.

Ich beantrage Genehmigung. Die Regierung hat hier den Wunsch ausgesprochen, daß wegen der Dringlichkeit des Falles mit dem Bau sofort begonnen werden darf. Die Zweite Kammer hat diesem Wunsch entsprochen, und wir nehmen keinen Anstand, namens der Kommission Ihnen ebenfalls zu empfehlen, die sofortige Inangriffnahme zu gestatten.

§ 3. Größere bauliche Herstellungen: 50 000 M. Es ist das eine ständige Position, überhaupt in dem außerordentlichen Etat steht gar nichts Außerordentliches, es liegen da beinahe immer dieselben Sachen, die lokaliter dahin oder dorthin sich verteilen. Aber es sind keine Kosten von überragender Bedeutung. Wenn es das eine Mal mehr ist, wird es das andere Mal weniger, und aus diesem Grunde hat man im Reichstag diese „außerordentlichen“ Aufwendungen, diese einmaligen Zuwendungen in den ordentlichen Etat eingestellt. Dort besteht der ordentliche Etat aus fortdauernden Ausgaben und einmaligen Ausgaben. Ins außerordentliche Budget werden nur diejenigen Kosten eingestellt, welche auf Anleihen genommen werden. Ich habe mir schon einmal erlaubt, dies auch für unseren Etat zu empfehlen; ob die Empfehlung Beachtung finden wird, weiß ich nicht.

§ 4. Außerordentliche Zuschüsse für akademische Institute 90 000 M.

§ 5. Zuschuß an die Stadt Heidelberg zur Verzinsung der Aufwendungen wegen Verlegung des Zementwerks von Heidelberg nach Reimen 6000 M., eine Position, die seit einer Reihe von Jahren regelmäßig erscheint.

#### B. Universität Freiburg.

§ 6. Zuschuß für den Neubau eines Kollegienhauses. „Schulrate“ (das Wort „Schulrate“ habe ich mir sehr dick unterstrichen) 600 000 M. Was über den Neubau des Kollegienhauses gesagt werden wollte und konnte, ist bereits gesagt worden. Ich enthalte mich weiterer Erörterungen darüber.

§ 7. Für die innere Einrichtung und apparative Ausstattung der medizinischen Poliklinik 42 000 M.

§ 8. Für die innere Einrichtung und apparative Ausstattung der im Silda-Kinderhospital untergebrachten Kinderklinik 14 000 M.

§ 9. Größere bauliche Herstellungen 25 000 M.

§ 10. Außerordentliche Zuschüsse für die Universitätskaffe und für akademische Institute 80 000 M.

§ 11. Zur Verzinsung von Aufwendungen des Grundrocks der Universität und des klinischen Hospitals für Universitätsbauten 44 600 M.

Gegen alle diese Positionen hat Ihre Kommission nichts einzunenden.

#### C. Technische Hochschule Karlsruhe.

§ 12. Größere bauliche Herstellungen 14 000 M.

§ 13. Ergänzung des Lehrmaterials und der Anstaltseinrichtungen 50 000 M.

Ich erlaube mir, den zu Anfang meines Vortrags gestellten Antrag zur Annahme zu empfehlen.

Geh. Kirchenrat Professor Dr. Troeltsch: Angeichts der außerordentlich schweren Belastung, die unsere Hochschulen für unseren Staat darstellen, enthält es immerhin etwas Beklemmendes, wenn ein Mitglied der Hochschule selbst nicht nur für sie einzutreten, sondern auch noch weitergehende Wünsche und Forderungen vorzutragen hat. Allein das liegt an dem Sachverhalt, daß unsere beiden Hochschulen — von denen ich übrigens ausdrücklich bemerken möchte, daß wir uns gegenseitig als vollkommen gleichwertig empfinden, daß insbesondere wir in Heidelberg vielfach Anlaß gehabt haben, besonders bei glücklichen Berufungen, die Universität Freiburg zu beneiden, — keine bloßen Provinzialhochschulen, sondern weit über unsere Heimat hinausreichende allgemeine Universitäten sind, daß sie Bedeutung haben für die Wissenschaft überhaupt, für das deutsche Kulturleben an und für sich und eine nicht zu unterschätzende, im anderen Hohen Hause genügend hervorgehobene finanzielle Bedeutung für unser Land. Zum Glück ist es uns immer gegeben, eine derartige Diskussion mit etwas zu eröffnen, was erfreulich zu sagen ist, das heißt mit der Erklärung des vollsten Vertrauens zur Staatsregierung. Wir sehen sachkundige Hände arbeiten, so daß wir jederzeit wissen: soweit eben die Mittel reichen, ist alles gut aufgehoben. Mit der nötigen Bestimmtheit, aber auch mit der unentbehrlichen Urbanität der Form werden die Dinge vortrefflich geleitet. Immerhin haben wir Wünsche und, wie ich gleich sagen muß, ziemlich weitgehende Wünsche, Wünsche, die dem Ministerium so gut bekannt sind wie uns, und deren Erfüllung in der Regel ihre Schwierigkeit nicht hat am Willen des Ministeriums, sondern an verschiedenen andersartigen Instanzen.

Da habe ich gleich zunächst einen solchen Wunsch zu nennen, er betrifft die Befoldung unserer Unterbeamten, namentlich den Wegfall der Nebenbezüge.

Bei früherer Gelegenheit ist hier im Hohen Hause die Frage der Nebengehälter berührt worden, und der Vertreter des Finanzministeriums hat dabei erklärt, daß gegenüber der ungeheuer hohen Gesamtzahl der Beamten die Streichung von ca. 200 Nebengehältern nichts allzu einschneidendes sei. Das mag für die Beamtengehälter im allgemeinen zutreffen. Wenn Sie den Etat ansehen, so werden Sie aber finden, daß bei den Universitätsunterbeamten der Wegfall von Nebengehältern die Regel ist. Nun wollen wir nicht bestreiten, daß es eine Reihe von Fällen gibt, in welchen ein solcher Wegfall berechtigt ist. Aber es gibt eine Reihe von anderen Fällen, wo ein solcher Wegfall nach unserer Ansicht nicht gerechtfertigt ist. Beamte, wie der Vorstand der Universitätskanzlei, auch der Vorstand der Verwaltung des akademischen Krankenhauses, müssen erstlich Elitebeamte sein; denn sie haben eine Leistung, die nicht, namentlich bei der Universitätskanzlei, durch eine dauernde Oberbehörde kontrolliert wird; sondern bei dem jährlichen Wechsel der Rektoren ist der Chef der Kanzlei genötigt, voll die Geschäfte zu beherrschen; beide Herren sind überdies genötigt, überstunden in weitestem Maße durchzuhalten und eine Arbeitskraft aufzuwenden, die eine ganz außerordentliche ist. Unter diesen Umständen ist der Wegfall von Vergütungen durch Nebenbezüge unseres Erachtens unbillig und unberechtigt. Und wenn ich dem einen weiteren Fall anschließen darf, der unseren Aktuar anbetrifft, so wäre hier zwar nicht zu sagen, daß er eine ungeheuerliche Arbeitsleistung hätte; er hat die gewöhnliche Arbeitsleistung eines Aktuars, hat aber plötzlich einen Wegfall von 600 M. zu verzeichnen gehabt, nachdem er kurz vorher im Vertrauen auf die Dauer dieses

Bezuges geheiratet hat. Er empfindet einen derartigen plötzlichen Wegfall naturgemäß sehr bitter. Wir halten das für inhuman und für wichtig genug, um einen derartigen Fall, wo dringend Abhilfe geschaffen werden sollte, vor dem Hohen Hause zu erwähnen. Es ist ja auch das ein Fall, wo der gute Wille unseres Ministeriums nicht entscheidend ist, wo vielmehr an den guten Willen eines anderen Ministeriums zu appellieren ist.

Ein zweiter Gegenstand, der hier nicht umgangen werden kann, ist die in den letzten Zeiten in der Presse und vor allem auch im anderen Hohen Hause mehrfach besprochene Befegung der leider durch Todesfall erledigten zwei Stellen in unserer theologischen Fakultät. Ich möchte dazu in aller Kürze einiges bemerken vom allgemeinen Univeritätsstandpunkt aus, wobei ich von vornherein hinzufüge, daß die Vorschläge für die Berufungen keineswegs nur durch die Fakultät, sondern immer zugleich durch den Senat erfolgen und sehr häufig vom Senat mit ganz besonderem Vermerk seiner Wünsche und Ansichten versehen werden. Über das Ergebnis, das schließlich bei diesen Berufungen herausgekommen ist, ist auch die Univerität einigermaßen erstaunt gewesen. Wir hatten Gelegenheit, für beide Fächer führende Männer ihres Faches vorzuschlagen von ungewöhnlicher Bedeutung und konnten dessen sicher sein, daß sie ohne allzu erhebliche finanzielle Opfer auch gekommen wären. Auch der Senat hat in dem wissenschaftlichen Interesses besonders berührenden Fall der alttestamentlichen Professur sich mit besonderem Nachdruck dem Fakultätsvorschlag angeschlossen und bemerkt, daß gerade die Berufung dieses führenden Gelehrten für die Wechselwirkung mit den anderen Fächern besonders wünschenswert sei. Nun hat die Fakultät, wie das für eine gewissenhafte und vorichtige Fakultät immer zweckmäßig ist, neben den anerkannten und glänzenden Namen auch solche vorgeschlagen, deren Träger, wie uns persönlich bekannt ist, durch Lehrerfolge und Tüchtigkeit hervorragend ausgezeichnet sind, die aber aus irgend welchen Gründen keine Neigung und keinen Anlaß zu literarischer Betätigung haben und deswegen für das große Publikum unbeschriebene Blätter sind. Diese ausgezeichneten, vortrefflichen Kollegen, welche vor dem großen Publikum über literarische Bekanntheit nicht verfügen, sind es, die dann schließlich berufen worden sind. Über die Gründe hat der Herr Staatsminister im anderen Hohen Hause Auskunft gegeben: Die Befetzungen sind erfolgt im Einvernehmen mit der Oberkirchenbehörde. Das ist nun freilich wiederum force majeure! Die Gründe, die die Oberkirchenbehörde bestimmt haben, sind sehr wohl zu begreifen und von ihrem Standpunkt aus sehr wohl zu würdigen. Männer, denen nicht das Odium eines großen Namens anhaftet und die Masse von Kritik, die sich darauf stürzt, Männer, die für das große Publikum unbeschriebene Blätter sind, sind in solchen Fällen erwünschter. Auch ist hier nicht der Ort die Willensmeinung der Oberkirchenbehörde zu kritisieren. Aber ganz können wir den Ausdruck einer gewissen heftigen Schmerzempfindung nicht unterdrücken. Es ist eben doch der Fall, daß gerade die Berühmtheit und gerade glänzende Leistungen ein Hindernis gewesen sind. Und wenn das Kirchenregiment sich darauf berufen kann, daß die Bevorzugung von literarisch weniger bekannten Personen ein Vertrauen zu unserem Vorschlag bedeute, so können wir doch den Eindruck nicht ganz überwinden, daß jene Männer bevorzugt worden sind nicht wegen der den Eingeweihten bekannten Vortrefflichkeit ihrer Leistungen und ihres Charakters, sondern wegen der der

Oberkirchenbehörde vor allem bekannten Unbekanntheit ihres Namens. Das ist schmerzhaft für die Fakultät, die den Wunsch hat, möglichst glänzende Namen zu haben, und es kommt das schließlich geradezu heraus auf eine Maxime, die der Leiter eines sehr großen Unterrichtswezens mit dem ihm eigenen Sarkasmus ausgesprochen hat: „Meine Herren, schreiben Sie um Gottes willen keine Bücher, Sie machen mir und sich selbst nur Schwierigkeiten“. Ich kann nicht finden, daß ein derartiger Grundsatz zur Förderung eines arbeitsfreudigen Nachwuchses besonders beizutragen geeignet wäre. Weiter will ich mich über diesen Gegenstand nicht verbreiten. Wenn nicht noch von anderer Seite des Hohen Hauses weitere Anregungen dazu gegeben werden, so, glaube ich, brauche ich hierüber nichts weiter zu bemerken.

Wenn ich nun zu weiteren Aufgaben und Forderungen übergehe, so sind es zunächst kleinere Dinge. Die wichtigsten und schwierigsten Aufgaben stellen ja immer die medizinische und die naturwissenschaftliche Fakultät mit ihren Instituten, und da ist es bei der medizinischen Fakultät zunächst das pathologische Institut, das einen Neubau dringend bedurft hat. Dieser Neubau ist im Stoden geraten, die endgültige Neueinrichtung ist verzögert, auch das aus wohlbegreiflichen Gründen: weil das hygienische Institut hergestellt werden mußte. Wir hoffen, daß das nur eine Verzögerung ist und daß der sehr schwierige Dienst zwischen zwei Häusern, der jetzt im pathologischen Institut stattfindet, künftig in Wegfall kommen kann und die Vollendung des pathologischen Instituts in der geplanten Weise vor sich geht.

Eine andere Kleinigkeit betrifft das pharmakologische Institut. Dieses ist recht schlecht untergebracht. Der Leiter ist aber immerhin zufrieden. Er kann wenigstens arbeiten darin. Das Unmögliche ist jedoch der Hörsaal, bei dem ich mich durch persönliche Anwesenheit überzeugen konnte, daß er, ungefähr 40 bis 50 Studenten fassend, 80 beherbergen soll, und daß die Experimente von einem Viertel der Zuhörer überhaupt nicht gesehen werden konnten, weil sie in den Gängen hinter dem Amphitheater sich aufhalten mußten, also den Vorträgen bestenfalls nur mit dem Ohr folgen konnten. Auch hier liegen die Gründe nicht am Willen des Ministeriums, der benachbarte mathematische Hörsaal, der von einem hochverdienten greisen Gelehrten innegehabt wird, wird von diesem nicht gern geräumt. Aber im Gesamtinteresse ist es zu wünschen, daß es dem Ministerium vielleicht doch gelingen möge, für die nächsten vier Jahre, welche diese Verhältnisse noch dauern werden, dem pharmakologischen Institut zu einem geeigneten Hörsaal zu verhelfen. Beizufügen wäre dem schließlich noch ein Wunsch für das chemische Institut. Hier ist der Plan des sog. Bunsenbaues seiner Zeit fallen gelassen worden, und es ist vielleicht nicht möglich, auf ihn jetzt zurückzukommen. Doch ist die Lage in dem gegenwärtigen Zustand dieses Bauteils eine gefährliche, und es muß wenigstens für Sicherung der Zuleitungen und ähnliches gesorgt werden.

Das wichtigste aber sind die klinischen Anstalten, und da liegt die Sache so, daß wir hier nicht einzelnes im Vorschlag zu bringen haben. Unsere klinischen Anstalten sind s. Zt. gebaut worden, ohne einen größeren und weiter ausschauenden Bauplan. Der Boden ist bereits überlekt und verschachtet mit allen möglichen Instituten. Von dem für die Kranken notwendigen Garten sind nur noch Trümmer erhalten, und, was die Hauptsache ist, eine weitere Ausdehnung ist auf diesem

Terrain, das die Anstalten jetzt inne haben, vollkommen unmöglich.

Darunter hat nun vor allem die innere Klinik aufs schwerste gelitten. Es ist die Nervenabteilung — wohlgenannt, die in ganz Deutschland berühmte Nervenabteilung von Friedreich und Erb — in Baracken untergebracht, die bereits im höchsten Grade baufällig sind. Die Details sind in der Budgetkommission vorgeführt worden, ich will darauf hier nicht eingehen.

Ebenso befindet die Hautklinik sich in einem unmöglichen Zustand. Es wäre falsch, hier zu meinen, bei einer Hautklinik, die im Grunde nur für Syphilitische besteht, schade das nicht viel, das geschähe ihnen ganz recht. Das wäre ein sehr irriger Standpunkt, denn in dieser Hautklinik sind sehr viele Leute mit eigentlichen Hautkrankheiten und außerdem sehr viele Leute, die ohne irgend welches Verschulden mit derartigen Dingen zu tun haben. In dieser Klinik ist es nun unmöglich, die verschiedenen Klassen von Kranken abzutrennen. Es fehlt nicht etwa nur jeder Komfort, sondern die allerersten und dringendsten Einrichtungen, überdies und vor allem am Platz. Dazu kommt manches, was ich hier nicht näher beschreiben kann. Das Ganze ist ein völlig unhaltbarer Zustand.

Für die innere Klinik im Ganzen aber liegt die Sache so, daß sie Luft bedarf und dazu Terrain, und daß wir eines großzügigen Bebauungsplans bedürfen, in welchem diesen Anstalten für die nächsten 50 Jahre Raum geschaffen würde, also nicht etwas, was auf heute und morgen nötig ist, sondern die Eröffnung eines großen weitausschauenden Planes, der diesen Dingen für die Zukunft eine Entwicklungsmöglichkeit gewährt und vor allem dem Kranken eine ihren Bedürfnissen entsprechende Unterkunft. Die wissenschaftlichen Hilfsmittel, die die Klinik braucht, sind vortrefflich im Stande. Woran es fehlt, das ist die Möglichkeit der Unterbringung, die Möglichkeit der Isolierung ansteckender Kranken, die Möglichkeit in ausreichendem Maße Räume zu haben für Leute mit besonders schwierigen Eigenschaften. Es fehlt an Heizung, Luft und Licht, und ein Teil der Räume ist vollständig veraltet. Unter diesen Umständen müssen wir den Wunsch aussprechen, daß ein großzügiger Bebauungsplan entworfen werde. Wer die Verhältnisse kennt, der weiß, daß das nur möglich ist unter Herinbeziehung des botanischen Gartens, der später einmal ganz der inneren Klinik zugewiesen werden könnte, während die chirurgische Klinik dann das alte Terrain besetzen kann. Es ist das natürlich eine Forderung, die gar nicht harmoniert mit den Finanzen. Aber wir sind keine Finanzminister. Wir haben die Pflicht, derartige Forderungen, die eingetreten sind in einem so wichtigen Institut, auch zur rechten Zeit zu signalisieren, damit zur rechten Zeit noch geholfen werden kann. Die Zustände jetzt sind nicht schön; man kann zur Not, zur äußersten Not, damit auskommen; die Lehrtätigkeit leidet nicht; die Studenten können ihre Sache lernen; wer darunter leidet, das sind die Kranken. Hier hilft kein Flickwerk und ist das Operieren mit kleinen Summen das Verschwendendste. Hier helfen nur Millionen, die man auf einmal anwenden kann. Wir haben uns den Kopf darüber nicht zu zerbrechen, wie der Staat es möglich machen wird, eine derartige neue Anlage zu inaugurierten, die vielleicht mit Hilfe der Stadt zu ermöglichen gemacht werden kann. Das ist eine Sache, die nicht unseres Berufes ist. Aber wir wollen aus Gewissensgründen zur rechten Zeit den Ruf der Warnung

erhoben haben: Die Klinik bedarf eines planmäßigen großzügigen Ausbaues, der für die nächsten 50 Jahre grundlegend ist.

Und eines möchte ich noch beifügen. Es handelt sich in diesen Fällen nicht um die Erstellung von Palästen. Es trifft hier daselbe zu, was soeben von den Bahnhöfen gesagt worden ist. Noch gestern Abend hat einer der Institutsdirektoren mich scharf zu machen versucht für heute: Sagen Sie aber auch den Herren, wir brauchen keine Paläste; die Paläste wollen immer nur die Architekten, die ihre Fassaden, Treppenhäuser und derartige Dinge aus begreiflichen Gründen vom architektonischen Standpunkt aus anbringen wollen und damit das nötigste Geld verbrauchen. Wir brauchen für eine Reihe von Instituten Gebäude, die aussehen können wie eine Fabrik. Wir wollen arbeiten, wir wollen die Möglichkeit haben, bei den starken Wandlungen der Wissenschaft dann auch leicht den Veränderungen uns anpassen zu können; wir wollen einen möglichst leicht erstellbaren Bau, der Raum bietet für die Arbeit und auch sonst vollkommen genügt. Das ist nun in der Tat eine sehr wichtige Sache. Die Universitäten dürfen ganz und gar nicht als Luxusinstitute angesehen werden. Ich kann Sie versichern: gearbeitet wird in einer solchen Universität wie in einer Fabrik oder wie in einer großen Kaufmannsstadt. Sie dürfen die Gelehrten nicht beurteilen nach den paar Herren mit den großen berühmten Einnahmen, die übrigens überdies schwer genug erworben werden. Die meisten von uns sind bescheidene und zufriedene Arbeiter, deren Hauptfreude lediglich die Arbeit und die unparteiische Förderung der Wissenschaft ist. Darüber sind im anderen Hohen Hause mancherlei irrtümliche Meinungen geäußert worden.

Was wir bedürfen, ist nicht eine glänzende Repräsentation — die übrigens bei den Heidelberger Kollegienhäusern in der Tat auch nicht vorhanden ist; in dieser Hinsicht können wir mit der Einfachheit mehr als zufrieden sein —, was wir bedürfen sind Arbeitsräume, die die Möglichkeit gewähren, sich den Wandlungen der Wissenschaft anzupassen und Raum offen lassen für die Zukunftsentwicklung.

Und das ist nun überhaupt die entscheidende Frage: wollen wir für unsere badischen Hochschulen eine Zukunftsentwicklung, oder wollen wir es als unumgänglich betrachten, daß sie eben allmählich sich den Schmachtriemen etwas enger schnallen und zu Provinzialuniversitäten werden. Das wäre an sich für das Land nicht das allgrößte Unglück, für uns schließlich auch nicht; es kann sein, wenn es durchaus sein muß. Allein ich glaube, es ist sehr wohl möglich bei der Art, wie bisher unsere Hochschulen durch die Gunst eines herrlichen Landes und wunder schöner Städte, durch die Tradition und den Ruhm einer ausgezeichneten Kollegenschaft immer treffliche Leute an sich gezogen haben, trotz allem die badischen Hochschulen auf der Höhe zu halten. Nur muß zu rechter Zeit in den Beutel — ob in den eigenen oder den anderer, ist völlig einerlei — gegriffen werden.

Was nun den Beutel der anderen anbetrifft, so liegt es nahe, hier einer Stiftung zu gedenken, von welcher im anderen Hohen Hause vielfach gesprochen worden ist, und da möchte ich nur bemerken, daß die Stiftung der Akademie, für die zu danken wir allen Anlaß haben, in keiner Weise eine Entlastung für die Universität bedeutet. Was die Akademie schafft und wirkt, hat für die Universität eine hohe geistige Bedeutung, übt



eine verstärkte Anziehungskraft für sie aus, kann unter Umständen indirekt die Privatdozenten mit halten helfen; aber Universitätsaufgaben übernimmt sie nicht. Eine zweite große Stiftung steht uns für die naturwissenschaftliche Fakultät in Aussicht. Nach den neuesten Nachrichten, die wir erhalten haben, ist die Sache mit der Million richtig; nur dauert es damit bis zum Ableben der Witwe des Stifters. Diese beiden Stiftungen seien nachdrücklich hervorgehoben, um den Gedanken der Stiftungen überhaupt ins ganze Land hinauszutragen; unsere Universitäten von heute sind entweder dazu verurteilt zu Fachschulen zu werden und irgend ein Fach besonders glänzend und energisch auszubilden, die übrigen Fächer nur insoweit, daß es für die Lehrzwecke genügt, oder überhaupt zu Provinzialuniversitäten durchschnittlichen Charakters herabzusinken. Nur die ganz großen Hochschulen können nach allen Seiten mit der Wissenschaft fortschreiten. Das letztere wird für die kleinstaatlichen Universitäten nur möglich sein durch Stiftungen. Wenn in der späteren Zukunft es für das Großkapital in Baden zur stehenden Sitte würde, der Hochschulen in diesem Sinne zu gedenken, so würde das vermutlich der einzige Weg sein, sie auf die Dauer auf ihrer Höhe über den Provinzialuniversitäten zu halten.

Damit darf ich schließen. Ich wiederhole den Ausdruck des Dankes und des Vertrauens an die Hohe Staatsregierung, die unser Vertrauen auch dadurch gewonnen und behauptet hat, daß sie unserem Vorschlagswesen im Großen und Ganzen immer Rechnung getragen hat. Ich darf gegenüber Befürchtungen, die im anderen Hohen Hause ausgesprochen worden sind, hervorheben: In meiner ganzen bisherigen Praxis ist mir Cliqueswesen und derartiges nur selten vorgekommen; namentlich von Nepotismus weiß ich keinen Fall. Dem wirkt immer eines entgegen, der Ehrgeiz der Fakultäten, die gerne möglichst berühmte Namen und möglichst anziehende Lehrer haben wollen. Diesen Ehrgeiz werden Sie uns gönnen: Auf ihm beruht das Vertrauen des Ministeriums zu uns und umgekehrt unser Vertrauen dazu, daß unsere Vorschläge auch weiterhin so viel wie möglich beachtet werden.

Herr Hofrat Professor Dr. Richard Schmidt: Freiburg hat Sie so viele Jahre lang mit unerfüllten Wünschen und halben Hoffnungen beschäftigt, daß es mir natürlich heute eine ganz besonders große Genugtuung ist, gleich zu Beginn aussprechen zu können, daß nun sein langjähriges Hauptdesiderium gestillt ist, oder wenigstens im Begriffe ist, gestillt zu werden. Sie wissen alle, daß das neue Kollegienhaus, das, als ich das letztemal zu Ihnen redete, nur noch im Modell oder auf dem Papier vor unseren Augen stand, jetzt wirklich Gestalt gewonnen hat, sich seiner Vollendung nähert, und zwar in einer Gestalt, die mehr darbietet, als wir zu hoffen gewagt haben.

Es kann in diesem Stadium nicht meine Sache sein, das Werk unter dem Gesichtspunkt des monumentalen Bauwerks zu würdigen; unser verdienstvoller Baumeister, der es uns geschaffen hat, wird das auch von mir nicht erwarten. Wir Nächstbeteiligten sind hier in so bitterer Notlage, daß das Bedürfnis nach Licht, Luft, Raum, günstigen Unterrichtsbedingungen alles andere zurückdrängt, daß wir viel später erst ein unbefangenes Urteil gewinnen können, um das ästhetisch Eindrucksvolle und tektonisch Eigenartige genießen zu können. Der

Verstärkende sieht nicht zunächst auf die Schönheit des Bauwerks, aus dem ihm der Trunk geboten wird. Um so mehr habe ich, gerade aus dieser Stimmung heraus, dankbar ein anderes anzuerkennen, die ganz ungewöhnliche Energie und Schleunigkeit, mit der uns der Künstler den Bau gefördert hat, und darin deckt sich zweifellos sein Verdienst mit dem der Herren der Hohen Staatsregierung und der Fürsorge der Stände, die im Dienst dieser Interessen speziell zusammengewirkt haben, und da muß auch ich hier in allererster Linie noch einmal die sehr bedeutende Liberalität anerkennen, die die beiden Hohen Häuser durch Genehmigung des vorhin erst unter uns verhandelten Administrativkredits bewiesen haben. Mein juristisches Empfinden läßt es mich sehr lebhaft nachfühlen, welche Selbstüberwindung es für eine Ständeversammlung und speziell für eine Volkstammer bedeutet, in einem solchen staatsrechtlichen Konflikt eines jährlichen Interesses mit ihrem Budgetrecht dies bis zu einem gewissen Grade zu opfern. Aber ich darf zu dem vielen, was über diesen Punkt schon in beiden Häusern gesagt worden ist, hinzufügen, daß es für uns, die nächsten Interessenten in der Tat ein geradezu vernichtender Schlag gewesen wäre, wenn aus staatsrechtlichen Bedenken der Neubau wieder eine Weile aufgeschoben worden wäre, und man kann wohl sagen, daß kaum ein Fall denkbar ist, in welchem ein Administrativkredit so sehr der ständischen Kundemittät würdig und bedürftig gewesen wäre. Damit soll andererseits auch die große Leistung nicht geschmälert werden, zu der die Regierung sich herbeigelassen. Wir erkennen voll, was darin gelegen hat, daß die Herren Vertreter der Regierung sich dieser unerschrockenen staatsrechtlichen Situation ausgesetzt haben, und es ist in meiner Korporation wohl keiner, der das unbergessen lassen wird. Ich darf schon hier sagen, daß ich mir bewußt bin, bei den vielen Dingen, die ich leider auch heute noch auf dem Herzen habe, mir große Mäßigung auferlegen zu müssen, vor allem im Hinblick auf diesen großen Dienst, den uns die Große Regierung erwiesen hat.

Die Hauptsache ist, daß das Schiff, indem es durch alle diese Klippen hindurchgesteuert worden ist, nicht Schaden gelitten hat. Und mit ganz besonderem Vergnügen spreche ich es heute — im Gegensatz zu meinen Worten vor zwei Jahren — aus, daß ich mich selbst eines unnötigen Reue- und Missethums schuldig bekennen muß, wenn ich vor zwei Jahren angesichts des Modells Sorge vor allzu großer Sparsamkeit geäußert habe. Wenn auch, und sicher richtig, überflüssiger ornamentaler Schmuck vermieden worden und unser Neubau gewiß nicht als Palast gebaut worden ist, was er ja auch nicht sein soll, so zeigt doch die stolze, imponierende, ernste Fassade einen so würdigen Charakter, vor allem in dem Schmuck des schönen Rot unseres heimischen Mainlandsteins, der in dem umkränzenden Grün unserer Schwarzwaldstadt nicht an Wirkung verlieren wird, daß wir jetzt nur mit großem Vertrauen der Eröffnung unseres neuen Seins entgegengehen können. Alles, was uns zu wünschen übrig bleibt, ist, daß wir bald einziehen können und daß ich, wenn ich in zwei Jahren wieder die Ehre haben sollte, zu ihnen zu reden, von einem freundlichen, harmonischen und hoffnungsfrohen Einzug in das neue Haus werde berichten können. Die Notlage, von der ich schon vorhin sprach, und die uns diesen Wunsch immer und immer wieder andrängt, ist in der Tat so, daß ich am liebsten nicht sehr lange davon reden möchte. Es ist jetzt so, daß unsere alte Universität sich sozusagen in ihre Elemente auflöst. Um

den bekannten Ausspruch Mirabeaus über das Frankreich der ausbrechenden Revolution zu variieren: sie befindet sich im Übergang aus dem Stadium der stillen Ruine in das Stadium der bewegten Ruine. Die rissigen Wandtafeln nehmen die Kreide nicht mehr auf, sie zersplittert an den Rissen, wenn man darauf schreibt; die altmodischen Klappstühle der Katheder, auf denen die Dozenten sich niederlassen, knarren in allen Fugen, und es ist neulich vorgekommen, daß einer dieser Stühle trotz zweimaliger Reparatur dreimal unter einem Dozenten zusammengebrochen ist; und dabei handelte es sich um einen bejahrten, würdigen, sehr ruhigen Herrn. Aber das ist nicht das Schlimmste. Der Raummangel nimmt jetzt Dimensionen an, daß beim Verteilen der Hörsäle vor Beginn des Semesterwechsels ein bellum omnium contra omnes entsteht, bei dem dann alle Kollegialität und Loyalität aufgegeben werden muß, um nicht immer neue Konflikte zu zeitigen. Sie werden das leicht begreifen, wenn Sie hören, daß jetzt auch der Philosoph, der Historiker Vorlesungen von 100—200 Zuhörern haben, während sie früher 30—40 Zuhörer zählten. Ganz besonders schlimm ist unsere Lage gegenüber den Studenten vor allem in den Seminarien, wo beim Zunehmen der Lehrfächer und Dozenten beinahe jeden Nachmittag Übungen gehalten werden, zu denen der Seminarraum geräumt werden muß. So haben die Studenten, die sich des Seminars als Arbeitsraum bedienen, kaum einen Tag in der Woche frei, dort sich dem Studium ungehindert zu widmen, ein Punkt, den uns die Studenten fort und fort vorwerfen, und worauf wir ihnen keinen Trost geben können. Ich will auf diese Kalamitäten nicht weiter eingehen. Die Hauptsache ist, daß sie sich dem Ende nähern, und so bitte ich nur die Hohe Regierung und die Hohen Häuser des Landtags, alles dazu tun zu wollen, daß nun auch unser Einzug im Jahre 1911 erfolgen kann. Wir haben dafür eine gewisse äußere sichtbare Garantie darin, daß soeben in großen goldenen Lettern das Jahr 1911 bereits an der neuen Universität eingehauen worden ist, und wir dürfen uns wohl der Hoffnung hingeben, daß es nicht notwendig sein wird, nachträglich noch hinter der römischen I eine römische II einzuhauen.

Glauben Sie nicht, daß wir die äußere Existenzfrage übersehen. Das Wesentliche bleibt selbstverständlich, daß, wenn wir einziehen, wir mit der großen Studentenbevölkerung, die wir besitzen, und bei der wir — in Freiburg wie in Heidelberg — nicht so sehr auf die große Zahl Gewicht legen als auf die Frische und Anregungsfähigkeit unserer Komilitonen, und vor allem mit dem Lehrkörper einziehen können, den uns unsere Regierung geschaffen hat. Hier liegt ja im Grunde das viel größere Verdienst, das eine viel mühsamere Mitarbeit und eine viel feinere Kunst der Individualisierung erfordert, und das ist es, was wir an unserer Regierung besonders bewundern und für das wir besonders dankbar sind.

Seit ich zum letzten Male zu Ihnen sprach, ist dem Vertreter der Anatomie, der Frauenheilkunde, der Neuro-pathologie, der Ophthalmologie Abhilfe für die Bedürfnisse getroffen worden. Für die Bedürfnisse der pathologischen Klinik, der Poliklinik, der Kinderklinik sind — unter tätiger Mitwirkung der Stadtverwaltung — zweckmäßige Arrangements eingeleitet, die zum Teil das jetzige Budget beschäftigen. Es ist eine große Reihe wertvoller Neuerwerbungen für den Lehrkörper durchgeführt worden, so daß wir auch da, wo wir einen solchen

Verlust zu beklagen haben, wie den, der uns mit dem Rücktritt des ehrwürdigen fast halbhundertjährigen Leiters unserer Klinik, Professor Bäumler, entstand, doch immer neuen, jugendfrischen Ersatz gewonnen haben. Eines möchte ich besonders erwähnen, womit ich Sie vor zwei Jahren länger unterhalten mußte; es ist das, daß nun unsere Regierung für ein kunsthistorisches Ordinariat Sorge getragen hat, insofern das einstweilen geschaffene provisorische Extraordinariat, wie Sie es im Budget finden, für diese Periode in ein ständiges Ordinariat umgewandelt werden soll.

Nicht minder erkennen wir mit großem Dank die erfolgreichen Bemühungen der Regierung an, verbiente Kollegen, die nach auswärts berufen waren, uns zu erhalten. Wenn im anderen Hohen Hause hier mit außerordentlicher Wärme verweilt worden ist bei einem Fall der theologischen Fakultät, so kann ich das nur bestätigen. Aber ich möchte nicht unterlassen, hinzuzufügen, daß das nicht der einzige Fall ist. Unsere Regierung hat es uns ermöglicht, unseren feinsinnigen Sprachgelehrten, dessen Ruf weit über Deutschland hinausgeht, uns München gegenüber zu erhalten. Und erst ganz kürzlich hat sie uns auch den hervorragenden Lehrer unserer neueren Geschichtswissenschaft gesichert, der uns das Innenleben unserer Staatsmänner, die uns vor 100 Jahren den nationalen Staat aufzubauen u. das deutsche Nationalbewußtsein zu erwecken begannen, in so tiefdringender Weise darlegt und in seinen pädagogischen Erfolgen sich eine große Wirkung in Freiburg zu verschaffen gemußt hat. Und ich muß auch dabei mit einem Wort verweilen, nicht aus Selbsttruhm, sondern weil in einem Fall, wie diesem, recht deutlich wird, daß wir nicht abwägen dürfen, ob ein solcher Mann Badener ist oder nicht Badener. Der Herr Abg. Schöfer, der im anderen Hohen Hause diese Frage angerührt hat, hat sich gerade hier ein wenig glückliches Beispiel gewählt. Es ist natürlich eine reine Zufälligkeit, wenn im vergangenen Jahrhundert von den großen führenden Historikern Deutschlands keiner ein Badener gewesen ist. Dafür haben die Badener auf anderen Gebieten hervorragendes zur deutschen Wissenschaft beigetragen. Aber es ist andererseits doch nicht nur ein Zufall, wenn kaum jemals das Leben der Fürsten und des Volkes und Landes von Baden so viel Licht empfangen hat, als in dem letzten Jahrzehnt von dem Berliner Dove und dem Schlesier Gothein, von dem Hessen Fabricius, von den Westfalen Schulte und Finke und von dem Ostpreußen von Below. Darin kommt zum Ausdruck, daß gerade die Geschichte eines Landes beim Stammesfremden vielleicht oft einem unparteiischeren und gerade die Vorgänge besser beobachtenden Auge begegnet, als beim Landeskinde, und daß hier eine Zusammenarbeit erzielt werden kann, die auch die Lokalgeschichte unseres Vaterlandes in der neueren Zeit wie im Mittelalter und in der Römerzeit sehr erheblich vorwärts zu bringen vermag. Wir dürfen sagen — und das ist keine Übertreibung, darin wird mir jeder, der das akademische Leben kennt, recht geben —, daß wir gerade jetzt im historischen Studium in Freiburg eine so glückliche Kombination der Kräfte besitzen, wie sie kaum irgendwo in Deutschland gefunden werden kann. Und wir wollen hoffen, daß diese Kombination möglichst lange dauert.

Es wäre mir eine aufrichtige Herzensfreude, wenn ich in diesem Tone rückhaltloser Erkenntlichkeit auch in meinen weiteren Ausführungen verharren könnte, und ich wiederhole hier das, was ich schon vorher sagte: es ist ja klar,

daß eine so ungemaine Belastung des Extraordinariums unserer Hochschulen uns von vornherein Bescheidenheit und Reserve in anderen Dingen auferlegt. Ich stelle es deshalb ganz zurück, was viel mehr in dem anderen Hohen Hause betont worden ist, daß auch in diesem Jahre wieder die ordentliche Staatsdotation Freiburgs einen gewaltigen Abstand zeigt gegenüber der Heidelbergs, und ich tue das, obwohl ich natürlich nicht recht zugeben kann, daß die Gründe, die vor allem der Herr Referent im anderen Hohen Hause zur Erklärung hierfür geltend gemacht hat, alles erklären können. Die Verhältnisse der Heidelberger inneren Klinik, deren Etat nicht wie die Freiburger aus städtischen und Stiftungsmitteln gespeist wird, kann allein eine fortschreitende und jetzt noch wieder sich steigernde Differenz von beinahe 250 000 M. nicht erklären, und es heißt hier: Du sprichst bergänglich viel, um zu versagen; der andere hört hier immer nur das — Minus! So ist es denn beispielsweise ein sehr geringes Maß, was uns in der Summe von 40 000 M. zufällt für die Deckung aller der Zahlungen und Bedürfnisse unserer medizinischen und naturwissenschaftlichen Aversen, für das archäologische, das jetzt erst zu schaffende kunsthistorische Institut und die übrigen Seminare, vor allem für die Bedürfnisse unserer so sehr lückenhaften Bibliothek. Wenn ihr, um nur eines herauszuheben, wieder der gewünschte dritte Diener versagt worden ist, der neben den bisherigen zwei und einem Heizer angefordert worden ist, so ist es natürlich für die Bibliothekverwaltung schmerzlich, bei dem gesteigerten Betrieb der Bibliothek zu sehen, daß Heidelberg vier Diener und einen Heizer hat, und wir müssen auf die Dauer immer und immer wieder die Bitte wiederholen, hier die Differenzen auszugleichen. Ich kann es Ihnen nicht ersparen, daß ich Ihnen nicht nur für diesmal, sondern für alle kommenden Etatsperioden, soweit ich hier in Betracht kommen werde — aber andere würden es ebenso tun — mit dem Ceterum censeo kommen werde: Ruperto Carolam et Alberto Ludovicianam esse adaequandas! Und Sie werden uns das von unserem Standpunkt aus auch nicht übel nehmen.

Aber selbst, wenn ich hier mit speziellen Wünschen in diesen zahllosen Einzelheiten nicht hervortrete, so gibt es doch Punkte, in denen selbst unter den jetzigen Verhältnissen und auch bei Rücksicht auf die schwere Finanzlage des Staates nicht jedes Bedenken unterdrückt werden kann, und da muß ich Ihre Gedanken doch etwas eingehender für eine Frage in Anspruch nehmen, die durchaus prinzipielle Bedeutung hat und über die wir leider gerade in der allerjüngsten Zeit in eine steigende Abweichung mit den Auffassungen unserer Großh. Regierung gelangt sind. Es betrifft das die Neuanlage des botanischen Instituts und des botanischen Gartens. Hier steht die Sache so, daß diese Neuanlagen, die schlechterdings unter 6 bis 800 000 M. nicht herzustellen sein werden, auch wenn wir hier wie an anderer Stelle auf ein mitwirkendes Entgegenkommen unserer Stadt hoffen, einem unserer Kollegen, dem Direktor des botanischen Instituts für die Ablehnung eines überaus lockenden Rufes an eine bedeutende Nachbaruniversität ausdrücklich zugesagt worden ist. Diese Zusage ist damals ganz bestimmt gemacht worden. In dem Brief, der vom Vertreter der Großh. Regierung an diesen Dozenten gerichtet wurde, hieß es, im Budget 1910/11 werde die erste Rate für den Institutsbau in einer Höhe angefordert werden, die jedenfalls das Unterbringen des eigentlichen Instituts in den Neubau ermöglicht. Der Direktor des bota-

nischen Gartens hat sich im Vertrauen darauf bewegen lassen, in Freiburg zu bleiben, und zwar im wesentlichen nur im Vertrauen hierauf, denn ich möchte bemerken, daß er persönliche Emolumente sich nicht ausbedungen hat und daß auch das, was ihm die Regierung in freudlichem Entgegenkommen nachträglich aus freien Stücken gewährt hat, in keinem Verhältnis zu dieser Ablehnung eines anderen Wirkungsfreies gestanden hat. Er hat sich beruhigt bei den Umständen, die ich Ihnen ebenfalls hier im einzelnen nicht zu schildern brauche, wenn ich Ihnen sage, daß die Hauptträume des jetzigen botanischen Instituts oben in dem Mansardenstock der alten Universität untergebracht sind; Sie können leicht denken, daß wenn die Beletage der alten Universität sich in dem Zustand befindet, wie ich es vorhin erwähnte, dieser Oberstock erst recht nichts Anziehendes und Befriedigendes mehr hat. Er hat in Geduld ausgeharrt und sich an die Zukunft vertröstet, um so mehr, als er inzwischen aufgefordert worden war, genauere Aufstellungen über die Anlage des neuen Instituts auszuarbeiten. Was ist nun geschehen? Im August ist ihm seitens der Großh. Regierung mitgeteilt worden, daß seine, zunächst ja nur ganz approximative, anschlagsweise Darlegung, aus der die Regierung einen Aufwandsbetrag von über einer Million berechnet hatte, ganz unerhörliche Ansprüche enthalte, und das in einem Ton des Briefes, der leicht an die Grenze einer Zurechtweisung streifte. Der Direktor des botanischen Instituts hat sich sofort zu eingehenden Umarbeitungen entschlossen. Er hat selbst daran hingewiesen, daß beispielsweise die Anlage eines Kesselhäuses, die in den ursprünglichen Anschlag auf 50 000 Mark eingesezt war, ganz gut erspart werden könnte, wenn man die Kesselanlage unter den Hörsaal verlegte. Er ist also zu allen Kompromissen bereit gewesen. Aber auch daraufhin hat er, und zwar erst vor ganz kurzer Zeit, erst im Januar d. J., gehört, daß auch in dem ermäßigten Umfange Anforderungen für das botanische Institut nicht in den Nachtragsetat eingestell werden könnten. In derselben Zeit, wo an der Universität, deren Berufung er abgelehnt hat, gleichzeitig alle Wünsche und Bedürfnisse des botanischen Faches in hinlänglichem Maße gedeckt werden, wird er also hier auf ein neues Provisorium hingewiesen. Dabei steht die Sache so, daß er nicht nur in der alten Universität mit größter Mühe die mikroskopischen Kurse hält, die er des Raummangels wegen teilen muß, die Hauptvorlesungen im zoologischen Institut, daß er das pflanzenphysiologische Praktikum im botanischen Garten halten muß. Bei der großen Rauntrennung ein fortwährendes Hin und Her, und damit eine jahrelange Zeit- und vor allem Arbeitskraftvergeudung.

Nun geht aber diese Frage weit hinaus über den speziellen Fall. Das, was uns vor allem beunruhigt ist, daß wir aus Vorkommissen, wie diesem, die Beförderung schöpfen müssen, wie es in ähnlichen Fällen werden soll, wenn ein Dozent einen Ruf nach auswärts ablehnt und eine bestimmte Zusage hinsichtlich eines Neubaus oder einer neuen Anstalt erhält. Was in diesem einen Falle geschehen ist, wiederholt sich. Der Direktor des pharmakologischen Instituts hat vor drei Jahren eine Berufung nach Berlin ausgeschlagen. Ihm ist bereits bei seiner Berufung nach Freiburg der Neubau eines pharmakologischen Instituts in Aussicht gestellt worden, es würden im Budget 1910/11 die Mittel mit allem Nachdruck angefordert werden. Er hat später selbst erklärt, sich auf zwei weitere Jahre gedulden zu wollen, aber natürlich auch in der Annahme, daß

höchstens im Budget 1912/13 sein Wunsch erfüllt werde. Andere Fälle, vor allem die großen Neubauten der inneren Klinik, deren Mißstände nicht heranreichen an die, die vorher mein Herr Nachbar zur Rechten über die Heidelberg Klinik ausführte, rücken nach, und so sehen wir mit Besorgnis dem Zustand entgegen, daß wertvolle Lehrkräfte, wenn sich ihnen Gelegenheit bietet, uns eben doch verloren gehen, oder daß andere Lehrkräfte, die wir jetzt noch besitzen, bei entsprechenden wichtigen Entscheidungen von vornherein zu unseren Ungunsten beeinflusst werden.

Ist das der formelle Standpunkt, so kommt aber noch ein menschlicher Standpunkt hinzu. Ich kann nicht unterlassen darauf hinzuweisen, was es für einen Akademiker bedeutet, wenn er bei Entscheidungen, die die ideale Sphäre der möglichst wirksamen Betätigung seiner Kräfte zum Gegenstand haben, unter unsicheren Voraussetzungen steht. Versehen Sie sich, wenn ich bitten darf, hinein in die Empfindung tiefer Enttäuschung, die einen Gelehrten ankommt, wenn ihm auf einem Höhepunkt seiner Wirksamkeit ein solcher Mißerfolg zuteil wird. Ich möchte also der Großh. Regierung mit aller Inständigkeit die Bitte aussprechen, noch einmal zu erwägen, ob nicht im Nachtragsetat mindestens mit einer Note für das botanische Institut Sorge getragen werden könnte, denn wir müssen uns im Hinblick auf die fürsorgliche und verständnisvolle Hochschulverwaltung, von der ich vorher sprach, notgedrungen sagen, daß sich in das harmonische Verhältnis von Regierung und Hochschule sich irgend ein Fremdkörper eingeschoben hat. Wir haben es hier wohl mit einem Willen zu tun, bei dem wir eben bei aller Energie und Besorgnis um das Staatswohl nicht das ganz entsprechende Verständnis für die individuellen Werte des Menschen, das im akademischen Leben voraussetzen können, und wir bedauern auf das schmerzlichste, daß solche Mißverständnisse einziehen, von denen wir bisher nichts gewußt haben.

Dieser ganze Gesichtspunkt der Rücksichtnahme auf die individuell verschiedenen Lehr- und Berufsbedingungen ist es auch, der mich zwingt, noch einmal auf eine Frage zurückzukommen, über die ich ebenfalls vor zwei Jahren bereits zu Ihnen reden mußte, die Assistentenfrage. Es ist nicht meine Absicht, dabei etwa noch einmal die prinzipielle Regelung der Frage einer Kritik zu unterziehen. Unsere jüngeren Kollegen haben — das darf ich, soweit ich ihre Meinungen übersehe, im Gegenteil versichern — durchaus den Standpunkt anerkannt, den die Großh. Regierung eingenommen hat, wenn sie es abgelehnt hat, etwa einen Gehaltstarif mit fest fortschreitenden Altersklassen für die Assistenten einzuführen. Sie haben sich dabei abgefunden, daß die Verhältnisse der einzelnen Persönlichkeit und deren Vereinbarungen mit dem Institutsleiter maßgebend sein müssen. Aber freilich der Wert dieser Prinzipien hängt hier wesentlich von der Durchführung im Verwaltungswege ab, und in dieser Hinsicht sind, so dankbar die neuerlichen Bemühungen der Regierung um die Verbesserung der Lage der Assistenten anerkannt worden, gerade in den letzten beiden Jahren Klagen laut geworden, von denen ich glauben möchte, daß sie zum Teil begründet sind. Es ist nämlich in den Freiburger Verhältnissen bemerkbar, daß bei der Durchführung gerade die älteren Assistenten ungünstiger weggekommen sind, als die jüngeren. Eine Statistik ergibt, daß unter den jüngeren Assistenten, die

erst seit 1908 in Tätigkeit sind, 31 von 40 etwa die Durchschnittsvergütung erreicht haben, die nach den ungefähren Normen, die die Regierung kundgegeben hat, erreicht werden können; dagegen ist die mittlere Gruppe, diejenigen Assistenten, die seit 1905/07 in Tätigkeit sind, so gestellt worden, daß von 11 nur 3 diese Durchschnittsnorm erreicht haben. Und gerade bei den ältesten, die vor 1905 die Assistententätigkeit eingeschlagen haben, sind es nur 3 von 14. Anders ausgedrückt: Von den jüngeren Assistenten haben schon relativ viele ihren erreichbaren Höchststand der Bezüge von 1200—1400 M. erreicht; von den ältesten dagegen stehen relativ viele noch auf dem ungünstigen Niveau von 1500—1700 M. Es zeigt sich also, daß ein relativ geringer Abstand zwischen den sehr jungen und gerade den ältesten Assistenten besteht. Und dabei sitzen gerade unter diesen 11 von 14 Assistenten, die so besonders ungünstig gestellt sind, die noch weit entfernt sind von dem Maximum von 2500, das sie erreichen konnten, solche, die erste Assistenten ihrer Institute oder Leiter selbständiger Abteilungen, sämtlich habilitiert, viele außerordentliche Professoren ohne Gehalt sind. Auch hier zeigt sich ferner eine nicht unerhebliche Ungleichstellung zwischen Freiburg und Heidelberg. Während Heidelberg z. B. in den Lehraufträgen eine sehr reichliche Entschädigung gerade für die Assistenten bietet, ist das bei Freiburg viel ungünstiger. Von 55 Lehraufträgen, die an den drei Hochschulen zusammen verteilt werden, entfielen auf Freiburg im Jahre 1908 nur 10; in der Tat doch ein sehr geringer Prozentsatz! Jetzt sind es 13; davon besitzen aber 2 Professoren an Mittelschulen, und die eigentlichen Dozenten nur 11. Ich darf auch in dieser Richtung den Herrn Vertreter der Großh. Regierung bitten, auf diese für die Zufriedenheit und Freudigkeit eines so großen Kreises von jüngeren Lehrkräften wichtige Frage die Aufmerksamkeit gerichtet zu halten, dabei doch auch zu berücksichtigen, daß wir nicht, wie es der Herr Referent im anderen Hohen Hause kürzlich wieder ausgesprochen hat, bei den Assistenten es nur zu tun haben mit einer beweglichen Schicht, die unter dem ordentlichen Lehrkörper fortwährend wechselt. Es ist heute für einen großen Teil der Assistenten die Charakterisierung des Verhältnisses gewiß richtig; aber doch nicht bei allen. Bei der ungeheuren Zunahme der Zahl der Praktikanten in den großen wissenschaftlichen Instituten kann heute der Direktor die Aufgabe nicht allein lösen. Er kann sich auch hier nicht gut verlassen auf Assistenten, die auf ein paar Jahre bei ihm eintreten und dann wieder weiterziehen, sondern er muß eine kleine aber nicht zu entbehrende Gruppe von Assistenten haben, die auf die Dauer an dem Institut tätig sind. Und daß der Zustand heute so ist, beweist z. B. das Faktum, daß in großem Maße Anleitungen zur Doktorarbeit ganz selbständig von Assistenten durchgeführt werden, da hier der Institutsdirektor keineswegs alles allein in der Hand behalten kann. Es handelt sich dabei nicht, wie der Herr Referent im anderen Hohen Hause gesagt hat, um einen gelegentlich ausnahmsweise aus persönlichen Verhältnissen einmal vorhandenen Zustand, sondern um einen normalen Zustand, der nicht anders sein kann.

Eine letzte, leider noch etwas trübere Situation möchte ich der Großh. Regierung nun aber auch bei jener anderen Gruppe von Universitätsbeamten ans Herz legen, auf die sich mein Herr Vorredner bereits vorher eingelassen hat, auf die Instituts-, Kanzlei- und Kassenbeamten, die durch die ominöse Frage der Nebengehalte

in verhängnisvoller Weise berührt worden sind. Ich muß auch darauf vom Freiburger Standpunkt aus noch einmal kurz eingehen, weil hier gewisse Fälle vorliegen, die die Gärten dieser Maßregel mehr als irgend ein anderer Fall ins Licht zu setzen geeignet sind. Es trifft das, ohne mich auf andere Details einzulassen, vor allem die beiden sehr verdienten Beamten des Sekretariats der Universität. Hier handelt es sich um die Erscheinung, daß der eine durch diese Nebengehalte mehr als 800 M., der andere etwa 700 M. seiner Einnahmen einbüßen soll, während ihre festen budgetmäßigen Gehälter sich zwischen 2000 und 4000 Mark bewegen, und dabei sind diese Nebeneinkommen solche gewesen, die schon eine ganze Reihe von Jahren fortbezogen worden sind und auf die diese Beamten, als sie in ihr Amt eintraten, gar besonders hingewiesen worden sind. In Heidelberg liegt gerade hier der Fall weniger ungünstig, weil dort die entsprechenden Beamten dotiert sind in Nebenbezügen aus akademischen Gelbern, die durch staatliche Maßregeln ihnen nicht entzogen werden können, Prozente der Doctorgelder. Die sind aber in Freiburg bereits auf andere Universitätsbeamte verteilt, so daß hier die Möglichkeit fehlt, durch Verschiebung der Bezüge einen Ersatz zu bieten. Ist das aber so, so brauche ich nicht zu sagen, was es für einen Beamten bedeutet, wenn er 25 Proz. seiner Einnahmen plötzlich verliert und wenn er auch kaum die Aussicht hat, das irgendwie in absehbarer Zeit wieder ins gleiche zu bringen. Bei dem ersten Sekretariatsbeamten steht es so, daß er beim günstigsten Verlauf im Jahre 1916 etwa erst das als Einnahme wieder erreichen wird, was er jetzt bezieht. Der zweite Sekretariatsbeamte kommt mit dem, was ihm jetzt entzogen wird, ungefähr auf das Niveau des Gehalts zurück, den er bezogen hat, als er in den Dienst der Universität vor etwa 6 oder 7 Jahren eintrat.

Freilich werden ja durchaus sachliche Erwägungen für diese Entziehung geltend gemacht, und es ist neulich von dem Herrn Vertreter des Finanzministeriums betont worden, daß es sich hier um eine große Überschätzung von Sachen handelt, die im Grunde eine quantität negligible sei, das Sparjamkeitsprinzip und die Gleichbehandlung der Beamten fordere das. Da möchte ich doch darauf hinweisen, wie dieses Sparjamkeitsprinzip hier manchmal, wo es auf einem Gebiet etwas kleines rettet, auf einem anderen Gebiet nur schadet, und ein Fall, den wir erst kürzlich in der Psychiatrischen Klinik erlebt haben, illustriert das außerordentlich schlagend. Der Direktor der Klinik hatte dem Oberwärtnerpersonal Prämien versprochen für den Fall, daß eine freiwillig geleistete über den normalen Dienst hinausgehende Wachsamkeit den Gasverbrauch heruntersinken würde. Der Erfolg wurde erzielt, die Prämien wurden gewährt, auch von der Großh. Regierung zuerst genehmigt. Im zweiten Jahr wurde die Genehmigung unter dem Schlagwort der Streichung der Nebenbezüge von der Regierung nicht mehr erteilt. Der Direktor der psychiatrischen Klinik gewährte sie nun aus eigenen Mitteln. Im dritten Jahr fiel die Prämie weg, und nun ergab sich, daß in den beiden Prämienjahren durch die Prämien von je 60 M. eine Gasersparnis von 600 M. und im anderen Jahre von 900 M. erzielt worden war, daß aber im dritten Jahre, wo die Prämien wieder wegfielen, ein Gasmehrverbrauch von 1000 M. erfolgt ist. Das sind so Konsequenzen dieses übermäßigen Kürzens der Bezüge gerade bei dem subalternen Amtspersonal. Und wenn es sich bei den Beamten, die uns gerade hier beschäftigt haben, anders steht, so ist es doch klar, daß die Freundig-

keit der Berufserfüllung auch bei ihnen notwendig leiden muß; ein gewisses Gefühl der Bitterkeit wird bei ihnen einziehen, und in der schriftlichen Darlegung, die der erste Sekretariatsbeamte über seine Verhältnisse dem akademischen Senat unterbreitete, hat er geradezu von einem niederschmetternden Eindruck gesprochen.

Wenn man nun sagt, ja, das Bedürfnis nach Gleichheit zwischen allen Beamten müsse das wettmachen, so muß ich darauf erwidern, daß zunächst schon diese Gleichmacherei kein absoluter Wert sein dürfte. Sie wird auch nicht von der Großh. Regierung gefördert aus eigener Initiative, sondern von der Mithilfe zahlreicher Kollegen, die eine kleine Nebeneinnahme ihren in ähnlichen Stellungen stehenden Berufsgenossen nicht gönnen, und ich kann nicht finden, daß die Höhe Regierung sich nun diesen Anschauungen gegenüber unter allen Umständen rücksichtsvoll verhalten sollte, vor allem deswegen nicht, weil der Erfolg der Gleichheit eben doch nicht erreicht wird. Wenn man erwägt, daß z. B. auch akademische Nebengebühren eine für den Pöbel oder für einen anderen in Betracht kommen, so können diese Bezüge eben durch staatliche Maßregeln nicht entzogen werden. Die Ungleichheit bleibt also doch bestehen. Und dazu kommt dann endlich, daß innerhalb der Universität die Ungleichheit durch jene Maßregeln nur gesteigert wird. Wollen Sie doch bedenken, daß in einem so engen korporativen Verband wie einer Hochschule eben nicht verglichen wird, was der Universitätssekretär bezieht gegenüber einem Vorstand irgend welcher Kanzlei im Lande, sondern daß die nächstbeteiligten sich vergleichen mit dem, was die Mitglieder des Lehrkörpers, was die Kassenbeamten, die Bedienten an Bezügen zu verzeichnen haben. Wird also an einer Stelle gekürzt, so wird die Ungleichheit an anderer Stelle desto größer. Auch hier kann das vielleicht ein Vorgang erläutern. Bei der Streichung der Nebengehälter wurde unter anderem auch verfügt, daß der Direktor der psychiatrischen Klinik den Gehalt von 1500 M., der ihm als Medizinalreferent zukommt, nicht mehr beziehen könne. Darauf antwortete mein Herr Kollege, daß er dann davon absehe, diese ihm bei seiner Berufung zugesicherte Honorierung weiter zu beziehen, daß er aber auch die Funktion als Medizinalreferent nicht mehr erfüllen werde, weil es nicht zu seinem Amt gehöre. Darauf wurde verfügt, daß solange dieser Herr in seinem Amte sei, das Honorar fortzuzahlen sei. Sie sehen hier, daß die Maßregel gegen den Professor machtlos ist; der Vorstand der Universitätskanzlei kann sich ihr nicht entziehen. Wo bleibt da die Gleichheit? Und dieses letzte Beispiel führt auf das Moment, das bei solchen Maßregeln das Entscheidende sein müßte. Ich kann es der Großh. Regierung gewiß nachfühlen, daß sie wünscht, hier mehr und mehr Beschwerden und Querulieren aus dem Lande vermieden zu wissen. Aber dann dürfte meiner Überzeugung und der aller meiner Kollegen nach der Weg der sein, daß man diese Bezüge streicht bei der Neubesezung eines Amtes, daß man aber solange ein bisheriger Amtsträger noch seine Funktion verübt, ihm auch den Genuß dessen beläßt, wonach er nach der Gewohnheit so viel Anspruch hat, daß das für jeden Unbefangenen schon ein Rechtsanspruch geworden ist, wenn er sich auch aus formellem Recht — darüber will ich mich jetzt nicht in Erörterungen einlassen — nicht als solcher halten läßt.

Ich darf wohl überzeugt sein, daß, wenn ich Sie bei diesen Einzelheiten aufgehalten habe, das bei mir nicht auf dem Bedürfnis der Querulieren entspringen ist.

Gerade meine letzten Worte sollten es zum Ausdruck bringen, daß dieser scheinbar geringfügige Gesichtspunkt für das Beamtenleben, das so eigentlich familienhafte Zusammenleben einer Universität ungeheuer wesentlich wird, daß er für das Funktionieren einer Hochschule in der Tat nicht zu entbehren ist. Wir müssen uns gewöhnen, ruhig und offen über diese Dinge uns auseinanderzusetzen. Und das gilt für diesen Punkt genau so wie für den, den mein Herr Nachbar zur Rechten vorhin bereits angeführt hat, und den ich zum Schluß auch nicht ganz umgehen kann, weil er in der anderen hohen Kammer in einer uns nicht ganz sympathisch berührenden Weise hervorgehoben worden ist. Das betrifft das Verhältnis zwischen Heidelberg und Freiburg.

Ich habe auch heute wieder darauf hinweisen müssen, daß hier noch Verschiedenheiten bestehen. Aber wenn in dem anderen hohen Hause gesagt worden ist, daß hier wohl noch vielfach Eifersucht in akademischen Kreisen bestünde, so möchte ich dieser Anschauung auf das allerentschiedenste entgegenreten. Das sind im Sinne aller Freiburger, und ich weiß auch und mein Herr Kollege hat es vorhin bestätigt, im Sinn aller Heidelberger Kollegen *tempi passati*, und wir sollten uns in diesem Streit um den größeren Wert von Heidelberg oder Freiburg doch besser auf den Standpunkt stellen, den Goethe forderte, als man um die größere Bedeutung seiner oder Schillers Persönlichkeit stritt: „Die Leute sollen froh sein, daß sie zwei solche Kerls haben!“ Ganz gewiß lassen wir auf dieser Vergleichsbasis gern unserer Schwesteruniversität die Rolle des älteren Goethe und wir gönnen ihr auch von Herzen, daß sie sich neuerdings den stattlichen Geheimratsrock angelegt hat, der in Gestalt der Akademie ihr zuteil geworden ist, wenn ich auch persönlich — und viele meiner Kollegen mit mir — der Meinung bin, daß, wenn Freiburg einmal die entsprechenden großen Stiftungen erhalten haben wird — und sie werden auch für uns kommen —, auf die glotterigen schwäbischen Glieder dieses Staatsgewand nicht so ganz passen würde. Jedenfalls ist es für jeden Freiburger, der im letzten Sommer das 500jährige Jubiläum der Universität Leipzig mitfeiern konnte, eine heudige Genugtuung gewesen, daß der Sprecher aller glückwünschenden deutschen Hochschulen der der ältesten Hochschule Deutschlands war, und daß er aus Baden kam, und wenn dabei speziell mich ein Bedauern beschlich, so war es das, daß der bedeutende Gelehrte, der das Wort für die deutschen Universitäten führte, nicht mehr dem Verbands dieses hohen Hauses angehört, dem er bisher angehört hat. Ich darf unbeschadet des guten Verhältnisses zu seinem Nachfolger und meinem Nachbar das hier aussprechen und weiß, daß ich in diesem Punkt der Zustimmung aller Mitglieder des hohen Hauses sicher bin.

**Graf Raban von Helmstatt:** Sowohl der Herr Berichterstatter als der Herr Geheime Kirchenrat Troeltzsch haben in ihrem Vortrag einen Punkt berührt, den auch ich hier aufgreifen möchte, umso mehr, als dieser Punkt mit einer Nachdrücklichkeit behandelt worden ist, aus der ich einen Wunsch herauslese, den ich von ganzem Herzen teile. Es betrifft das die Herstellung resp. die Vervollständigung unserer klinischen Institute. Ich beschränke mich auf einige Worte hinsichtlich der chirurgischen Klinik in Heidelberg, indem ich die Erfahrungen, die ich in wenigen Tagen machte, welche ich dort zu brachte und während deren ich Pflege und Heilung dort suchte und in reichlichem Maße gefunden habe, hier kurz mitteile.

Das Institut steht vollständig auf der Höhe der Zeit. Man kann sagen, durch das bahnbrechende Vorgehen einer Reihe großer und bekannter Gelehrter hat sich das Institut geradezu einen Weltruf erworben. Nicht nur in Europa, auch in Amerika ist Geheimrat Czerny populär und bekannt geworden, und auch der jetzige Leiter der Anstalt ist ein Mann, in den ich das größte Vertrauen setze. Die ärztliche Behandlung, die vorzügliche Pflege und Verpflegung sind jedenfalls ein Zeugnis von dem idealen Streben, welches in allen Teilen dieses Instituts zutage tritt. Die Patienten erster und zweiter Klasse sind ausgezeichnet untergebracht. Anders ist es hingegen bezüglich der Patienten dritter Klasse. Da ist ein solcher Platzmangel, daß, ähnlich wie in der medizinischen Klinik, man vor der Frage steht, ob nicht für die allernächste Zeit die dringlichste Notwendigkeit zur Abhilfe vorliegt, ob nicht bald an diese Frage heranzutreten werden muß. Ungefähr 365 Tage im Jahre sind etwa 30—40 sog. „Überbetten“ da, über die ursprünglich bestimmte Zahl von Betten hinaus. Es herrscht dort der löbliche Grundsatz, daß niemand abgewiesen werden darf, der noch der Pflege in einer Klinik bedürftig ist. Während ich dort war, kam ein Eisenbahnarbeiter, der den linken Arm beim Rangieren abgequetscht bekam. Es war ein jugendlicher kräftiger Mann. Die Quetschung war aber derartig, daß eine Verblutung jedenfalls eingetreten wäre, hätte er lange nach einem Arzt suchen müssen.

Man hilft sich gegen den Platzmangel auf merkwürdige Weise. Die Betten werden zusammengedrückt, sogar auf dem Korridor aufgestellt, ja die Badewannen müssen herhalten, und aus Stühlen wird ein künstliches Lager gemacht, mit dem Rekonvaleszenten vorlieb nehmen müssen zugunsten der Neuankommenen.

Was sind das für Zustände! Die Pflege ist außerordentlich gehindert, die Kranken liegen zu nahe beieinander, und es spottet aller hygienischen Vorschriften, wenn ein Lokal derart überfüllt ist. Es ist ein solcher Notstand, daß wir nicht länger zögern dürfen, Abhilfe zu schaffen. Ich glaube das Interesse des hohen Hauses ganz besonders darauf lenken und die Bitte aussprechen zu sollen, die Großh. Regierung möge dieser Frage bald näherzutreten.

Nun möchte ich mir nur noch eine kurze Entgegnung dem Herrn Vorredner gegenüber gestatten. Er hat den Herrn Abgeordneten Schöfer in Verbindung gebracht mit der Frage der Besetzung der Lehrstühle durch Nichtbadener. Nach den amtlichen Mitteilungen war es der Herr Abgeordnete Benedey, der sehr genaue Zahlen vorbrachte auf Grund einer Statistik, die von einem zuverlässigen Bekannten des Herrn Benedey geführt worden ist, und die er selbst als zuverlässig bezeichnet. Ich will die Zahlen der vorgerückten Zeit halber nicht alle vorbringen; es sind im ganzen ungefähr 90 Hochschullehrer an den Universitäten Heidelberg und Freiburg, wovon nur 12 Badener sind. Ich will sehr gerne die Richtigkeit dessen zugeben, was der Herr Vorredner gesagt hat, aber das dürfte denn doch geradezu als ein Mißverhältnis bezeichnet werden, und ich glaube, die leitenden Stellen der Hochschulen würden sich verbieten machen, wenn sie Rücksicht darauf nähmen, daß nach und nach dieses Mißverhältnis beseitigt würde.

**Freiherr Dr. von La Roche-Starkenfels:** Herr Geh. Kirchenrat Troeltzsch hat die kürzlich erfolgte Neubesezung zweier theologischer Lehrstühle an der Universität Heidelberg

in die Diskussion hereingezogen. Ich möchte mich auch zu dieser Frage äußern, wobei ich allerdings so ziemlich den entgegengesetzten Standpunkt einnehme. Durch den Tod zweier Ordinarien waren diese Lehrstühle gleichzeitig erledigt. Nun ist es seit langen Jahren ein sehnlicher Wunsch der positiven Kreise unserer evangelischen Landeskirche, daß ein zweiter Professor der positiven Richtung nach Heidelberg berufen werde. Ich war ja schon öfter in der Lage, zu dieser Frage hier das Wort zu nehmen.

Sowohl bei den Laien, wie bei den Geistlichen halten sich die beiden Richtungen etwa die Waagschale. Trotzdem ist an der Universität Heidelberg die positive Richtung Jahrzehnte lang überhaupt nicht vertreten gewesen. Dann wurde von der Regierung ein positiver Dozent berufen. Jetzt ist das Verhältnis wie 5:1. Ein Grund hierfür kann um so weniger eingesehen werden, als überall da, wo an norddeutschen Universitäten die liberalen Theologen in der Minderheit sind, gerade von deren Gesinnungsgenossen und Freunden der Anspruch auf eine paritätische Berufung erhoben wird, das heißt man verlangt, daß an jeder Fakultät möglichst in gleicher Zahl positive und liberale Dozenten vorhanden sein sollen. Und doch ist in Preußen mit seinen vielen Universitäten die Sache nicht so schlimm wie bei uns. Wenn dort die Dozenten an einer Hochschule nicht zusagen, der geht eben an eine andere. Dies ist aber ein Weg, auf den man in Baden unsere jungen Theologen nicht verweisen kann. So bleibt eben nur die einzige Möglichkeit, in Heidelberg die beiden Richtungen zu Wort kommen zu lassen. Früher stand auch die Großherzogliche Regierung diesem Standpunkt nicht absolut ablehnend gegenüber. Der verstorbene Staatsminister Roff hat i. Jt. in der Zweiten Kammer ausdrücklich die Positiven auf die Zukunft verwiesen. Natürlich ist ein solches Ministerwort nicht für alle Zeiten verbindlich, man wird aber verstehen, daß man auf positiver Seite das Wort nicht bergab und glaubte, darin ein Pfand für die Zukunft zu haben. Man ließ auch die Hoffnung nicht schwinden, als in den letzten Jahren mehrfache Neubefetzungen eben so viele Enttäuschungen brachten. Und als nun der gewiß seltene Fall eintrat, daß gleichzeitig die Befetzung zweier Lehrstühle vorzunehmen war, da sagte man sich auf positiver Seite vertrauensvoll, jetzt kann es ja gar nicht anders sein, jetzt müssen unsere Wünsche unter allen Umständen Erörterung finden. Um so größer war daher die Enttäuschung, um kein stärkeres Wort zu brauchen, als es bekannt wurde, daß wiederum zwei liberale Dozenten berufen seien.

Wie steht es denn mit einer solchen Berufung? Die Presse hat vielfach die Befetzungen erörtert, und da konnte man von einem freien Wahlrecht der Fakultät lesen. Das ist nun nicht richtig. Das freie Wahlrecht steht lediglich der Regierung zu. Die Fakultät wird allem Brauche gemäß und gewiß mit Recht vorher aufgefordert, ihr Gutachten abzugeben. An den Vorschlag derselben ist aber die Regierung nicht gebunden. Die Vorschläge der Fakultät sollen sich über die wissenschaftliche Qualität der in Frage kommenden Dozenten aussprechen. In allen andern Fakultäten wird die Regierung diese Vorschläge von vornherein als unbefangene betrachten können und danach zu handeln haben. Bei der theologischen Fakultät liegt die Sache etwas anders. Wir haben nun einmal in der evangelischen Kirche die beiden Richtungen, die — das muß ausgesprochen werden — gerade in den letzten Jahren in scharfem Gegensatz zueinander stehen,

die positive und die liberale Richtung. Über diesen Gegensatz helfen auch die schönsten Worte nicht hinweg. Es wäre nun als etwas Sicheres anzunehmen gewesen, daß auf den Vorschlagslisten der theologischen Fakultät in der langen Reihe von Jahren eben sowohl positive wie liberale Dozenten in bunter Reihenfolge sich gefunden hätten, denn die wissenschaftliche Qualität wird man bei einer Richtung wie der anderen nicht absprechen können. Wenn es aber trotzdem Tatsache ist — und es ist Tatsache —, daß seit 50 Jahren und noch länger auf der Vorschlagsliste der theologischen Fakultät niemals ein einziger positiver Dozent sich befand — derjenige, der zur Zeit in Heidelberg die positive Richtung vertritt, ist gegen den Willen der Fakultät durch die Regierung berufen worden —, wenn man das berücksichtigt, so darf man doch wohl die Vorschlagslisten nicht als durchaus unbefangene betrachten. Die eine Hälfte, die positive — ob die größere oder die kleinere, tut hier nichts zur Sache —, ist einfach von der Fakultät gar nicht in den Bereich der Erwägungen hereingezogen worden, sondern die Auswahl und die Gestaltung der Vorschlagslisten hat sich nur auf die liberale Hälfte bezogen.

Bei dieser Sachlage wird man doch wohl sagen müssen, daß die Regierung ihre Verpflichtung, auf einer höheren Stufe zu stehen, nicht in vollem Umfange erfüllt, wenn sie sich die Selbstbeschränkung auferlegt, lediglich auf den Vorschlagslisten der Fakultät die zu berufenen Dozenten zu wählen.

Nun wird auch der evangelische Oberkirchenrat gegen dessen Präsident stets über die Fakultätsvorschlüsse gehen. Es entspricht das durchaus dem Verhältnis, in dem die evangelische Kirche zur Heidelberger Fakultät steht, und es ist um so wünschenswerter, daß diese Übung beibehalten wird, als bei Neubefetzungen in der katholischen Fakultät in Freiburg der katholischen Kirche das gleiche Recht zusteht, gehört zu werden. In dem heutzutage behandelnden Falle ist der Oberkirchenrat augenscheinlich der Ansicht gewesen, daß die Verhältnisse sich so gestaltet haben, daß für Heidelberg ein weiterer positiver Dozent hätte berufen werden sollen. Die Antwort des Herrn Staatsministers im andern Hause scheint in der Fassung so gewesen zu sein, daß sie leicht mißverstanden werden konnte. Sie wurde von der Presse so aufgefaßt, als ob hätte gesagt werden wollen, daß bei der Berufungsfrage die Ansicht der Großh. Regierung mit der des Oberkirchenrats vollständig kongruent gewesen wäre. Es war das aber doch wohl nur für den Professor der praktischen Theologie richtig, während hinsichtlich der andern Professur ein Unterschied zu konstatieren sein dürfte. Es ist eine Veröffentlichung im evangelischen Korrespondenzblatt erschienen, in welcher gesagt ist, daß der Präsident des Oberkirchenrats hinsichtlich der alttestamentlichen Professur tatsächlich auf einem andern Standpunkt gestanden habe, daß er bei der durch den Herrn Minister gebotenen Gelegenheit mündlich und schriftlich vorstellig gewesen sei, daß bei Befetzung der alttestamentlichen Professur die Wünsche der Positiven Berücksichtigung finden sollen, und daß erst, nachdem dies als unmöglich bezeichnet worden sei, er sich an der Erörterung darüber beteiligt habe, welcher von den durch die Fakultät vorgeschlagenen Männern am besten in Betracht gezogen werden könne, ohne deshalb seine zuerst betonte grundsätzliche Stellungnahme irgendwie aufzugeben.

Der Herr Staatsminister wird also doch wohl das Verhalten des Oberkirchenrats als ein Einverständnis

Der Herr Berichterstatter hat mit Recht hervorgehoben, daß Baden im Verhältnis zu seiner Bevölkerungszahl ganz Ausnahmeweises für seine Hochschulen leistet. Es ergibt ein Blick auf die Zahlen, die der Herr Berichterstatter vorgebracht hat, daß unser Land nach seiner Bevölkerungszahl etwa eine Hochschule zu beanspruchen hätte, während es in Wirklichkeit drei Hochschulen und zwar blühende Hochschulen alimentieren muß. Daß das zu sehr großen Opfern und dazu führt, daß eben in vielen Fällen die Hochschulverwaltung vor der Frage steht, nur die dringendsten Bedürfnisse erfüllen zu können und weniger dringende zurückstellen zu müssen, das bedarf keiner näheren Begründung.

Der dringendste der Wünsche, der von allen Seiten ausgesprochen worden ist, und der von Seiten des Herrn Grafen Helmstatt bezüglich der klinischen Institute in Heidelberg noch besonders begründet wurde, betrifft den Zustand unserer klinischen Anstalten, vor allem in Heidelberg. Ich kann dem, was Herr Geh. Kirchenrat Troelsch ausgeführt hat, nur zustimmen; es ist einem dringenden Bedürfnis hier abzuhelfen. Aber die Groh. Regierung ist nicht etwa untätig gewesen, sondern hat sich damit beschäftigt, die Mittel und Wege zu suchen, wie gerade in Heidelberg diesem Bedürfnis entsprochen werden kann. Ich glaube auf das Nähere heute nicht eingehen, sondern nur darauf hinweisen zu sollen, daß, wenn eine Änderung in Heidelberg erfolgen wird, sie in großzügiger Weise erfolgen muß; denn nur dadurch kann geholfen werden, daß ein Teil des akademischen Krankenhauses, etwa die innere Klinik, auf einen anderen Platz gelangt und damit der nötige Raum für weitere Ausgestaltung und Verbesserung geschaffen wird.

Ich will eine Frage, die von verschiedenen Seiten herührt worden ist, die Mitwirkung der Stadt Heidelberg, heute nicht weiter in den Kreis meiner Erörterungen ziehen, sondern nur Herrn Oberbürgermeister Wildens, den wir heute unter uns zu sehen die Freude haben, ans Herz legen, daß dann, wenn diese Frage in Heidelberg akut wird, er — es wurde viel von „Beuteln“ gesprochen, in die man greifen könne — den städtischen Beutel nicht schone. Es muß bei den klinischen Instituten immer in Betracht gezogen werden, daß die Städte, die keine Universitätsinstitute besitzen, große Kosten für Krankenhäuser aufwenden müssen. Ich erinnere an die Millionen, die Karlsruhe aufwenden mußte; auch Mannheim ist im Begriff ein großes Spital zu bauen; kurz, alle großen Städte müssen hier große Aufwendungen machen, und die Universitätsstädte haben hier den Vorzug, daß ihnen die Krankenhäuser der Universtität einen großen Teil der Lasten abnehmen. Herr Oberbürgermeister Winterer könnte uns von Freiburg verschiedenes erzählen, und ich freue mich, sagen zu können, daß dieser hervorragende städtische Vertreter der Regierung in ihrer Aufgabe bezüglich der akademischen Krankenhäuser in weitestem Maße entgegengekommen ist. Möge das so bleiben und die Stadt Freiburg bei den Aufgaben, die in der nächsten Zeit an sie herantreten, nicht bloß bezüglich der klinischen Anstalten, sondern auch bezüglich eines anderen Instituts, das heute erwähnt worden ist, vor Opfern nicht zurückschrecken.

Der Herr Berichterstatter hat im Anschluß an die Erörterung der Statistik unserer Hochschulen sich der Frage zugewendet, ob und aus welchen Gründen die Technische Hochschule in Karlsruhe in ihrer Frequenz eine gewisse weichende Tendenz zeige. Die Tatsache ist

der Einberufenen nicht in vollem Umfange bezeichnen können. Es wird ja heute dem Herrn Staatsminister Gelegenheit gegeben sein, diese mißverständliche Aufzeichnung richtig zu stellen.

Der ganze Verlauf der Besetzungsfrage hat sich also so abgespielt: Von den 6 Professoren der Heidelberger Fakultät waren 2 gestorben. Von den vier übrig gebliebenen gehören 3 der liberalen, einer der positiven Richtung an. Von den liberalen Herren waren zwei erst kurze Zeit in Heidelberg. Die drei liberalen Professoren stellten eine Vorschlagsliste auf, auf der sich lediglich liberale Dozenten befanden. Der positive Professor, der schon lange der Heidelberger Fakultät angehört, gab ein separates Votum ab und machte insbesondere für das alte Testament auf einen sehr bekannten Gelehrten aufmerksam. Der Oberkirchenrat trat ebenfalls für den Dozenten ein, der auf dem Separatvotum vorgeschlagen war und dessen hervorragende wissenschaftliche Fähigkeiten auch auf liberaler Seite zweifellos anerkannt werden mußten. Für die Regierung lagen somit in der einen Wagschale die Ansichten dreier Professoren und in der anderen Wagschale die Ansichten eines Professors und des Oberkirchenrats. Sinezurechnen wird man noch dürfen die vielfachen Bitten und Petitionen, die von positiver Seite in all den langen Jahren an das Groh. Ministerium gerichtet worden sind. Trotz alledem fiel die Entscheidung nach dem Majoritätsvotum der Fakultät aus. Die Positiven sind trotz Unterstützung des Oberkirchenrats unerbittlich geblieben. Wenn man sich nach dem eigentlichen Grunde dieser Maßnahme fragt, so liegt die Antwort meines Erachtens in letzter Linie auf dem Gebiete der Staatspolitik, deren Konstellation eine solche geworden ist, daß die Groh. Regierung glaubt, den Ansprüchen bestimmter politischer Kreise unter keinen Umständen entgegenzutreten zu sollen. Die Groh. Regierung wird sich aber sagen müssen, daß sie mit ihrer Entscheidung dem positiven Teil der evangelischen Landeskirche sehr weh getan hat und sie wird sich nicht wundern dürfen, wenn ein starkes Gefühl der Verbitterung diese treuen, ruhigen und opferwilligen Glieder unseres evangelischen Volkes ergreift. Es bleibt nun nur übrig für die Positiven, weiter zu kämpfen, und sie werden es tun. Aber das ist es ja eben, was sehr zu bedauern ist, daß man nicht zu einem Frieden gelangt ist, der in unserer Zeit mehr als je zu wünschen gewesen wäre. Ein solcher Frieden kann aber nur dann erreicht werden, wenn die Regierung auch den Positiven das gewährt, was sie glauben beanspruchen zu können als ihr gutes Recht.

Staatsminister Dr. Frhr. von Dusch: Ich habe vor allem die Pflicht, denjenigen Herren Vorrednern Dank auszusprechen, die in so warmer Weise die Verdienste der Regierung um unsere Hochschulen anerkannt haben; wenn auch vielleicht in diese Anerkennung ab und zu ein etwas anderer Ton hineingekommen ist, so kann ich wohl feststellen, daß die Hochschulverwaltung zu irgend welcher ernstlichen Beanstandung einen Anlaß nicht gegeben hat. Wenn die Hochschulverwaltung nicht allen Wünschen entgegenkommen kann, so liegen die Gründe auf dem Gebiet, auf das wir ja bei allen Budgetfragen wieder zurückkommen, auf dem Gebiet der Finanzpolitik. Das ist auch der Grund, warum wir eine Reihe von Wünschen, die heute vorgetragen worden sind und deren Dringlichkeit wir in keiner Weise verkennen, bis jetzt noch nicht haben erfüllen können.



richtig. Aber ich kann das, was der Herr Bericht-  
erstatter in dieser Beziehung ausgeführt hat, nur be-  
stätigen. Die Tatsache des Rückgangs ist nicht eine  
der Technischen Hochschule in Karlsruhe eigentümliche,  
sondern der Rückgang beruht auf den allgemeinen  
Gründen, die auch hier ihre Wirkung ausüben. Und  
dieser Rückgang gibt nicht den geringsten Anlaß, an der  
wirklich vortrefflichen Ausgestaltung unserer Technischen  
Hochschule irgendwie zu zweifeln.

Es ist der Wunsch ausgesprochen worden, die  
Regierung möge darauf hinwirken, daß eine Aner-  
kennung unserer Diplomeugnisse auch in Preußen  
erfolgt. Die Hochschulverwaltung ist in dieser Richtung  
nicht untätig geblieben. Wir haben alles versucht, um  
in Preußen eine Anerkennung unserer Diplomeugnisse  
zu erwirken. Allein bis jetzt werden und zwar aus  
naheliegenden Gründen — es hängt das mit der Eisen-  
bahngemeinschaft zusammen — in Preußen überhaupt  
nur die Diplomeugnisse der Technischen Hochschulen in  
Darmstadt und Braunschweig anerkannt, während für  
uns eine Anerkennung bis jetzt nicht zu erzielen war.  
Man wird das nicht auf eine Unfreundlichkeit Preußens  
zurückführen dürfen; zu einer solchen Annahme liegt  
kein Grund vor, sondern es handelt sich darum, daß  
Preußen derart mit jüngeren technischen Kräften über-  
schwemmt ist, daß eine große Schwierigkeit für das  
preußische Arbeitsministerium vorliegt, diese Kräfte zu  
beschäftigen, und man fürchtet — das ist begreiflich —  
daß durch eine Freizügigkeit der Diplomingenieure in  
ganz Deutschland der Zugang der jungen Techniker ein  
zu großer werden würde. Die Regierung wird die  
Frage nicht außer Acht lassen und immer wieder den  
Sebel ansehen, um im Endergebnis eine Gleichschätzung  
unserer Diplomeugnisse herbeizuführen.

Was der Herr Berichterstatter über das „Bildungs-  
proletariat“ und die damit zusammenhängenden Fragen  
ausgeführt hat, kann ich wohl in allen Punkten unter-  
schreiben. Ich möchte aber in Ergänzung seiner Aus-  
führungen auf eines hinweisen, daß der Vorwurf, den  
der Herr Berichterstatter gemacht hat, daß wohl ab und  
zu ein etwas zu hochliegender Bildungstrost geboten  
werde, jedenfalls den Verein Volksbildung nicht trifft,  
der mit der Technischen Hochschule zusammenhängt. Es  
wird dort in dieser Beziehung nur durchaus gesunde  
Kost geboten. Ich bin der Ansicht, daß der Bildungs-  
drang und der Idealismus unserer Arbeiter nicht ge-  
nug anerkannt werden kann, daß aber Vorlesungen über  
Nietzsche und Schopenhauer u. dgl. nicht die richtige  
Kost sind.

Die Handelshochschule in Mannheim, die der Herr  
Berichterstatter als eine zarte Pflanze bezeichnet hat,  
die auch von der Regierung etwas begossen werden  
möchte, ist durch die große Stiftung, von der der Herr  
Berichterstatter gesprochen hat, schon ein recht kräftiges  
Pflänzchen geworden, und ich glaube, der Staat könnte  
sich mit der bescheidenen Summe, mit dem Scherflein,  
das er etwa in das Budget einsetzen könnte, neben  
solchen Summen kaum sehen lassen. Es bedarf auch  
nicht eines solchen materiellen Beitrags, um das  
Interesse der Unterrichtsverwaltung an der Handels-  
hochschule zu dokumentieren. Das Interesse der Unter-  
richtsverwaltung an der Handelshochschule wird, wie ich  
im anderen Hohen Hause ausgeführt habe, dadurch  
betätigt, daß vor allem die Heidelberger Hochschulkräfte  
in reichem Maße der Handelshochschule zur Verfügung  
stehen.

Im Zusammenhang mit der so reichen und begrüßens-  
werten Stiftung, die für die Handelshochschule gemacht  
worden ist, wurde auch die Stiftung der Akademie der  
Wissenschaften in Heidelberg genannt. Ich ergreife die  
Gelegenheit, um meine Genugtuung über die herbor-  
ragenden Stiftungen auszusprechen und die Hoffnung  
zu äußern, daß den Stiftern noch recht viele von gleicher Gesinnung  
und gleichen Mitteln nachfolgen mögen.

Herr Geheimer Kirchenrat Troeltzsch hat sich über  
den Wegfall der Nebenbezüge für akademische Beamte  
ausgesprochen, und diese Frage ist sodann von Herrn  
Geheimen Hofrat Dr. Schmidt noch weiter ausgeführt  
worden. Ich möchte mit der an sich nicht sehr  
interessanten und erfreulichen Frage das Ge-  
heime Haus nicht zu lange beschäftigen und nicht an  
Einzelheiten eingehen. Allein eines muß ich auch  
bei diesem Anlaß sagen: Es ist nicht etwa ein übler  
Wille der Regierung den Hochschulen gegenüber, sondern  
es ist der Vollzug eines allgemeinen, gesunden und nicht  
abweisbaren Gedankens, nämlich die Nebenbezüge der  
Beamten auf ein gewisses Maß zurückzuführen. Wenn  
man bedenkt, daß im letzten Budget über 200 000 M.  
an Nebenbezügen angeführt waren, wenn man weiter  
bedenkt, daß speziell bei den Hochschulen einzelne Be-  
amte mit ihrem Gehalt und ihren Nebenbezügen zu-  
sammen sich auf eine Höhe der Einnahme gestellt haben,  
mit der sie in die Gehaltsklasse A des Tarifs kämen,  
wird aller Grund gegeben sein, anzuerkennen, daß die  
Regierung gerecht gehandelt hat. Daß die Sache un-  
angenehm und peinlich empfunden wird, ist zuge-  
geben. Allein, es werden ja die Nebenbezüge, wie sie  
aus den allgemeinen Grundätzen ergibt, die auch der  
Budgetkommission bekannt sind, nicht auf einmal ge-  
hoben worden, und es kann hier für die Unter-  
richtsbeamten keine Ausnahme gemacht werden.

Ich glaube also, daß man in der Richtung vor allem  
eines berücksichtigen muß, daß nämlich die Hochschulver-  
waltung nicht eine exceptionelle Stellung gegenüber den  
anderen Staatsverwaltungen beanspruchen kann, und  
man sollte weiter berücksichtigen, daß wie ich schon vor-  
hin gesagt habe — es nicht böser Wille gegen die Be-  
amtenchaft gewesen ist, was uns zu dieser Maßnahme  
veranlaßt hat, sondern die unvermeidliche Notwendigkeit,  
zu sparen und die Rücksicht auf den Umstand, daß nicht  
einer Beamtenklasse belassen werden kann, was einer  
anderen genommen werden mußte.

Herr Geh. Kirchenrat Troeltzsch hat in seinen weiteren  
Ausführungen noch verschiedene Institute in Heidelberg  
erwähnt, die dringende Wünsche haben. Der Herr Hoch-  
schulreferent wird wohl Gelegenheit nehmen, noch auf  
diese einzelnen Wünsche einzugehen. Ich nehme keinen  
Anstand zu erklären, daß vor allem der Zustand des  
pathologischen Instituts einer weiteren Besserung bedarf  
und auch das pharmakologische Institut unbedingte Be-  
rückichtigung verdient.

Herr Geh. Kirchenrat Troeltzsch hat im Anschluß an die  
Erörterung über die verschiedenen Institute ausgeführt, daß  
man keine glänzenden Bauten erstellen solle. Das ist  
richtig, und wir werden dafür sorgen, daß die Bauten,  
die erstellt werden müssen, nicht zu glänzend ausfallen;  
allein es bedarf keines besonderen Glanzes, um für ein  
Krankenhaus ein paar Millionen auszugeben. Die Frage ist  
aber, woher diese Millionen zu nehmen sind. Der Herr

Berichterstatter hat auf einen Weg verweisen und gesagt, man solle bei den Eisenbahnen sparen und keine unrentablen Linien bauen. Der Herr Berichterstatter wird, wenn das Eisenbahnbudget vorliegen wird, Gelegenheit haben, sich zu überzeugen, daß die Regierung auf diesem Gebiet bei Aufstellung des Budgets so gründlich gearbeitet hat, daß wohl Schwierigkeiten auf Seiten der Stände sich ergeben werden, ob in der Tat eine Sparjamkeit in diesem Maße eintreten solle.

Mit Herrn Geh. Kirchenrat Troeltsch möchte ich noch der Hoffnung Ausdruck geben, daß die schöne Stiftung aus London in nicht zu später Zeit zum Vollzug kommen möge. Es hat freilich die Sache einen Haken: diese 50 000 Pfund stehen zunächst der Witwe zu, und erst nach deren Tod wird die Summe an uns kommen. Die näheren Modalitäten sind uns noch nicht bekannt. Ich hoffe, daß daraus eine reiche Förderung speziell für die naturwissenschaftlichen Forschungen in Heidelberg sich ergeben möge!

Was Herr Geh. Hofrat Schmidt über das Freiburger Kollegienhaus ausgeführt hat, kann ich nur als durchaus zutreffend begrüßen, und ich freue mich, daß der Herr Geh. Hofrat, obgleich er zunächst von der ästhetischen Seite nicht sprechen wollte, doch im Ergebnisse seiner Ausführungen auch in ästhetischer Richtung ein befriedigendes Urteil gefällt hat. Daß wir dafür sorgen werden, daß nicht aus der römischen I eine II gemacht werden muß, sondern daß in Wirklichkeit im nächsten Jahr eingezogen werden kann, dafür glaube ich nach dem Verlauf, den in diesem Jahre der Bau genommen hat, ferner mit Rücksicht auf den energischen leitenden Baubeamten, den der Herr Geh. Hofrat mit Recht gerühmt hat, einstehen zu können. — Was die alten Tafeln in den Korridoren anbelangt, bei denen die Kreide nicht mehr rasch verfangen will, so werden sie durch neue ersetzt werden. Auch die Lehrstühle — im körperlichen Sinne — werden eine Verbesserung erfahren. Ich weiß nicht, welcher Stuhl durchgebrochen ist, ob das Gewicht des betreffenden Gelehrten im Verhältnis zu seiner geistigen Bedeutung gestanden hat und durch dieses große Gewicht der Stuhl durchgedrückt wurde. Jedenfalls wird nachgesehen werden, ob nicht in dieser Hinsicht jetzt schon geholfen werden muß, um derartigen Unglücksfällen einen Riegel vorzuschieben.

Den Bemerkungen über den Lehrkörper der Universität Freiburg kann ich mich nur in allen Beziehungen anschließen, insbesondere ergreife ich gerne den Anlaß, noch einmal an dieser Stelle die hervorragenden Verdienste des Herrn Geheimrat Bäumlert zu rühmen. Ich möchte dem, was Herr Geh. Hofrat Schmidt angeführt hat bezüglich der erfreulichen Tatsache, daß ein hervorragender Historiker der Universität erhalten worden ist, ergänzend beifügen, daß auch der ausgezeichnete Physiologe in Freiburg neuerdings, nachdem er schon früher Ruf an die größte Hochschule abgelehnt hatte, wiederum einen Ruf nach München abgelehnt hat und dadurch der Universität erhalten geblieben ist.

Im Anschluß an die Erörterungen über den Lehrkörper wurde dann die Frage der Berufung von Badenern bzw. Nichtbadenern auf die Lehrstühle der badischen Universitäten von Herrn Geh. Hofrat Schmidt erörtert und von dem Herrn Grafen Helldorf noch einmal aufgegriffen. Ich muß offen gestehen: diese Frage besteht für mich, so lange ich die Ehre habe,

an dieser Stelle zu stehen, nicht. Sie besteht nicht insofern, als irgend eine besondere Bevorzugung unserer Landesfinder nicht erfolgen kann und darf. Die Wissenschaft ist im besten Sinne international, wenigstens international innerhalb der deutschen Stämme, und ich glaube, gerade dem Umstand, daß die hervorragendsten deutschen Kräfte Gelegenheit haben, in ganz Deutschland ihre wissenschaftliche Laufbahn zu machen, ist die Blüte unserer Hochschulen zu danken. Ein wirklich zutreffendes Bild, wie die Zahl der Badener zu den Nichtbadenern sich verhält, kann nicht gewonnen werden durch die Statistik unserer Hochschulen, sondern es müßte eine Statistik aller Hochschulen aufgestellt und festgestellt werden, wie viele Badener an anderen deutschen Hochschulen wirken.

Die anderen Wünsche, die Herr Geh. Hofrat Schmidt vorgetragen hat, bezogen sich vor allem auf die alte crux der Differenz der Staatszuschüsse an den Universitäten Freiburg und Heidelberg. Ich möchte diesen Schmerz meinerseits nicht erneuern und nicht verschärfen; allein eines kann ich nicht unterdrücken. Herr Geh. Hofrat Schmidt hat uns gesagt, wenn ich recht verstanden habe, daß eine Differenz von 250 000 M. bestehe. Wenn Herr Geh. Hofrat Schmidt eine nähere Prüfung der beiden Budgets vornimmt, so wird er finden, daß für Heidelberg allein die klinischen Institute von dieser Summe etwa 150 000 M. beanspruchen. Das ist aber nicht das reine Verdienst der Stadt Freiburg, denn es sind große Stiftungen da, deren glückliche Pächterin die Stadt ist. Es geschieht auch von der Stadt sehr viel, und das ist der Grund, weshalb wir nicht so viel für Freiburg geben müssen. Es ist also kein übler Wille der Regierung, auch nicht, wenn die Gehalte an den beiden Universitäten noch nicht durchaus ausgeglichen sind. Das hängt eben mit den Berufungszusälligkeiten zusammen und mit dem Alter der zu Berufenden. Aber auch in dieser Richtung kann ich die Versicherung geben, — und das haben wir kürzlich bestätigt bei Erhaltung des Freiburger Historikers —, daß die Regierung die beiden Universitäten durchaus gleichzustellen bestrebt ist.

Von dem überaus freundlichen Ton, der zuerst die Ausführungen des Herrn Geh. Hofrat Schmidt beherrscht hat, ist dieser Redner dann in einen etwas unfreundlicheren übergegangen bezüglich einer speziellen Angelegenheit, der Frage des botanischen Instituts in Freiburg. Ich will nicht die Einzelheiten dieser Frage erörtern; aber auf eines muß ich hinweisen und es mit Bestimmtheit feststellen: es liegt nicht der Bruch eines Versprechens seitens der Hochschulverwaltung vor. Die Sache liegt vielmehr so, daß wir vor allem berücksichtigt haben, daß für das Kollegienhaus in Freiburg 800 000 M. mehr aufgewendet werden mußten. Das konnten wir mit Rücksicht auf das Gesamtbudget nicht außer Betracht lassen. Und wenn dem Herrn schriftlich zugesagt worden ist, so bald wie möglich die Sache zu vollziehen, so liegt darin, daß das jetzt nicht geschehen konnte, doch kein Bruch des Versprechens, sondern einfach der Zwang der Verhältnisse, denen eben auch die Hochschulverwaltung sich fügen muß. Wenn das Finanzministerium uns erklärt, daß bei dem besten Willen eine größere Summe nicht zur Verfügung zu stellen sei, so müssen wir eben eines nach dem andern, erst das Dringlichste, dann das weniger Dringliche machen. Bezüglich dieses Instituts möchte ich übrigens darauf hinweisen, daß die Verhandlungen in keiner Weise abgeschlossen sind. Wir stehen mit der Stadt noch in Verhandlung und können eine entscheidende Entschliebung erst treffen,

wenn wir vollständig klar sehen bezüglich der Zukunft. Daß wir alles daran setzen werden, das Versprechen in die Tat umzusetzen, kann ich Herrn Geh. Hofrat Schmidt versichern.

Bezüglich des pharmakologischen Instituts liegt die Sache insofern etwas anders, als der Herr Redner selbst gesagt hat, die Hochschulverwaltung habe nur erklärt, sie werde mit allem Nachdruck die Sache betreiben. Wir werden auch da tun, was eben in unseren Kräften steht.

Herr Geh. Hofrat Schmidt hat sodann davon gesprochen, daß sich ein „Fremdkörper“ zwischen Hochschulen und Regierung eingeschoben habe. Wenn ich recht verstanden habe, soll diesen Fremdkörper der Herr Finanzminister darstellen. Ich glaube, das nicht mißverstanden zu haben und möchte zu Ehren des Herrn Finanzministers sagen: er hat das wärmste Herz für die Hochschulen, er würde in dieser Richtung selbst jedes Opfer bringen. Aber ihm sind Schranken gesetzt, über die auch der beste Finanzminister nicht hinwegkommen kann, wenn nicht ein Gebiet beschritten werden soll, das ich heute ja nicht in die Diskussion werfen möchte, nämlich die Anlebenspolitik.

Weiter hat dann Herr Geh. Hofrat Schmidt außer den Nebenbezügen noch einen Einzelfall angeführt von Kleinlicher Behandlung von Beamten durch die Hochschulverwaltung. Ich glaube, in dieser Richtung würde es besser gewesen sein, — nicht dem Redner gegenüber bemerke ich dies, sondern für die Beamten, von denen er gesprochen hat — wenn dieser Fall nicht zur Erörterung gekommen wäre. Das ist in der Tat ein trostloser Zustand, wenn Beamte nur gegen Prämien am Gas sparen, in einem Jahre 600 oder 900 Mark, und dann beim Wegfall der Prämien das Gas willkürlich verbrennen lassen, so daß eine Mehrausgabe von 1000 M. entsteht. Die Sache liegt so, daß man versucht sein könnte, gegen diese Beamten die dienstpolizeiliche Untersuchung einzuleiten. — Auch in anderer Beziehung ist dem Herrn Berichterstatter ein Irrtum unterlaufen. Er hat davon gesprochen, daß dem Mediziner in Freiburg ein Nebengehalt von 1500 M. für Besorgung der Stelle eines Medizinalreferenten entzogen werden sollte. Es ist das in doppelter Richtung ein Irrtum: einmal handelt es sich nicht um 1500 M., sondern nur um 325 M. Auch diese sollten ihm nicht entzogen werden, sondern sind als „künftig wegfallend“ bezeichnet, was auf Anfrage des Beamten sofort dahin aufgeklärt wurde: so lange der Beamte im Amt ist, bleibt er auch in dem Bezug. So liegt diese Sache, und ich glaube, daß ein Grund zur Beschwerde in dieser Richtung nicht vorliegt.

Ich glaube, wenn ich zusammenfasse, was Herr Geh. Hofrat Schmidt gesagt hat, wieder zurückkehren zu dürfen zu den warmen Worten, mit denen er begonnen hat, und in denen ich den Ausdruck seiner Gesinnung der Hochschulverwaltung gegenüber wohl auch jetzt noch erblicken darf.

Herr Graf von Helmstatt hat insbesondere den Zustand der chirurgischen Klinik in Heidelberg berührt. Wir müssen zugeben, daß die dortigen Zustände bedenkliche sind. Aber Vorgänge, wie sie sich da ereignet haben, daß ein Kranker nicht alsbald versorgt werden kann, sind in keinem Krankenhause zu vermeiden. Der Krankenstand ist sehr wechselnd. Im allgemeinen sind unsere Kliniken nicht nur nicht überfüllt,

wir müssen sogar allmählich fürchten, daß infolge der großen und glänzenden Krankenhäuser, wie sie sich hier und in Mannheim jetzt entwickelt haben, unter Umständen die Frequenz für unsere Krankenhäuser in einer für die Lehrtätigkeit nicht unbedenklichen Weise zurückgehen könnte. Auch nach diesen Dingen werden wir sehen und versuchen, soweit tatsächlich Abhilfe möglich ist, diese Abhilfe tunlichst rasch zu vollziehen.

Ich komme zu dem letzten Punkt meiner Ausführungen, nämlich zu der Besetzung der theologischen Lehrstühle in Heidelberg. Ich glaube aus den entgegengesetzten Anschauungen, die wir heute von den verschiedenen Herren Rednern — von Herrn Geh. Kirchenrat Troeltzsch und von Freiherr von La Roche — haben vertreten hören, ergibt sich von selbst die schwierige Situation, in welcher die Hochschulverwaltung gerade bei Besetzung der theologischen Lehrstühle sich befindet. Vor allem möchte ich der Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß auch diejenige Seite des Hohen Hauses, die sich gegen die Regierung wenden zu müssen geglaubt hat, es in einer Form getan hat, die der Regierung in keiner Weise zu nahe tritt. Leider gilt nicht das gleiche von der Presse der „positiven“ Partei, und es werde genötigt sein, im Laufe meiner Ausführungen näher darauf zurückzukommen. Im allgemeinen darf ich verweisen auf den Standpunkt, den ich in diesem Hohen Hause schon mehrfach — in den Jahren 1906 und 1908 — zu vertreten die Ehre gehabt habe, und mich auf die Ausführungen beziehen, die ich im anderen Hohen Hause und zwar, soweit ich es damals für geboten und für angemessen erachten konnte, gegeben habe.

An der Spitze dieser ganzen Sache steht die Frage: Soll und darf auch bei der Besetzung theologischer Lehrstühle das Vorschlagsrecht der Fakultät gewahrt bleiben? Ich sage „Vorschlagsrecht“ nicht im dem Sinne, als das ein juristisch formales Recht wäre; wohl aber ist es eine alte und ehrwürdige Übung, auf die meines Erachtens nicht zum wenigsten die hohe Blüte unserer Hochschulen gegründet ist, und ich glaube, man wird froh sein, Angriffe, auf die ich zurückkommen werde, den theologischen Fakultäten, die in einer eigenartigen Lage sich befinden, dieses Recht wahren müssen. Daß unter Umständen dieses Recht ignoriert wird, das hat ja die Hochschulverwaltung gezeigt in der Berufung eines „positiven“ Lehrten, die gegen den Willen der Fakultät erfolgt ist. Die Möglichkeit, die damals vorlag und diese Berufung ermöglicht hat, war die, daß in Heidelberg zwei Lehrstühle für Dogmatik, einer, der ursprünglich der lutherischen, und einer, der der reformierten Konfession vorbehalten war. Es waren also zwei Lehrstühle zur Verfügung, und es lag in Ausübung einer justitia distributiva nichts näher, als diesen zweiten Lehrstuhl mit einer anderen Richtung zu besetzen.

Es konnte erwogen werden, auch andere theologische Lehrstühle, wie das an großen preussischen Universitäten der Fall ist, doppelt zu besetzen; das verbietet sich aber durch unsere einfacheren Verhältnisse.

Berufungen gegen den Willen der Fakultäten haben immer etwas außerordentlich übles und führen zu Schwierigkeiten; dies hat auch bei der Berufung des erwähnten Gelehrten, gegen dessen Person sich nichts einwenden läßt, zu Schwierigkeiten geführt, die darin liegen, daß, wenn so ausgesprochen verschiedene Richtungen zusammenwirken müssen, Differenzen eben nicht zu vermeiden sind, Differenzen, die immer dann wieder herbor-

getreten sind, wenn es sich um die Besetzung neuer Lehrstühle gehandelt hat.

Wenn nun die Frage zu erörtern war, ob die Regierung gegen den Willen der Fakultät einen positiven Theologen berufen sollte, so war für die Regierung — abgesehen von dem vorhin von mir erwähnten Vorschlagsrecht der Fakultät, was, wenn irgend möglich, gewahrt werden sollte — noch der weitere Gesichtspunkt maßgebend, daß eine gewisse Homogenität gewahrt werden muß. Diese Homogenität der Heidelberger Fakultät besteht keineswegs etwa darin, wie man nach den Ausführungen des Herrn Freiherrn von La Roche meinen könnte, und wie das seine Ansicht ist, daß etwa die ganze Fakultät mit Ausnahme des einen Gelehrten von einer ausgesprochen liberalen Parteirichtung wäre. Im Gegenteil, die Bemühungen der Regierung waren, und wie ich wohl sagen darf, stets mit Erfolg darauf gerichtet, — ich verweise unter anderem auf die Berufung des Kirchenhistorikers im Jahre 1906 — hervorragende Männer zu berufen, von denen anzunehmen ist, daß sie in einem gemäßigten und versöhnlichen Sinn wirken werden. Es ist das damals nicht anerkannt worden, sondern es sind gerade in dem Blatt, das heute Herr von La Roche erwähnt hat, sehr scharfe Äußerungen gegen diesen Gelehrten gefallen und gegen den evangelischen Oberkirchenrat, der damals nicht das nötige getan haben sollte. Ich wäre in der Lage, einen Erlaß des evangelischen Oberkirchenrats zu verlesen, der sich auf diese Berufung bezog, und die gegen den Oberkirchenrat und die Regierung erhobenen Vorwürfe zurückzuweisen bestimmt war. Aus demselben ergibt sich, daß der ausgezeichnete Kirchenhistoriker von streng positiver Seite dem Oberkirchenrat auf das wärmste empfohlen worden war. — Und trotzdem unterliegt die Fakultät immer wieder diesen heftigen Anschuldigungen. Ich glaube, wenn die Regierung nach Erwägung aller Verhältnisse dazu gekommen ist, auch in diesem Fall wieder nicht Parteimänner, sondern Männer persönlicher Richtung zu berufen, so hat sie ihre Pflicht erfüllt gegenüber der evangelischen Oberkirchenbehörde.

Und damit komme ich auf den Punkt, den ich etwas näher erörtern muß, weil in dieser Beziehung in der positiven Presse ein Ton gegen mich angeschlagen worden ist und schwere persönliche Beleidigungen ausgesprochen worden sind, gegen die ich im übrigen nicht reagiert habe, aber die heute in diesem Hohen Hause festzustellen mir eine Genugtuung ist. Es ist im Korrespondenzblatt für die Evangelische Konferenz vom 13. Februar d. J. meine Rede in der Zweiten Kammer einer Kritik unterzogen worden. Es sind verschiedene Äußerungen in der Zweiten Kammer nach dem Stenogramm wiedergegeben, und dann daraus der Schluß gezogen, ich hätte „den Einbruch erwecken wollen, als ob auch die Kirchenbehörde ganz einberstanden gewesen wäre mit der Berufung der beiden schließlich Erlorenen.“ Am Schlusse wird das Urteil über meine Person dahin zusammengefaßt: „Es hat demnach der Minister nicht die ganze Wahrheit gesagt, sondern nur die halbe, und außerdem hat er den falschen Anschein erweckt, als ob die Kirchenbehörde die Entscheidung der Regierung für beide Berufungen genehmigt hätte. Solch ein Verfahren ist für einen Ministerpräsidenten jedenfalls sehr ungewöhnlich.“ Ob das Verfahren, einen Minister auf diese Weise anzugreifen, für einen Geistlichen, den wir nach der Unterschrift als Verfasser erkennen müssen, nicht ein ungewöhnliches ist, das überlasse ich dem Urteil des Hohen Hauses.

Aus diesem Artikel sind dann weitere herborgegangen, es sind Artikel gekommen, die auch eine Ministerkrisis konstatiert haben. Ich habe leider im anderen Hohen Hause mehreren Sitzungen wegen einer heftigen Erkältung, deren Folgen heute noch nicht überwunden sind, nicht anwohnen können. Aus dieser Tatsache, in Verbindung mit den Artikeln der evangelischen Korrespondenz ist der Schluß gezogen worden, als ob ich wegen fehlender Wahrheitsliebe die bekannte Ministerkrankheit bekommen habe, um bald verabschiedet zu werden.

Ich will von der Ministerkrisis, die ja nichts anderes darstellt, als Druckerchwärze auf Papier, und von den sehr häßlichen Artikeln, die in badiſchen und nichtbadiſchen Blättern erschienen sind, nicht weiter reden, sondern zu dem Artikel zurückkehren, von dem ich vorhin gesprochen habe. Es wird mir darin vorgeworfen, als ob ich mich hinter dem evangelischen Oberkirchenrat zu decken gesucht habe. Ich glaube, daß ein solcher Vorwurf einem Manne gegenüber, der wie ich gerade über die Frage der Besetzung der theologischen Lehrstühle schon wiederholt in der deutlichsten Weise sich auszusprechen Gelegenheit genommen hat, ein recht eigentümlicher ist. Welche Deckung hätte denn der evangelische Oberkirchenrat bieten sollen? Der evangelische Oberkirchenrat hat ja nicht ein beschließendes, sondern lediglich ein beratendes Mitwirkungsrecht. Die Staatsministerialentscheidung vom Jahre 1886, auf Grund deren die Übung festgelegt ist, daß der evangelische Oberkirchenrat zu befragen sei, enthält lediglich die Ermächtigung für den Minister, in jedem einzelnen Fall dem Präsidenten des Oberkirchenrats Gelegenheit zur „Äußerung seiner Wünsche“ zu geben.

Wenn weiter gesagt wird, ich hätte nur die halbe Wahrheit gesagt, so muß ich darauf hinweisen, daß der Zweck meiner Rede im anderen Hohen Hause nicht der gewesen ist, die Stellung des Oberkirchenrats gegenüber den Positiven zu rechtfertigen, sondern die Stellung der Regierung. Und wenn ich damals — ich bin heute genötigt, weiter zu gehen und werde auch weiter gehen —, wenn ich damals mit meinen Ausführungen sehr vorsichtig gewesen bin, so hat das vor allem den Grund gehabt, daß ich auf Persönlichkeiten wenn irgend möglich nicht eingehen wollte. Ich habe in der Rede im anderen Hohen Hause ausgeführt, daß die beiden Berufungen, wie sie „schließlich“ erfolgt seien, im Einbernehmen mit dem evangelischen Oberkirchenrat erfolgt sind, habe aber alsbald erklärt, auf die Frage, aus welchen Gründen der eine oder andere von der Fakultät vorgeschlagene Kandidat berufen worden sei, nicht eingehen zu wollen. Ich habe auch abgelehnt, auf die Frage einzugehen, warum nicht die an erster Stelle Vorge schlagenen berufen worden seien. Ich glaube, wer die Tatsachen so genau kennt, wie der Verfasser des Artikels des Korrespondenzblattes, welches schon unterm 2. Januar schrieb: „Daran — nämlich an dem tadelnswerten Verhalten der Regierung — wird durch die Tatsache nichts geändert, daß die Regierung wenigstens nicht die radikalen Herren berufen hat“, — eine Bezeichnung der Berufenen, gegen die ich mich ganz entschieden verwahren muß — ich sage, wer diese Tatsachen so genau kennt, der hat auch, wenn er nicht blind sein wollte, aus meinen Ausführungen das heraus hören müssen, was ich damals damit sagen wollte, daß ein „Einbernehmen“ mit dem Oberkirchenrat herbeigeführt worden sei.

Nachdem nun so schwere Angriffe erfolgt sind, kann ich nicht unterlassen, auch meinerseits, um alle Zweifel aufzuklären, auf die Personen — ohne Namen zu nennen —,

näher einzugehen. Es waren zwei Lehrstühle zu besetzen, zunächst ein Lehrstuhl für praktische Theologie. Bezüglich der Besetzung dieses Lehrstuhls ist alsbald die vollständige Übereinstimmung mit dem Präsidenten des Oberkirchenrats herbeigeführt worden, der schriftlich seine Zustimmung zur Berufung des jetzt Berufenen gegeben hat. Aus welchen Gründen damals nicht auf den zuerst vorgeschlagenen gegriffen wurde, das heute auszuführen habe ich keinen Anlaß, da sich die Angriffe im wesentlichen richten gegen die Besetzung des Lehrstuhls für Altes Testament. Ich möchte bezgl. dieses Lehrstuhls hervorheben, daß er für die Frage der Glaubensrichtung verhältnismäßig wenig in Betracht kommt, also eine so schwere Querel wegen Nichtbesetzung dieses Lehrstuhles mit einem positiven Gelehrten hier wohl kaum mit Recht erhoben werden könnte. Was die Besetzung dieses Lehrstuhls anbelangt — und ich halte mich, da öffentliche Erörterungen gepflogen worden sind, nicht nur ermächtigt, sondern ich glaube, daß es dem Wunsche des Präsidenten des evangelischen Oberkirchenrats entspricht, wenn ich es offen ausspreche — so ist bezüglich des dafür an erster Stelle vorgeschlagenen eine direkte Ablehnung durch den Oberkirchenrat erfolgt und zwar mit der Begründung, daß die Berufung dieses Mannes auf das äußerste verlegend nach der positiven Seite wirken würde. Ich habe die Gründe dieser Ablehnung zwar meinerseits nicht anerkennen können; ich muß noch heute mein lebhaftes Bedauern darüber aussprechen, daß es der Hochschulverwaltung nicht möglich war, diesen in der Tat hervorragenden Mann und Gelehrten zu berufen. Aber ich habe die Bedenken des Präsidenten des Oberkirchenrats würdigen müssen, der darauf hinwies, es sei in diesem Fall dringend erwünscht, nicht eine Berufung zu vollziehen, die im Ergebnis, wenn auch meines Erachtens mit Unrecht, eine Enttäuschung und Beunruhigung auf der positiven Seite herbeiführen müßte.

Nun war die Hochschulverwaltung vor die Frage gestellt, welcher Gelehrte zu berufen sei. Der Herr Präsident des Oberkirchenrats hat — und darin ergänze ich die Ausführungen, die ich in der Zweiten Kammer gegeben habe, bei denen ich übrigens nicht entfernt daran gedacht habe, ich hätte dazu keinen Anlaß gehabt, irgend eine Tatsache zu unterdrücken —, den Wunsch geäußert, daß dieser Lehrstuhl mit einem Manne positiver Richtung, speziell mit dem in dem Separatvotum eines Mitgliedes der Fakultät genannten Manne, besetzt werde. Hier war nun die Hochschulverwaltung vor die Entscheidung gestellt, wohin sie sich wenden wolle, und die Entscheidung ist, was meine Person anbelangt, dahin ausgefallen, daß ich die Verantwortung dafür nicht übernehmen könnte, gegen die Vorschläge der Fakultät einen Mann, der von der großen Majorität der Fakultät überhaupt nicht genannt war, auf den Lehrstuhl zu berufen. Das war mein Standpunkt, und das wird mein Standpunkt bleiben, so lange ich auf diesem Platze stehe, daß nur in den äußersten Fällen — und ein solcher lag hier nicht vor — an dem Vorschlagsrecht gerüttelt werden sollte, daß im allgemeinen jedenfalls in dem Rahmen geblieben werden sollte, der durch die Vorschläge der betreffenden Fakultät gesetzt ist.

Es hat dann — die Sache wurde allmählich dringlich, es war Dezember und es hat sich darum gehandelt, die Verhandlungen vor Ende Dezember abzuschließen, weil sie sonst nicht aufs Frühjahr, sondern erst auf den Herbst wirksam geworden wären — nochmals eine münd-

liche Verhandlung meiner Person mit dem Herrn Oberkirchenratspräsidenten stattgefunden, bei welcher er wiederholt seinen Standpunkt dahin festgelegt hat, daß ihm die Berufung eines Positiven sehr erwünscht wäre, bei der aber der Herr Präsident sich doch dem Gemüth meiner Gründe und vor allem meiner entschiedenen Stellung nicht widerlegen konnte und wollte und dann unter den zwei weiter vorgeschlagenen Gelehrten denjenigen bezeichnet hat, der tatsächlich berufen wurde, und zwar denselben bezeichnet hat unter Benennung eines hervorragenden Theologen, der ihm diesen Gelehrten als ausgezeichnet qualifiziert für den Lehrstuhl empfahlen hatte.

So haben sich die Dinge vollzogen. Diesen Tatsachen gegenüber mag nun der Verfasser des Artikels im Korrespondenzblatt mich der Lüge zu beschuldigen. Denn was heißt das anders, auch wenn es in die Form gekleidet ist: Ich hätte die „halbe Wahrheit“ gesagt! Es hat eine andere Zeitung dann das daraus gemacht, was gemeint war: Den Vorwurf der Lüge. Ich frage nun, ob ich nicht berechtigt war, zu sagen, was ich dem Herrn Abgeordneten Gierich in der Zweiten Kammer erwidert habe: Die Regierung sei in gewissem Maße den Wünschen der Positiven entgegen gekommen? Ich glaube, das Entgegenkommen war in der Tat ein weitgehendes. Habe ich das nicht sagen dürfen? — nicht sagen dürfen, doch schließlich im Endergebnis die Berufungen im Einvernehmen mit dem Oberkirchenrat erfolgt seien? Ich wiederhole, daß das Einvernehmen nicht einen beschließenden, sondern lediglich einen beratenden Charakter gehabt hat. Ich verwahre mich auf das entschiedenste gegen solche Vorwürfe, begreife es aber mit Genehmigung, daß mir Gelegenheit gegeben worden ist, im Sinne des Herrn Oberkirchenratspräsidenten die Tatsachen festzustellen, deren Feststellung ihm erwünscht sein wird. Ich benutze auch gerne den Anlaß, um hervorzuheben, daß die Verhandlungen — wie das auch nicht anders zu erwarten war — in freundschaftlicher Form sich abgepielt und nicht etwa tiefgehende Differenzen stattgefunden haben, sondern — wie es unter christlichen Männern üblich ist — wir unsere Meinungen offen ausgetauscht haben. Ich trage die Verantwortung allein und ausschließlich, und glaube, im Ergebnis so weit gegangen zu sein, als ich es mit meiner Stellung als für die Hochschulverwaltung verantwortlicher Minister verantworten kann.

Ich glaube, damit den Sachverhalt erschöpft zu haben und möchte zum Schlusse nur nach der Seite der Positiven die Bitte aussprechen, doch diese Sache nicht wieder zu einem Streit auszugestalten, wie er in früheren Fällen sich ergeben hat, nicht wie es früher gegenüber dem Kirchenhistoriker gewesen ist, die Sache zuzuspitzen zu persönlichen Angriffen auf die berufenen Lehrer, vor allem nicht in der Weise vorzugehen, wie ein anderer Artikel uns angeklagt hat. In Nummer 1 des Korrespondenzblattes für die Evangelische Konferenz vom 2. Januar d. J. wird nämlich gesagt: „Unter solchen Umständen können wir unseren Söhnen nicht mehr mit gutem Gewissen raten, nach Heidelberg zu gehen; wir müssen sie vielmehr anweisen, bei einer positiven Fakultät außerhalb unseres Heimatlandes ihre theologische Ausbildung zu suchen.“ Ich möchte darauf verweisen, daß das gar nicht logisch ist, denn wenn auch auf den Lehrstuhl für das alte Testament ein Mann positiver Richtung gekommen wäre, so wäre doch die praktische Theologie nicht mit einem Manne dieser Richtung besetzt

worden. Ich möchte nur um eines bitten, die Sache in friedlicher Weise zu behandeln, und nicht etwa die Fakultät zu boykottieren, sondern die Söhne ruhig nach Heidelberg gehen zu lassen. Sie werden dort, wie ich in der zweiten Kammer gesagt habe, etwas Nützliches lernen. Auch das ist mir mit theologischer Spitzfindigkeit so ausgelegt worden, als ob ich hätte sagen wollen: Nur das Wissen würde gefördert werden, nicht aber der Glaube. Deswegen will ich mich jetzt anders aussprechen: Ich bin der Überzeugung und habe das vollste Vertrauen zu den Männern, die jetzt die Fakultät vertreten, daß sie unsere jungen Theologen zu tüchtigen und nützlichen Dienern ihrer Kirche erziehen werden. Daß solche persönliche Anfeindungen ungerechtfertigt sind, dafür darf ich auf folgende Tatsache hinweisen, daß der praktische Theologe, der uns leider so früh entzogen worden ist, und der der liberalen Richtung angehörte, gerade von positiver Seite die wärmsten Nachrufe bekommen hat in dem Sinne, daß es ihm gelungen sei, allen gerecht zu werden. Ich glaube also, man sollte doch erst die Raten der Herren, die berufen worden sind, abwarten und sehen, ob ihnen nicht ebenso gelingt, die jungen Theologen in solcher Weise zu erziehen und sollte nicht einseitig aus Parteilanatismus vorweg diese Fakultät in Verfall erklären und sagen: Meine Söhne dürfen nicht mehr nach Heidelberg. Ich möchte dringend bitten, in dieser Richtung Frieden walten zu lassen, den Frieden, der gerade denen gut ansteht, deren Herz sich für das Christentum erwärmt.

Bürgermeister Dr. Weiß: Wenn ich im Anschluß an das, was Herr Graf von Helmstatt über die Heidelberger chirurgische Klinik gesagt hat, meinerseits noch ein kurzes Wort über die medizinische Klinik zu sagen wage, nachdem Herr Geh. Kirchenrat Troeltsch sich schon in so nachdrücklicher Weise über die hier vorliegenden Notwendigkeiten ausgesprochen hat, so geschieht es, weil ich es für zweckmäßig halte, daß auch hier noch ein Mitglied des Hauses, das nicht im Interessentkreis der Universität steht, nach aus eigener Wahrnehmung gewonnener Überzeugung die Notwendigkeit der fraglichen Einrichtungen kurz betont. Ich habe aber noch einen Grund, etwas dazu zu sagen, den Grund nämlich, daß ich nicht so ganz davon überzeugt bin, daß diese Sache so rasch marschieren wird, wie sie nach meiner Überzeugung marschieren sollte. Es ist in der Kommission die Rede davon gewesen, die Angelegenheit sei nicht spruchreif. Es ist betont worden, daß man mit der Stadt zu verhandeln habe und dergl. Gewiß! Ich bin auch der Ansicht, wenn die Stadt erleichtert wird durch die Existenz des Krankenhauses, so soll sie auch ihrerseits in irgend einer Weise beitragen zu den Ausgaben. Aber ich glaube, es bestehen da prinzipiell keine Schwierigkeiten; es handelt sich nur um die Form, in der es geschehen soll. Aber auf die Erledigung dieser Frage warten sollte man nach meiner Ansicht nicht; es sollte weitergearbeitet werden, als ob das alles schon im Klei wäre. Man muß ein Projekt machen, es zur Reife bringen, sich verständigen insbesondere mit dem Leiter der Anstalt, und man muß die Mittel flüssig machen, die notwendig sind, gleichviel, in welchem Umfange von der Stadt ein Beitrag zu erhalten sein wird. Und nun kurz noch zu einem anderen Punkt.

Der Herr Berichterstatter hat von den Volksbildungsbestrebungen gesprochen, und er hat in sympathisierender Weise gesprochen sowohl von dem Bildungshunger

der Arbeiter, als auch von den Bemühungen derer, die ihm entgegenkommen. Er hat dann aber durchblicken lassen, daß hier die Gefahr vorliege, das Bildungsproletariat zu vermehren. Nun, das Bildungsproletariat in dem Sinne, in dem es der Herr Berichterstatter zuerst erwähnt hat, kann auf diesem Wege kaum vermehrt werden; ich meine dasjenige, das aus Leuten besteht, die sich eine wirkliche wissenschaftliche Ausbildung geschaffen haben und nun infolge großen Zudrangs zu den wissenschaftlichen Berufen ihr Brot damit nicht verdienen können. Was hier bedenklich werden könnte, ist etwas anderes, das der Herr Berichterstatter auch angedeutet hat, es ist, daß die Leute, die auf diesem Wege eine gewisse Bildung errungen haben, diese überschätzen, sich in aufdringlicher Weise damit breit machen und dadurch in ihrem Berufe eher untüchtiger als tüchtiger werden. Daß auch auf diesem Acker Unkraut wächst — wer wollte es leugnen? Ich wäre der letzte; aber ich glaube, man darf die Gefahr doch nicht überschätzen. Jedenfalls wird eine Veranstaltung zur Förderung der Volksbildung nicht sehr leicht, wenn sie nicht ganz schlecht dirigiert wird, bei den Leuten die Illusion wecken, daß sie damit, daß sie etwas gehört und gelernt haben, wissenschaftlich gebildete, für einen wissenschaftlichen Beruf befähigte Leute werden. Es handelt sich vielmehr darum, den Leuten einen gewissen Lebensgenuß zu verschaffen, der edler ist, als sich zum Kartenspiel oder etwas dergleichen hinzusetzen. Ich glaube, das sollte man doch den Veranstaltern unter keinen Umständen verargen. Wenn man nun den Begehrenden etwas darbieten will, so gibt es verschiedene Wege, und ich glaube, diese Wege sind alle gangbar. Einerseits gibt es viele Veranstaltungen, die auf parteipolitischen Bestrebungen aufgebaut sind. Man sucht die Leute auf diesem Wege für die eine oder andere Partei zu gewinnen. Ich sage dagegen nichts, nur soll bei dieser Gelegenheit die Wissenschaft nicht verfälscht werden. Das könnte vorkommen, und dem müßte auf das Entschiedenste entgegengetreten werden. Lieber und sympathischer aber sind mir Veranstaltungen, wenn sie unabhängig von politischen Parteien und religiösen Richtungen dirigiert werden. Es gibt nun aber auch noch in anderer Hinsicht zwei Richtungen, die verfolgt werden können. Die einen sagen, die Arbeiter sollen sich lediglich rezeptiv verhalten. Man gibt ihnen Information, sie können auch Fragen stellen, aber sie sollen sich nicht einbilden, selbst über die Sache reden zu können. Es ist vielleicht in vielen Fällen zweckmäßig, so zu verfahren. Dem Arbeiter, der sich damit begnügt, kann etwas geboten werden. Es gibt aber doch eine gewisse Gefahr, die da vorliegt. Es kommt leicht vor, daß derjenige, der einen solchen Vortrag angehört hat, sich einbildet, ihn verstanden zu haben. Er stellt keine Frage und geht mit falschen Eindrücken nach Hause. Läßt man ihn aber sich aussprechen, auch wenn er sich einbildet, etwas besser zu wissen, als der Vortragende, so kommt sein Irrtum zutage; er kann bekämpft werden, oder, was noch besser ist, die verschiedenen Irrtümer, die sich ergeben haben, bekämpfen sich untereinander, gleichen sich aus und führen zu einem richtigen Ausflang.

Ich habe nun durchaus nicht die Ansicht, daß durch derartige Diskussionen unter den Arbeitern für die Wissenschaft an sich etwas besonderes geleistet wird. Es ist ja wohl möglich, daß gelegentlich ein originaler Gedankensatz auftaucht, der selbst dem Wissenden über-

raschend ist und aus dem sich für die Wissenschaft selbst ein Gewinn ergibt. Aber das wird die Ausnahme sein. Es ist das ja auch nicht der Zweck. Das wäre ja daselbe wie das Rezept, das, um einen Löwen zu fangen, die Wüste Sahara durch ein Sieb schütten wollte. Die Arbeiter sollen sich damit begnügen, das zu erfahren, was die Wissenschaft geleistet hat, und darin, wie ich vorhin erwähnt habe, ein Stück ihres Lebensgenusses zu sehen. Nun ist es ja richtig, daß man sich in der Wahl der Themata vergreifen kann. Darin möchte ich dem Herrn Berichterstatter nicht widersprechen. Man kann sich vergreifen, und das eine Thema, das der Herr Berichterstatter genannt hat ist eines, das mir als ein Mißgriff erscheint. Immerhin kommt es darauf an, wie es behandelt wird. Ich würde, wenn ich an der Spitze eines Volksbildungsvereins stünde, jedenfalls von mir aus dieses Thema nicht bieten. Aber etwas anderes ist es, wenn man einen Arbeiter fragen hört: „Wer ist Kant, wer ist Nietzsche, diese Namen hören wir ja immer, was ist es denn mit ihnen?“ Da kann man ihm doch nicht einfach sagen: Ja, davon versteht ihr nichts; das braucht ihr nicht zu wissen! Ich könnte mir denken, daß es da einen Gelehrten gäbe, der nicht nur die philosophischen Systeme beherrscht, sondern auch die nötige volkstümliche Darstellungsgabe hätte, um wirklich gewisse Grundzüge auch dem einfachen Manne verständlich zu machen. Wenn das der Fall wäre, so hätte ich kein Bedenken ihn reden zu lassen und dem Arbeiter zu sagen: Hier hast du, was wir dir davon bieten können; es kann dir daraus am besten klar werden, daß das Gebiet, das wir hier dir vorlegen, zu tiefgründig ist, als daß du es beherrschen könntest; begnüge dich mit dem, was wir dir hier darbieten. Ich glaube, wenn man so verfährt, so ist die Sache nicht schlimm. Freilich sind die Leute sehr selten, die ein so tiefgründiges Thema in wirklich gemeinverständlicher Weise zu behandeln verstehen.

Ein anderes Bedenken war das, daß man mit zu wenig Scheu an religiöse Themata herangehe. Aber ich meinerseits habe gerade hier das allergeringste Bedenken. Das sind Themata, nach welchen immer gefragt wird. Und wenn da den Leuten gesagt wird: „davon versteht ihr nichts! Glaubt, was ihr in der Schule gelernt habt, ihr braucht nicht weiter zu gehen!“ so halte ich das für falsch. In neuerer Zeit ist besonders die Frage erörtert worden, ob die Person Christi historisch sei. Ich frage: warum nicht? Es ist schon gesagt worden: die Realität des Christentums sowohl für die Anhänger wie für die Gegner wird dadurch nicht zerstört, das ist eine Realität, die sich selbst durch die Zerstörung des historischen Christus nicht aus der Welt schaffen ließe. Ich darf aber auch weiter gehen und sagen: auch die Person Christi wird nicht zerstört, wenn der historische Christus einer Menge von Zutaten, die er in späterer Zeit erhalten hat, entkleidet wird. Ja selbst wenn die Zweifel bis zur Leugnung seiner Existenz führen sollten, würde die Realität seiner Persönlichkeit in einem weiteren Sinn unangetastet bleiben. Also nicht zu ängstlich! Ich glaube, es kann eine zu große Ängstlichkeit bei den Arbeitern nur zu der Anschauung führen: Ihr Gebildeten, ihr seid ein Bonzenium, das für sich behalten und uns vorenthalten will, was es weiß! Ihr wollt uns unwissend halten, damit Ihr es bequem habt mit uns!

Um nun nochmals auf das Bildungsproletariat zurückzukommen, sage ich, gerade aus diesem Gesichtspunkt

ist es ganz gut, wenn die Laien etwas gebildeter werden. Dann wird der Respekt etwas zurückgehen, der heute noch vor der Halbbildung gehegt wird, und es wird derjenige, der es zu ein paar Realschulklassen oder zu ein paar Klassen Gymnasium gebracht hat, sich nicht vor diejenigen, welche nur Volksschulbildung haben, hinstellen können als der hochgebildete Mann, dessen es unwürdig wäre, den Arbeiterfittel anzuziehen.

Hierauf wurde beschlossen, die Sitzung zu unterbrechen und die Verhandlungen nachmittags 4 Uhr fortzusetzen.

Schluß der Vormittagsitzung 2 Uhr 10 Minuten.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung um 4 Uhr nachmittags erhält zunächst das Wort:

Freiherr von Güler: Als ich mich heute vormittag zum Wort meldete, da stand die medizinische Fakultät unserer Heidelberger Universität zur Diskussion. Die Äußerungen, die der Herr Berichterstatter über den Zustand unserer Krankenhäuser gemacht hat, gab mir Veranlassung, mich zum Wort zu melden. Unterdessen ist die Diskussion von der medizinischen Fakultät übergegangen auf die theologische, und da fühle ich mich verpflichtet, doch auch einige Bemerkungen zu machen, nur um mich zur Stelle zu melden; ganz flüchtig. Es dreht sich um die Besetzung eines theologischen Lehrstuhls an der Fakultät in Heidelberg. Es sind gerade 45 Jahre, daß ich zum ersten Male die Ehre hatte, in dieser Frage in diesem hohen Hause das Wort zu ergreifen. Ich handelte sich um die Persönlichkeit des damaligen Direktors des theologischen Seminars, den Geheimrat D. Schenkel. Es hat mich deshalb die Diskussion vor heute vormittag angeheimelt, denn ich habe mich überzeugt, daß eigentlich so ziemlich alles beim Alten geblieben ist. Was mich selbst betrifft, so stehe ich noch auf demselben Standpunkte, den ich damals eingenommen habe. Das hängt eben mit unserem konservativen Wesen zusammen, das sich nicht leicht vom Fleck verschieben läßt. Aber ich muß konstatieren, daß auch bei der Gegenseite eigentlich keine Änderung eingetreten ist. Im liberalen Prinzip liegt eben das Gegenteil vom konservativen Prinzip. Die liberale Partei betrachtet es nicht als ihre Schuldigkeit, mehr Rücksicht auf eine gegenteilige Meinung zu nehmen, als in ihrem Vorteil liegt. Das ist einmal so im politischen Leben; deshalb dieselbe Anschauungsweise. Auch die Reden, die heute vom Regierungstisch aus gehalten worden sind, stimmen so ziemlich überein mit denen, die damals gehalten worden sind. Wozu soll ich mich da sehr erhitzen? Der Herr Staatsminister hat darauf aufmerksam gemacht, wozu er ja auch das Recht hatte, äußerlich und innerlich zu warnen vor dem Streit vor einer Parteijustiz. Ich habe dazu keine Veranlassung. Ich stehe ruhig auf demselben Standpunkte, und wenn auch dieselben Beschlüsse gefaßt werden, wie in den vergangenen Jahrzehnten, daß in Heidelberg eben kein weiterer positiver Professor angestellt werden soll. Gut, das bringt mich nicht aus der Fassung: Gott sitzt im Regiment und führt alles wohl, er ist der Felsen, auf dem alles steht! — Das ist der Standpunkt, auf dem ich stehe, und deshalb kann ich der-

artigen strittigen Punkten gegenüber kühl und im Gleichgewicht bleiben.

Nach diesem kurzen Besuch bei der theologischen Fakultät wende ich mich nun wieder zur medizinischen Fakultät. Die Kritik, welche unser Herr Berichterstatter und die meisten der Herren heute vormittag geübt haben in Bezug auf den Zustand unserer akademischen Krankenhäuser teile ich vollständig. Ich betone dabei mit Nachdruck, daß sich das nur bezieht auf den äußeren Zustand der Gebäulichkeiten in ihrem Verhältnis zur Größe des Betriebs innerhalb derselben, nicht auf die Leistungen der Herren Professoren, der Ärzte, des Personals usw. Diese Leistungen sind ja erhaben über jede Kritik. Was geleistet wird in diesen Fakultäten verdient die vollste Anerkennung und hat die vollste Anerkennung in unserem Volke auch bereits gefunden, das beweist eben die Frequenz. Es ist gegenwärtig auch auf dem platten Lande so, daß jeder Kranke eine gewisse Befriedigung empfindet, wenn er hört, daß er in ein akademisches Krankenhaus gebracht werden soll. Es zeugt von der großen Uneigennützigkeit, von der Aufopferung mit der die Ärzte den Pflichten ihres Berufs, ihres schweren Amtes nachkommen. Sie hätten es ja wahrlich viel leichter, wenn sie mehr betonen würden, die Näumlichkeiten, in denen wir zu arbeiten haben, sind für uns ungenügend. Derartige Arbeiten, die so ans Herz fassen, wie die Operation, die Behandlung von Kranken, die würden viel leichter ausgeführt, wenn sie in großen Näumlichkeiten bei mehr Licht und Luft ausgeübt werden könnten. Die Ärzte leiden an ihren Nerven, an ihrem ganzen Körper bei diesen ungenügenden Zuständen, wie sie gegenwärtig herrschen. Ich beweise gar nicht, daß, wenn von der Großherzoglichen Regierung vor mehreren Jahren ein Wunsch eingebracht worden wäre auf reichere Ausgestaltung unserer akademischen Krankenhäuser, dafür beide Kammern zu haben gewesen wären. Aber nun kommt die Finanzlage, und da heißt es sparen und wieder sparen auf allen Seiten.

Da fühle ich mich in einer ganz eigenen Position. Mir fällt dabei Till Eulenspiegel ein, der, wenn es bergauf gegangen ist, gejubelt hat, weil es nachher bergab ging, und, wenn er bergab ging, hat er geklagt, weil es nachher wieder bergauf gehen mußte. Ebenso ist es in der Finanzfrage. In der Zeit der Opulenz bin ich Pessimist gewesen, weil ich mir sagte, es wird anders. Die Zeit ist nun vorbei. Wir haben einen Niedergang in der Finanzlage erlebt, wie ihn das badische Land noch nie gehabt hat; wir kamen an den Tiefpunkt. Und von dem Moment an bin ich Optimist geworden. Ich merke aus tausend Anzeichen, daß unsere Finanzlage, namentlich die Finanzlage des gesamten badischen Volkes durchaus keine so schlimme ist, als sie vielfach in der Presse und sonst dargestellt wird, aus sehr durchsichtigen Gründen. Es gehört zum Teil mit in die heutige Politik, unsere Finanzlage als schlimm darzustellen. Sie ist es nicht. Meine Erfahrungen auf diesem Gebiet, die ich erst kürzlich gemacht habe, sind folgende: Auf dem Lande gehen bei den verschiedensten Verwaltungen die Nachtgelder, Holzgelde und was dergleichen ist, so glatt ein, ohne alle Mahnung, wie fast noch nie. Ich sprach kleine Kaufleute auf dem Lande; die sagen, es sei merkwürdig, sie hätten jetzt nie nötig, eine zweite Rechnung auszuscheiden, es fließt alles wie von selbst. Es ist das eine ganz frappante Erscheinung, die jedenfalls davon zeugt, daß die Geldknappheit nicht in dem Grade vorhanden ist, wie es vielfach dargestellt

wird. Was man da auf dem Lande erlebt, erfährt man aber auch in den Städten. Ich las vor kurzem eine Mannheimer Zeitung, die die Resultate der Karnebal-bergnügungen mitgeteilt hat. Da war aufgeführt, es sei noch gar nie so viel für Bier zc. ausgegeben worden als bei diesem Karnebal, noch nie so viel Geld ausgegeben worden für Entree zu den Maskenbällen, als dieses Jahr. Und was man so im Einzelnen in den Städten beobachtet, das sieht man auch sofort bei einem Blick auf unsere Börseverhältnisse. Der Privatdiskont betrug vor zwei Jahren, als ich hier dem Hohen Hause über die Finanzlage zu berichten hatte, 6 bis 6½ Prozent, heute 2 Prozent. Das zeigt doch, daß ein Geldvorrat vorhanden ist, daß es deshalb nicht so schlimm steht, wie man es vielfach darzustellen sucht. Selbst bei unseren Eisenbahnen zeigt sich eine Hebung. Die Einnahmen für den Personenverkehr und den Güterverkehr sind im Steigen begriffen.

Aus all dem schließe ich: Wir sind in einer Periode, in der es anfängt wieder heller, wieder lichter zu werden und wo wir deshalb nicht mit dieser großen Angstlichkeit zu rechnen haben wie noch vor zwei Jahren. Aber diese Besserung möchte ich vergleichen mit einem sehr zarten Pflänzchen, das unter Glas gezogen wurde, dem man noch nicht viel zumuten darf. Man darf diesem Pflänzlein nicht zumuten, daß wir nun sofort Millionen bewilligen für Herstellung der Krankenhäuser. Das kann man der Regierung nicht zumuten. Aber das könnte man ihr wohl zumuten, daß in bescheidenem Grade Fürsorge getroffen wird, um nach etwa 2 oder 4 Jahren Pläne zur Verbesserung durchzuführen. Ich meine also, daß etwa eine viertel Million im Nachtragsbudget eingesetzt werden könnte für Ausführung von Vorarbeiten zur Verbesserung unserer Krankenhäuser. Das wäre, glaube ich, durchaus gestattet in der gegenwärtigen Lage. Wenn dann nach 2 Jahren die Lage noch so ist, daß eine Ausführung dieser Pläne nicht möglich ist, ist auch nicht viel verloren, oder man kann dann zu Anleihen schreiten. Es wurde ja schon vorgeschlagen, daß der Staat Anleihen bei den großen Städten vornimmt. Man hat dagegen eingewendet, das sei indiskutabel. Nun, Kaiser Karl V. ist auch eine vornehme Gestalt in der Weltgeschichte gewesen und hat bei Städten Anleihen gemacht und hat sich sogar Anleihen schenken lassen. Und Herr Oberbürgermeister Winterer würde dem Staate wohl auch die Anleihen schenken. Nun, ein anderer Vorschlag geht dahin, daß unsere großen Städte selbst solche Krankenhäuser anlegen sollten. Soviel mir bekannt ist, haben sie schon welche. Aber man kann das auch gegenwärtig von mittleren Städten verlangen, ja selbst von den kleineren Städten. Ich sehe im Versuch einer Dezentralisation das beste Mittel, um unsere akademischen Krankenhäuser zu entlasten. Das platte Land ist in dieser Beziehung gar nicht unzugänglich. Die ländlichen Ärzte, wenn sie schon seit Jahrzehnten in einfachen Dorfverhältnissen gearbeitet haben, sind etwas außer Kurs gekommen, denn die Wissenschaft und die Kunst schreiten mit Riesenschritten vorwärts. Um die moderne Behandlung von einzelnen Krankheiten, von einzelnen Wunden usw. kennen zu lernen, sind deshalb da und dort Kurse eingerichtet für den Unterricht der praktischen Ärzte, die nicht auf dem laufenden stehen, und diese Versuche haben schon sehr viel Gutes gewirkt. Ich weiß aus meinem Amtsbezirk, daß die Ärzte, mit großem Nutzen für sich und ihre Patienten, solche Kurse besucht haben. Und wenn man da etwas Methode hineinzubringen



vermöchte, so, glaube ich, würde das allmählich zu einer Entlastung der akademischen Krankenhäuser führen. Ich glaube also, daß wir angesichts der Finanzlage, wie sie gegenwärtig ist, uns immerhin erlauben könnten, eine größere Summe zu bewilligen zu Vorarbeiten für die weitere Ausgestaltung unserer akademischen Krankenhäuser, die ja im Lande außerordentlich hoch geschätzt werden, und zwar mit Recht. Ich glaube, daß der Staat, wenn es sich um einen so großen humanen Zweck handelt, auch nicht gar zu ängstlich zu sein braucht.

Geheimer Kirchenrat Professor Dr. Troeltzsch: Es war nicht meine Absicht, in Angelegenheiten der theologischen Fakultäten das Ohr des Hauses länger in Anspruch zu nehmen, doch gegenüber einer Bemerkung des Freiherrn von la Roche halte ich es für meine Aufgabe, wenigstens kurz zu erwidern. Freiherr von la Roche meinte, seit langen Jahren seien die Vorschläge der theologischen Fakultät charakterisiert durch den Mangel an Unbefangenheit oder direkt charakterisiert durch parteiliche Befangenheit. Nun möchte ich darüber im einzelnen nichts sagen, sondern ich möchte nur hervorheben: durch ein gewisses Interesse sind allerdings diese Vorschläge jeweils geleitet, und dieses Interesse ist das Interesse an der Homogenität und an dem friedlichen Charakter der Fakultät. Es ist doch in der Tat ein sehr erwägenswertes Prinzip, ob man eine homogene, zu friedlicher Zusammenarbeit unter sich und mit der Gesamtuniversität geneigte und befähigte Fakultät will, oder ob man eine solche haben will, die nach den Ansprüchen der Gerechtigkeit den im Lande vorhandenen Richtungen etwa mit einer Art Proportionalwahlssystem entsprechen soll. Es ist für jeden, der die Verhältnisse kennt, eine Erfahrungstatsache, daß die Stellung der theologischen Fakultäten an unseren Universitäten überaus schwierig ist. Wenn innerhalb derselben die Richtungskämpfe, die Glaubensstreitigkeiten hervortreten, so begegnen wir bei den übrigen Fakultäten, mit denen wir zusammen leben und zusammen arbeiten, jedesmal der außerordentlich einfachen Lösung: ihr gehört überhaupt nicht an die Universität, ihr seid nicht eine wissenschaftliche Fakultät, ihr seid für praktische Zwecke oder derartige da. Ja, viele sind dann sehr geneigt zu sagen: Die Theologen mögen machen was sie wollen und mögen ganz konservativ-dogmatisch sein, was ja in der Tat der aktiveren und aggressiveren Richtung entspricht, aber sie mögen dann ein Meritalfeminar beziehen, womöglich im Zusammenhang mit der Trennung von Staat und Kirche; da mögen sie dann machen, was sie wollen, und da wollen wir dann nichts mehr dreinreden. Das ist in der Tat die Konsequenz, die bei allzu starker Betonung einer lediglich praktisch-kirchenpolitisch motivierten Befugung immer im Hintergrund steht, und die die Gefühle eines wissenschaftlichen Theologen auf der Universität auf eine immerhin schwierige Probe stellt. Aus diesem Grunde, weil die Homogenität und das Zusammenwirken eine Lebensfrage ist für eine wirksame Fakultät, eben deswegen legen wir so großen Wert darauf. Denken Sie weiter daran, was doch auch für alle diejenigen, die Erfahrungen auf diesem Gebiet haben, sehr klar ist: Eine in sich gesplittete und in Gegensatz untereinander verhetzte Fakultät wirkt nicht nur auf die übrigen Fakultäten abstoßend, sondern es ist das Leben für die Gelehrten innerhalb einer solchen Fakultät überaus unerfreulich; an manchen Orten sind die Verhältnisse, wie

ich weiß, auf diesem Wege so geworden, daß es kaum zu ertragen ist. Vor allem auf eines möchte ich aufmerksam machen: anlockend auf Studenten wirken derartige Verhältnisse durchaus nicht. Wenn die Heidelberger Fakultät in den letzten Jahren einer fortschreitenden Blüte, einer fortschreitenden Frequenz sich erfreut, so kommt das wie bei der preussischen Fakultät Marburg daher, daß sie über einen relativ homogenen Charakter verfügt und in ihr nicht Einer den anderen aufhebt, daß vielmehr ein freundliches wohlwollendes Zusammenwirken und gegenseitige wissenschaftliche Ergänzung fühlbar ist. Mir ist von auswärtigen, von preussischen und von Schweizer Studenten gesagt worden, der ihnen am meisten auffallende Charakterzug sei, daß zwischen der gesamten Universität und der theologischen Fakultät eine gegenseitige Beziehung, ein gegenseitiges Aufeinanderverweisen, ein offenkundiges und fühlbares Zusammenwirken bestehe. Und das ist ein ganz entschieden hoher Vorzug der Heidelberger theologischen Fakultät. Also wir wünschen Homogenität, Einheitlichkeit und Frieden in der Fakultät. Von Parteirichtungen ist mir nicht bekannt, soweit hier meine Erinnerung reicht, daß sie eine Rolle bei Berufungen oder sonstwie gespielt hätten. Wir wollen vielmehr parteilose Menschen. Im übrigen wüßte ich bei den in den letzten Jahren Vorgesetzten nicht die Parteirichtung zu bezeichnen, aus dem einfachen Grunde, weil sie uns nicht interessiert. Wir schlagen absichtlich nur Leute vor, die keine Kirchenpolitik treiben und in eine solche sich aller Voraussicht nach nicht hineinziehen lassen, die lediglich der wissenschaftlichen und erzieherischen Aufgabe der Fakultät leben, die gewillt sind, ohne absichtliche, gefällentliche Hervorhebung von Parteieigenheiten, ohne Kampfstellung gegenüber irgend einer kirchlichen Partei an der gemeinsamen Arbeit sich zu beteiligen. Solche Leute allein brauchen wir und können wir uns wünschen. Und wenn Sie ansehen, was das für Leute gewesen sind im Laufe der Zeiten, so sind jedenfalls die Leute, die ich genau kenne, in ihrer religiösen und theologischen Richtung recht verschieden gewesen. Es ist eine märchenhafte Entwicklung entweder nicht ganz orientierter oder überwollender Leute, als bestünde bei uns ein Bedürfnis nach möglichst radikalen Leuten. Das Gegenteil ist der Fall: wissenschaftlich möglichst hervorragend, im übrigen aber so wenig radikal wie möglich, ruhig und besonnen vermittelnd, so wünscht sich die Fakultät ihre Mitglieder. Wir geben uns ausdrückliche Mühe, den verschiedenen Richtungen unter den Studenten gerecht zu werden, gerade auch deshalb, weil ein Herz und ein Verständnis für die kirchliche traditionelle Lehre von jedem ordentlichen Theologen verlangt werden darf. Aus meiner persönlichen Erfahrung darf ich sagen, daß ich jungen Leuten, die mir durch Wesen, Anlage und Temperament besonders für eine traditionelle Haltung bestimmt erschienen, stets den Rat gegeben habe: Meine Herren, halten Sie sich nach rechts, Ihre ganze Art weist Sie nach rechts. Von irgend welcher Neigung zu besonderem Radikalismus ist ja in der Tat, wenn Sie sich die heute bei uns lehrenden Herren ansehen, schlechterdings nicht die Rede. Dahingegen besitzen wir allerdings das hohe Gut einer friedlichen Zusammenarbeit, und das werden wir uns freilich mit eigener Hand niemals rauben. Wie die Dinge liegen, empfinden wir es selbstverständlich auch unsererseits schmerzhaft und peinlich, daß die Wünsche der sogenannten positiven Richtung nicht erfüllt werden können; denn so mensch-

lich verständlich und historisch billig urteilen auch wir, daß wir an und für sich gerne sie berücksichtigt sehen würden; aber so, wie die Fakultät heute ist, hat sie einen starken Kristallisationspunkt für Parteibildung in sich, daß, sowie ein sogenannter Positiver berufen wird, es sich sofort um die Umkrempelung der Fakultät handeln würde. Dann kommt nicht mehr bloß ein Separatvotum, ein Solovotum, sondern bei jeder nächsten Berufung kommt dann ein Minoritätsvotum, bis die ganze Fakultät umgekehrt ist. Hierüber haben wir Erfahrungen genug; es gibt große preussische Fakultäten, wo es so gegangen ist. Die Parteilojen haben dort aus Gründen der Billigkeit und Parteilosigkeit gesagt: sehr gerne bewilligen wir den einen oder andern, wenn er nur nicht nachher die ganze Fakultät umkrempelt. Aber dann ist es fast immer zur Umwälzung gekommen. Wenn einer parteimäßig gestempelt ist, so muß er eben mit der Partei gehen, und so ist in allen diesen Fällen die Umkrempelung die Folge gewesen. Daß wir nun selber zu einer solchen Umkrempelung beitragen, kann man von uns nicht verlangen. Wir werden darauf beharren, wissenschaftlich hervorragende Leute zu bekommen, wie es uns bisher auch gelungen ist. Der Erfolg unserer letzten Besetzungen ist darauf zurückzuführen, daß die Herren sich sagten: in Heidelberg kann man ruhig und friedlich leben; da fragt keiner nach der Gruppenzugehörigkeit und man kann so ein schönes und fruchtbares Austauschverhältnis mit der übrigen Universität unterhalten. Dieser Wunsch ist bei uns der leitende Maßstab. Unterliegen wir mit unserem Vorschlag, so haben wir es eben als force majeure zu tragen und müssen uns fügen, obwohl Sie dann schwer hervorragende Leute für Heidelberg gewinnen werden. Jedem falls, daß wir selbst das Messer uns an die Kehle setzen und die fruchtbaren, außerordentlich erfreulichen und vortierlichen Zustände, die wir genießen, mit eigener Hand gefährden, das ist in der nächsten Zeit sicherlich nicht zu erwarten.

Präsident **Schmittner**: In die Verhandlungen über die Besetzung der theologischen Lehrstühle in Heidelberg ist das Kirchenregiment mehrfach hineingezogen worden.

Dazu muß ich als Vertreter der evangelischen Kirche doch auch ein Wort sagen.

Der Herr Staatsminister hat schon darauf hingewiesen, in welchem Verhältnis die Kirchenregierung bei der ganzen Frage beteiligt ist. Durch die Staatsministerialentscheidung vom Jahr 1886 ist dem Ministerium das Recht gegeben worden, bei der Besetzung von theologischen Lehrstühlen in Heidelberg den Oberkirchenrat resp. dessen Präsidenten um seine Meinungsäußerung anzugehen. In sehr dankenswerter Weise ist auch jeweils seitdem von dem Ministerium hiezu Gebrauch gemacht worden. Es wurde jedesmal der Oberkirchenratspräsident um seine Meinung angegangen. Ich betone ausdrücklich, der Oberkirchenratspräsident. Nur er hat in solchen Fällen schriftlich oder in persönlicher vertraulicher Besprechung mit dem Herrn Minister verhandelt. Der Oberkirchenrat als solcher hat nichts damit zu tun. Nun ist es ja bedauerlich, daß demjenigen, der die Verhandlungen von kirchlicher Seite geführt hat, nicht auch die Möglichkeit gegeben ist, vor diesem Hohen Hause die Sache zu vertreten. Aber nachdem der Herr Staatsminister heute morgen einen Ein-

blick in diese Verhandlungen gewährt hat, erübrigt mir nur, zu erklären, daß diese Mitteilungen gewiß die Zustimmung des Herrn Oberkirchenratspräsidenten gefunden hätten. Von dieser Orientierung aus möchte ich nun zunächst dem Herrn Geh. Kirchenrat Troeltzsch auf einiges von dem, was er heute morgen gesagt hat, antworten.

Er hat seinem Bedauern darüber Ausdruck gegeben, daß die Besetzungen in der Weise erfolgt sind, wie sie erfolgten, daß nicht die in erster Reihe vorgeschlagenen ernannt wurden — und er hat den Einfluß des Oberkirchenratspräsidenten gewissermaßen dafür mit verantwortlich gemacht. Er hat von dem Ehrgeiz der Fakultät geredet, der es selbstverständlich vor allem am Herzen liegen müsse, möglichst glänzend dazustehen, er hat besonders betont, daß dieser Fakultätsvorschlag die Unterstützung des Senats der Universität gehabt habe. — Das sind Gedanken, von denen ich sehr wohl begreife, daß sie für ihn mit ins Gewicht fallen, aber für den Oberkirchenratspräsidenten können doch, das werden Sie verstehen, diese Gesichtspunkte nicht maßgebend sein, sondern nur solche, die die Landeskirche betreffen. Deren Interessen hat er nun nach seiner vollen Überzeugung vertreten. Worin aber diese Interessen der evangelischen Landeskirche liegen, was für sie wichtig und wertvoll ist, das zu beurteilen ist doch zweifellos der Leiter der Kirchenbehörde besser imstande, als die Hochschullehrer in Heidelberg, die erst vor wenigen Jahren aus anderen Landeskirchen hereingekommen sind, auch wenn sie gewiß mit allem Ernst sich in unsere landeskirchlichen Verhältnisse hineinzuweisen bestrebt sind. Darum wird der Oberkirchenrat beziehungsweise sein Präsident, ebenso wie er bisher getan hat, auch künftighin sich nicht etwa beeinflussen lassen dürfen bei seiner Stellungnahme durch derartige Gedanken, wie sie von Herrn Geh. Kirchenrat Troeltzsch ausgeführt worden sind, sondern nur von dem, was er im Interesse der Landeskirche für nötig hält.

Wenn ich nun auf die andere Sache komme, die von Herrn Freiherrn von la Roche angeschnitten worden ist, auf die Besetzung des zweiten Lehrstuhls und den Wunsch der Positiven, so möchte ich hier dem Herrn Minister besonders dafür danken, daß er in diesem Hohen Hause es ganz klar und unmißverständlich ausgesprochen hat, daß der Oberkirchenratspräsident für die Wünsche der Positiven eingetreten ist. Es liegt uns viel daran, daß das hier von ihm zum Ausdruck kam; denn seine Darlegungen in dem andern Hohen Hause, wie sie hinausgedrungen waren in die Öffentlichkeit, haben nach dieser Richtung hin manches Mißverständnis ermöglicht. Es haben solche, die in den Verhandlungen gewesen sind, und die die Rede mit angehört haben, oder solche, die nur die ersten kurzen Berichte in den Tagesblättern lasen, tatsächlich den Eindruck bekommen müssen, als ob der Oberkirchenrat auch bei dieser Besetzung in vollem Einverständnis mit der Regierung gewesen wäre. Sie können sich denken, daß die Schlüsse, die daraus gezogen worden sind, für uns außerordentlich peinlich waren. Einzelne Mitglieder des Oberkirchenrats hatten, von dem Herrn Präsidenten ermächtigt, es ausgesprochen, daß Letzterer für die positive Besetzung der zweiten Lehrstelle eingetreten war. Und nun auf einmal sah es aus, als ob es sich damit nicht so verhalte. Deswegen dem Herrn Minister nochmals freundlichen Dank dafür, daß er dieses Mißverständnis aus der Welt geschafft hat.

Sichtlich der Worte die Herr Geh. Kirchenrat

Troeltsch heute nachmittag gesprochen hat, nur das Eine: Wenn ich es auch verstehe, daß der theologischen Fakultät der Universität Heidelberg die Einseitigkeit ihrer Richtung sehr wertvoll ist, so möchte ich doch es ihm dankbar quittieren, daß er gesprochen hat von der „Gerechtigkeit“, die mit einer Berücksichtigung der anderen Richtung erfüllt gewesen wäre. Auch möchte ich ihm doch die Behauptung aussprechen, daß bei einer Erfüllung der Wünsche unseres Präsidenten und der Positiven die Möglichkeit eines friedlichen und gemeinsamen Zusammenarbeitens innerhalb der Fakultät doch sehr wohl hätte vorhanden sein können. Es ist doch wahrlich nicht gesagt, daß die Persönlichkeit, die ins Auge gefaßt war, und deren hohe wissenschaftliche Bedeutung außer aller Frage steht, in der Richtung wirksam gewesen wäre, wie es eben ausgesprochen wurde.

Und nun noch etwas anderes. Es ist von Herrn Bürgermeister Weiß vorhin die Frage der Diskussionsabende noch einmal aufgegriffen worden, von denen der Herr Referent Erz. Bürklin geredet hatte. Ich möchte hier dem, was Erz. Bürklin gesagt hat, meine volle Zustimmung aussprechen. Es ist ein gefährliches Ding, wenn derartige Themata, wie sie genannt worden sind, bei solchen Diskussionsabenden verwendet werden. Ich meine, das, was Herr Bürgermeister Weiß gesagt hat, ist der allerbeste Beweis dafür, daß es eine unhaltbare und gefährliche Sache ist. Er hat das Christusproblem angeschnitten. Er hat damit ohne einen Namen zu nennen, hingewiesen auf die Diskussionen, die in neuerer Zeit bedeutendes Aufsehen erregen und die durch den hiesigen Professor Drews veranlaßt worden sind, indem er mit seinen Thesen von der Christusmythe auftrat. Herr Bürgermeister Weiß ist es vielleicht nicht bekannt, daß nicht nur die positive sondern vor allem die liberale Theologie fast geschlossen diesen Thesen entgegengetreten ist und sie zu widerlegen suchte. Mancher aus diesem Kreis ist vielleicht auch erschrocken über die Geister, die da gerufen worden sind und die man nun nicht mehr los bekommt. Ich denke, wenn die Jesusfrage in diesem Arbeiterwelt nicht herauskommen. Christi Persönlichkeit, gerade Christi geschichtliche Persönlichkeit ist es doch, die, wenn wir auch alle dogmatischen Fragen vollkommen beiseite lassen, mit ihrem unendlich hohen sittlichen Vorbild immer auch da noch gewirkt hat, wo man vielleicht in bezug auf seine ewige göttliche Persönlichkeit nicht mehr mitgehen konnte. Und neben denen, die sich nun gegen die Drews'schen Thesen auflehnen und sie bekämpfen, weil ihnen die Geschichtlichkeit Jesu feststeht, gibt es ein ungeheuer zahlreiches Volk in deutschen Landen, wie in aller Welt, das noch ganz anders zu seinem Herrn und Heiland steht, das mit den Worten des Heidelberger Katechismus in ihm den einzigen Trost im Leben und Sterben sieht. Lassen Sie mich hinweisen auf den gewaltigen Eindruck, den die Versammlung in Berlin auf uns alle gemacht hat, die vor kurzem den Zirkus Busch und den Dom füllte, und die aus dem verletzten christlichen Empfinden heraus Protest einlegte gegen die Versuche, unserem Herrn Jesus Christus die Existenz abzuspochen.

Oberbürgermeister Dr. Wilkens: Ich habe in den mehr als 20 Jahren, in welchen ich der Zweiten Kammer

angehörte, jeweils Gelegenheit genommen, bei der Beratung des Hochschulbudgets die Interessen der Universität Heidelberg und, ich darf wohl sagen, auch die Interessen der beiden anderen Hochschulen des Landes zu vertreten. Nachdem ich jetzt der Ersten Kammer angehöre, glaube ich die Wahrnehmung dieser Interessen den von den betreffenden Korporationen in dieses Hohe Haus berufenen Vertretern überlassen zu dürfen, und ich hatte daher nicht die Absicht, heute hier zu sprechen. Wenn ich mich im Laufe der Debatte gleichwohl zum Worte gemeldet habe, so hat dies der Herr Staatsminister veranlaßt, welcher einen freundlichen Appell an mich persönlich und an die Stadt Heidelberg, bzw. an deren Geldbeutel gerichtet hat, und zwar in dem Sinne, daß wir unserserseits dazu beitragen sollten, daß die baulichen Zustände der akademischen Krankenanstalten in Heidelberg eine entsprechende Verbesserung finden. Nun ist ja allerdings außer Frage, daß diese Zustände im Laufe der Zeit unhaltbar geworden sind. Ich habe selber in den letzten Wochen bei einer Besichtigung der medizinischen und chirurgischen Klinik mit dem Herrn Berichterstatter und Herrn Geh. Kirchenrat Troeltsch unter Führung der Herren Geheimrat Krehl und Professor Boelder mich davon überzeugen müssen, daß Abhilfe dringend geboten erscheint. Ich will aber jetzt auf Einzelheiten nicht weiter eingehen, da solche ja heute von verschiedenen Seiten schon herorgehoben worden sind. Ich möchte mich vielmehr auf die kurze Erklärung beschränken, die ich bereits in der Budgetkommission abgegeben habe, daß die Stadt Heidelberg bei dem lebhaften Interesse, welches sie an dem Bestehen eines, in guter baulicher Verfassung befindlichen akademischen Krankenhauses hat, geneigt ist, mit der Grohh. Regierung in Erörterung darüber einzutreten, in welcher Weise am besten Abhilfe zu schaffen sein wird. Ich glaube, es wird die Stadt auch bereit sein, in der einen oder anderen Weise dazu mitzuhelfen, daß die betreffenden Aufwendungen getroffen werden können. Aber eine bestimmte Zusage, ein bestimmtes Versprechen jetzt schon zu machen, bin ich außer Stand. Dazu ist die Sache für uns noch nicht reif. Die Stadtverwaltung muß vor allem erfahren, was die Grohh. Regierung auf diesem Gebiet zu tun beabsichtigt, und wir werden jedenfalls nur dann das ein oder andere Opfer bringen können, wenn wir eine Gewähr dafür haben, daß auch wirklich eine gründliche Sanierung der in Betracht kommenden Zustände herbeigeführt wird. Ich kann den Bemerkungen nur zustimmen, die heute von verschiedenen Seiten in dieser Richtung gefallen sind, daß man kein Flickwerk schaffen, vielmehr ein großzügiges Projekt aufstellen sollte, das dann vielleicht etappenweise zur Durchführung gelange. Wenn mir ein solches Projekt vorgelegt wird, so werden wir mit uns über die Sache reden lassen. Nach meiner Ansicht wird, wenn eine wirklich durchgreifende Abhilfe getroffen werden soll, kaum etwas anderes übrig bleiben, als jetzt schon den botanischen Garten in die Projektbearbeitung hereinanzuziehen. Denn es wird wohl die schließliche Lösung der Frage darin liegen müssen, daß die eine große Klinik, sei es die medizinische oder chirurgische, auf dem jetzigen Krankenhausgelände bleibt, und daß die andere große Klinik auf das Gelände des botanischen Gartens verlegt wird. Das setzt aber voraus, daß wieder ein anderer botanischer Garten für die Universität gewonnen wird, und es wird daher zweckmäßig sein, wenn man bald nach

einem dazu geeigneten Gelände Umschau hält. Nach meiner Meinung kann übrigens dieses Gelände ziemlich weit draußen liegen; es ist um so weniger notwendig, daß es sich in unmittelbarer Nähe der Stadt befindet, als wir ja nach verschiedenen Richtungen mit elektrischen Bahnen ausgestattet sind, also der betreffende Dozent und seine Zuhörer jeweils in der Lage sein werden, verhältnismäßig leicht zu dem neuen botanischen Garten zu gelangen, auch wenn er in einer gewissen Entfernung von der Stadt gelegen sein wird. Also, wir wollen, wenn die Großh. Regierung mit Vorschlägen an uns herantritt, in eine Erörterung derselben eintreten. Bestimmte Versprechungen, wie weit wir etwa gehen werden, kann ich indeß, wie ich nochmals hervorheben möchte, zurzeit nicht machen. Das aber möchte ich noch besonders betonen, daß, wenn vielleicht geglaubt werden sollte, der Staat allein sei in einer schwierigen, die Städte dagegen in einer rofigen Finanzlage, dies ein einschneidender Irrtum wäre. Auch wir in den größeren Städten — ich habe das schon früher bei anderem Anlaß ausgesprochen — müssen uns nach der Decke strecken; wir müssen mit unseren Mitteln ebenfalls nach allen Richtungen hin haushalten, und es wird sich fragen, ob speziell seitens der Stadt Heidelberg in dieser Angelegenheit über eine gewisse Grenze hinaus entgegengekommen werden kann. Daß es aber an gutem Willen unsererseits nicht fehlt, kann ich allerdings jetzt schon versichern.

**Oberbürgermeister Dr. Winterer:** Auch ich habe ursprünglich nicht vorgehabt das Wort zu ergreifen, und sogar das höchst erfreuliche Ereignis, das unser verehrter Senior der Kammer, der Herr Baron von Göler nach seiner offenen Erklärung aus dem Lager der Pessimisten in das Lager der Optimisten, und zwar, wie ich gestehe, im jugendlichem Glanz übergegangen ist, hätte mich dazu nicht veranlaßt. Ich hatte eben die Ansicht, daß heute vor allem die beiden Hochschulen das Wort haben, und sie haben uns ja über ihre Wünsche berichtet. Aber schon als heute der Herr Eisenbahnminister am Schluß seiner Rede mit wenig Worten den Grundsatz proklamierte, man möge unserer Finanzmühsere dadurch abhelfen, daß man in Zukunft insbesondere in den Städten nur längere Provisorien schafft und mit Provisorien sich hinüberhilft, er hat das mit erhobener Stimme angekündigt, da habe ich mir gesagt, da mußt du sofort widersprechen. Allein ich habe mich an das weise Wort meines Kammerpräsidenten Ramey erinnert, der oft ausgesprochen hat: das Sprichwort „wer schweigt stimmt zu“ — gilt in der Kammer nicht, sondern wer in der Kammer schweigt, der denkt seinen Teil! (Heiterkeit) und ich habe meinen Teil sofort gedacht (Heiterkeit). Aber als heute später dieser Grundsatz von Vertretern der Budgetkommission und anderer Kommissionen und von anderen Rednern auch für das ganze Hochbauwesen, insbesondere für die Universitäten, empfohlen worden ist, da habe ich gedacht: nun mußt du aber doch auftreten, obwohl so ein hingeworfenes Wort nicht veranlassen kann, sofort eine Programmrede zu halten. Ich nahm mir vor, mich zum Wort zu melden und wenigstens zu sagen, daß ich mit einer derartigen Maßnahme unter keinen Umständen einverstanden bin.

Der erwähnte Grundsatz ist proklamiert worden unter der Devise der Sparsamkeit; aber wenn Sie einen Versuch damit machen, die beiden Kammern mit der Regierung, so werden Sie mit diesem Provisorien-

system Fiasko machen. Man hat ja die Sache schon versucht. Das Provisorium wird gemacht und es wird vordoziert, wie billig das alles ist, aber während der Ausführung kommen dann verschiedene Wünsche und Erweiterungen, es kommen die Vorschriften von dritter Seite und am Schluß steht ein großartiges Pfuschwerk da, welches kein Provisorium und kein Definitivum ist. Das Volk sagt in seiner Erbweisheit auch das Gegenteil: nämlich daß gut ausgeführt und definitiv gemacht das Billigste ist. Das ist die Erfahrung von Jahrhunderten und von der sollte man ohne Not nicht abgehen.

Endlich muß ich aber doch auch fragen: wo bleibt Kunst und Kunstgewerbe, wenn man sich auf diesen Standpunkt herunterbegibt? Da stehen Sie vor den Schlössern und Münstern, und bewundern, was unsere Vorfahren Großartiges geleistet haben, welche ja gleichsam arme Teufel waren uns gegenüber, mit ihren Mitteln. Sie hätten ja, wie ich schon oft gesagt habe, plumpe vierstörige Bauten, sogenannte Zehntschauern hinstellen können, die hätten gerade so gut und länger ausgehalten wie die Kunstbauten, Sie haben das aber nicht getan, sie haben gesagt, wir wollen nicht nur gut und solid, sondern wir wollen auch schön bauen. Bekanntlich kostet das Solidbauen und Schönbauen nicht viel mehr wie das Plumbauen. Aber gerade deswegen sind wir in unserer Kultur zu unserem Stolze so hoch gekommen. Ich glaube, man sollte sich der Gefahr, in dieser Weise provisorisch zu bauen, deswegen, weil wir uns in einer bedrängten Finanzlage befinden, nicht hingeben. Ich bin auch überzeugt, daß man weit entfernt sein wird, diesen Weg jemals zu betreten. Auch der heute morgen so sehr verkehrte Bahnhof spielt nicht jene ihm zugewiesene untergeordnete Rolle, wie ich bei dieser Gelegenheit mit zwei Worten bemerken will. Der Bahnhof ist nicht bloß die Anfangs- und Endstation der Reise, sondern er ist der Empfangsalon und die Abschiedshalle der Stadt, welche auf jedermann Eindruck macht. Wenn Sie aber daran denken, daß man in Karlsruhe — das wäre doch das nächstliegende — nächstens anstatt eines hübschen Bahnhofs, wo man Kaiser, Könige und Bürgerleute anständig empfangen kann, einen Bau hinstellen wollte, der bald wie eine alte Zehntschauer aussieht — da würden die Karlsruher und das ganze Land Ihnen eine schöne Quittung darüber ausstellen. Also ich habe gar keine Bange, daß diese neue verblüffende Lehre viele begeisterte Anhänger finden wird, sondern wir werden beim soliden Alten bleiben!

Der zweite Punkt, der mich veranlaßt zu sprechen, ist die Erwähnung der Stiftungsfrage. Wir haben heute die Nachricht bekommen, daß für unsere Verhältnisse ganz gewaltige Stiftungen gemacht worden sind, und ich habe daran nicht nur die begreifliche Freude jedes Badeners überhaupt gehabt, sondern daraus die Hoffnung geschöpft, daß der Pessimismus, den wir heute schon oft gehört haben und der insbesondere auch aus den Worten des Redners von Heidelberg ertönte: als ob wir nicht im Stande wären, unsere Hochschulen aus eigenen Mitteln auf der Höhe zu halten und daß wir mit der Zeit zu Provinzialuniversitäten herabsinken würden, ich habe die Hoffnung, daß diese Befürchtung sich nicht verwirklichen wird. Nein, solange wir solche Leute haben, die in dieser Weise die Pflichten des Besitzes auffassen, und für die Wissenschaft stiften, so lange das badische Volk solche

Dußer bringt, wie es sie für seine Universitäten gewährt, so lange wir ausgezeichnete Professoren berufen und erhalten können, welche die Einladung der ersten Universitäten ablehnen, und so lange die badischen Berge auf die Höhe Norddeutschlands die bekannte Anziehungskraft ausüben wie wir das bisher gesehen haben, so lange werden wir gefeit sein gegen die Gefahr, daß unsere beiden Landesuniversitäten in dieser Weise fallen werden. Der gute Witz mit den Kollegen Königsstuhl, mit dem Professor Schauinsland und mit dem Geheimrat Feldberg wird immer seine Geltung behalten, und diese Herren werden sicher sein dürfen, daß auch sie immer eine begeisterte Schar von Studierenden zu ihren Füßen sehen werden.

Aber mehr noch wie diese neue Stiftung hat mich veranlaßt zu sprechen die Erwähnung gewisser älterer Stiftungen, speziell Freiburger Stiftungen. Damals, als ich kurz in der Zweiten Kammer war, habe ich sie schon zitiert hören, auch von Seiten des Herrn Ministers und zwar mit einem Unterton, den ich dahin auslegen zu sollen geglaubt habe, daß „da droben“ Stiftungen sind, die insbesondere den Staat gegenüber allen klinischen Anforderungen der Neuzeit entlasten können, und daß man deswegen über die Schwierigkeiten, die da droben im Schwarzwald entstanden sind, wohl leicht hinauskommen werde.

Ich schide voraus und glaube betonen zu müssen, daß hier in der Tat einige Irrtümer zu korrigieren sind. Diese Freiburger Stiftungen sind in der Hauptsache Ortsstiftungen, weltliche Ortsstiftungen, Stiftungen aus dem vorigen und vorvorigen Jahrhundert für arme Kranke, die in den klinischen Spitälern verpflegt werden sollen. Es sind Ortsstiftungen, und sie sind gestiftet worden zur Unterstützung und Entlastung — damals hat man noch keine Armengesetzgebung gehabt — der Gemeinde und der leidenden Mitbürger, selbstverständlich vor allem zur raschen Genesung derselben. Ich schide das voraus, weil es zur rechtlichen Würdigung der ganzen Frage hochwichtig ist. Vom allgemeinen Staatsstandpunkt aus betrachtet wäre es nämlich gewiß ein großes Unrecht, wenn man sagen würde: Nun, dich brauche ich nicht zu berücksichtigen, du hast ja Stiftungen! Die Stiftungen sind nicht zur Entlastung des Staates, sondern zugunsten und zum Wohl derjenigen gemacht, die zu den Mitbürgern des Stifters gezählt haben. Es wäre das dasselbe Unrecht, wie wenn man im Privatleben den reichen Mann bei der Benützung staatlicher und aller öffentlichen Anstalten anders behandeln würde, wie den Nichtreichen. Der Begüterte wird in seinen Beziehungen zu öffentlichen Anstalten es sich niemals gefallen lassen, daß man ihn unter Verweisung darauf, was er privatim besitzt, anders behandelt als Jedermann. Dasselbe Rechtsverhältnis aber ist es mit diesen Stiftungen. Es würde geradezu wie eine Bestrafung der Stifter aussehen und eine Abschredung ersten Ranges bedeuten, wenn der Staat sagen würde: Eine Stiftung ist dir geschenkt worden, dafür behandle ich dich schlechter als die Regel ist. Ich könnte das nicht anders nennen, wie eine Abtötung des ganzen Stiftungswesens und der Stiftungslust, in der wir doch eine der schönsten Blüten der Gesittung und Humanität erblicken müssen. Zu allem Überflus muß ich Ihnen aber jetzt sagen: Die ganze Sache mit den reichen klinischen Stiftungen ist eine Legende! Die Freiburger

klinischen Stiftungen, die ein Vermögen nachweisen von circa 1 800 000 M., haben überhaupt kein Kapital und kein Geld mehr, sondern sie haben ihren ganzen Besitz im Interesse des Staates, der Universität, der Stadt usw. in Mauern und Zimmer umgewandelt. Ob das — ich will das hier nur streifen — gesetzlich korrekt und unanfechtbar war, will ich nicht untersuchen. Ein Wort des Widerspruchs seitens der Stadt hätte genügt, die Sache unmöglich zu machen. Es sind fast lauter Gebäude vorhanden. Die Stiftungen haben im Laufe der Jahrzehnte langsam ihre ganzen Kapitalien und den anderen Besitz — sie haben sogar noch Hypotheken aufgenommen müssen — verwendet, um die jetzigen klinischen Anstalten im Interesse von Staat und Stadt herzustellen. Es ist also an Kapital nichts mehr da, und es müßten sogar — wie ich eben angedeutet habe — noch bedeutende Schulden aufgenommen werden. Wer hiernach etwas glauben sollte, man dürfe nur auf diese Reichtümer verweisen, befände sich im großen Irrtum. Es ist das ein Zustand, den ich von jeher gekannt, und über den ich mich in neuerer Zeit, um ganz sicher zu gehen, noch besonders erkundigt habe. Also ein Hinweis im Sinne einer Entlastung, oder daß diese Stiftungen selber für sich und die neuen Anforderungen sorgen können, wäre vollständig gegenstandslos.

Im übrigen kann ich nur die Erklärung abgeben, die mein Kollege Wildens soeben abgegeben hat. Der Herr Staatsminister hat sich ja auch an uns in vielen brennenden Fragen gewendet, und er wird uns das Zeugnis geben, daß wir der Staatsbehörde auf irgend welchen Wunsch niemals aus der Hand gegangen sind.

Endlich ist heute schon der neue botanische Garten erwähnt worden. Ich kann hierüber nur sagen: Der Stiftungsrat hat, obgleich er eigentlich mit der Universität nicht zusammenhängt, Schritt für Schritt jeden Wunsch ganz besonders nach billigem Kaufpreis für das Gelände so viel er vermochte, erfüllt, und ich wüßte nicht, was über die Frage des neuen botanischen Gartens überhaupt noch zu verhandeln wäre. Mit dem alten botanischen Garten aber scheint sich daselbe abzuspielen, wie in Heidelberg, wo, wie ich heute höre, auch die Klinik in den botanischen Garten verlegt werden soll. Am förderlichsten für die ganze Frage ist es, wenn der Staat — ich halte es für billig, daß auch die Städte für ihre Kliniken der in Frage stehenden Art Opfer bringen — mit einem Anerbieten herausrückt, indem er sagt: so viel Prozent des Gesamtaufwands übernehmen ihr, die ihr doch auch ein modernes Krankenhaus haben wollt und joviell Prozent übernimmt der Staat dafür, daß er diese Anstalt sich überweisen läßt als Unterrichtsanstalt, und dafür, daß sie ganz anders eingerichtet und betrieben werden muß, als wenn ihr euch ein eigenes Krankenhaus bauen würdet. Ich bin überzeugt, wenn der Herr Staatsminister mit einer derartigen Offerte kommen wird, daß er ein freundliches Entgegenkommen finden wird, wie es auch vorhin von dem Kollegen Dr. Wildens für Heidelberg angekündigt wurde.

Dr. Freiherr von Ia Roche: Ich muß zunächst meinem Bedauern Ausdruck geben, wenn der Herr Staatsminister den allerdings scharfen Artikel in der Spondenblatt als eine persönliche Kränkung empfunden hat. Wer weiß, welche schwere Arbeitslast auf seinem

Schultern ruht, die er nur mit äußerster Anstrengung und Hintansetzung seines Gesundheitszustandes überwinden kann, der möchte ihm gern jede Erregung erspart wissen. Man muß aber berücksichtigen, daß jener Artikel unter dem frischen Eindruck jener mißverständlichen Äußerung geschrieben worden ist.

Leider war der Herr Minister nicht in der Lage, den Sorgen und Beschwerden der Positiven für die Zukunft Gehör zu verheihen; im Gegenteil, wenn es danach ginge, was wir heute gehört haben, und die Regierung eine Änderung ihres Standpunkts nicht eintreten läßt, so würden die Positiven niemals hoffen dürfen, einen weiteren Dozenten für die theologische Fakultät zu bekommen. Und doch hat der Herr Ministerpräsident anerkannt, daß die von positiver Seite erhobenen Ansprüche wirklich nicht besonders hoch gespannt gewesen sind. Damit will ich mich allerdings nicht völlig der Ansicht Seiner Excellenz anschließen, daß der Lehrstuhl für Altes Testament nicht dieselbe Bedeutung habe, wie die anderen, denn in der heutigen Zeit kommt ihm doch wohl gegen früher eine gesteigerte Bedeutung zu. Nun hat der Herr Minister darauf hingewiesen, daß die in letzter Zeit berufenen Dozenten einer mittleren liberalen Richtung angehörten und von uns Positiven eigentlich nicht beanstandet werden könnten. Wenn man aber eine mittlere liberale Richtung anerkennt, müßte man eben auch eine mittlere positive Richtung anerkennen, die für die andere Seite genehm wäre. Ich glaube, es ließe sich ein Ausgleich finden, und ich möchte betonen, daß die Persönlichkeit, auf die von positiver Seite abgehoben worden ist, gewiß auch eine vermittelnde Rolle übernommen hätte. So lange die Dinge aber so sind, wie sie jetzt liegen, wird man es den Positiven nicht verübeln können, wenn sie für ihre studierenden Söhne nicht Heidelberg, sondern eine solche Universität wählen, an die positive Dozenten in größerer Zahl berufen sind. Es ist das einfach die logische Folge der jetzigen Verhältnisse.

Herr Geheimer Kirchenrat Troeltzsch hat den friedlichen Charakter der Fakultät betont und der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß durch Berufung eines weiteren positiven Dozenten die Homogenität einen Stoß bekommen könnte. Es wird das auf den norddeutschen Universitäten, auf denen diese Parität vorhanden ist, kaum verstanden werden. So viel ich weiß, sind dort die Gegensätze nicht so schlimm, und die Herren wissen mit einander auszukommen. Und wenn Herr Geh. Kirchenrat Troeltzsch meinte, die Professoren, die jetzt in Heidelberg sind, seien parteilos, so wird man in diesem Sinne Parteilos auch aus dem positiven Lager bekommen können. Eine Dissonanz in der Fakultät wäre auch meiner Ansicht nach ein viel geringeres Übel, wie jetzt die Verbitterung im Lande, die hätte vermieden werden können, wenn den Wünschen der Positiven Rechnung getragen worden wäre.

Schließlich hat Herr Geh. Kirchenrat Troeltzsch zum Ausdruck gebracht, daß die Fakultät von sich aus niemals sich würde entschließen können, einen positiven Dozenten vorzuschlagen, wenn aber die Regierung einen solchen Dozenten an die Universität Heidelberg berufen würde, so werde die Fakultät das auch ertragen. Ich glaube auch, daß darüber die Fakultät nicht aus den Fugen ginge. Mit diesem Worte ist uns die Hand entgegen gestreckt, wie ich Herrn Troeltzsch überhaupt danke für den verbindlichen Ton seiner Ausführungen, aus denen ich einen

Klang des Friedens für die Zukunft heraushörte, so daß ich schließlich nicht für alle Zeiten unsere Wünsche als begraben erachten möchte, sondern der Hoffnung bleibe, daß wir unser Ziel doch noch erreichen werden.

Geh. Kommerzienrat Reich: Ich bin in derselben Lage, wie Herr Kollege Winterer, der auch nicht geglaubt hat, zum Worte zu kommen, weil einer alten Übung nach das Wort heute den Herren Vertretern der Hochschulen gehört. Nachdem aber die Finanzfrage doch einmal angeschnitten wurde, möchte ich mit kurzen Worten meinen Standpunkt präzisieren.

Ich stehe seit etwa 40 Jahren mit an der Spitze der größten Institute Badens, und glaube, ohne unbescheiden zu sein, mir erlauben zu dürfen, ein Urteil zu fällen über die geschäftliche Entwicklung unseres Landes. Diese geht dahin, daß ich entschieden davor warnen möchte, die Verhältnisse zu pessimistisch darzustellen. In unserem Kaufmannswesen sagen wir sehr oft: es gibt 7 schlechte Jahre, aber auch wieder 7 gute Jahre. Wir gehen nach den Zahlenausweisen der Eisenbahnen und der Steuern, die das mit positiver Gewißheit dartun, einer aufsteigenden Entwicklung entgegen. Unsere Verhältnisse werden meiner bestimmten Überzeugung nach besser werden. Wer hätte, wenn wir etwa 10 Jahre zurückgehen, geglaubt, daß es bei uns eine Familie gibt, die in einem Jahre zwei Millionen opfert für öffentliche Zwecke? Und wenn man gesagt hätte, der Herr Oberbürgermeister von Mannheim geht mittags von 2—4 Uhr spazieren und holt bei ein paar Familien hunderttausend Mark zum Ankauf eines Bildes für die städtische Galerie, so hätte man das für ungläublich gehalten. Das ist aber der Fall. Das sind doch alles Zeichen, daß sich der Wohlstand, der Reichtum Badens ganz zweifellos in einer unerwarteten Weise entwickelt hat, und wir sind damit noch nicht am Abschluß. Ich möchte aber davor warnen, daß man die Verhältnisse zu optimistisch ansieht, daß man aufbaute auf dem jetzigen Aufschwung. Ich möchte aber auch gerade jetzt davor warnen, daß man die Verhältnisse zu pessimistisch schildert. Das macht auf das In- und Ausland — und wir müssen doch wieder Anleihen unterbringen — keinen guten Eindruck. Im Privatleben tut das kein Kaufmann und kein Mann im öffentlichen Leben, daß er seine Verhältnisse schlechter darstellt, als sie sind. Man soll sie wahr darstellen. Und unsere Verhältnisse sind gut, sie gehen aufwärts.

Ich wollte mich auf diese kurzen Bemerkungen beschränken. Ich wollte nur sagen, man kann in Baden mit aller Zuversicht ohne Überhebung und ohne Übertreibung alles das tun, was wir für die weitere Entwicklung des Landes für notwendig halten, daß wir dafür sorgen wollen, daß die Universitäten mit ihren Anstalten auf die größte Höhe gebracht werden, die zu erreichen ist. Wir müssen dafür sorgen, daß wir die besten Anstalten haben und die besten Lehrer. Ich wünsche nur, daß wir das beste Menschenmaterial haben, das auf der Welt zu haben ist, und ich möchte hoffen, daß die Anstalten in Freiburg und Heidelberg und auch in Karlsruhe, wo ein Rückgang zu verzeichnen ist, die Höhe wieder erringen, die sie gehabt haben. Darauf müssen wir hinarbeiten zum Segen des Landes. Wir dürfen nicht kleinlich sein, wir müssen Vertrauen haben auf unser Land, auf seine Fruchtbarkeit, auf seine Entwicklungsfähigkeit, auf die Intelligenz seiner Bevölkerung, auf die Weis-

heit seiner Regierung. Ich möchte keinen Optimismus, aber auch keinen übertriebenen Pessimismus wünschen. Wir müssen uns umschauen, wie wir den richtigen Weg finden für Badens Entwicklung. Wir werden seine Tradition aufrecht erhalten, wie sie seit mehr als 100 Jahren immer aufwärts gegangen ist. Halten Sie fest an dem Vertrauen zu dem badischen Kaufmannsstand und zu dem badischen Industriestand und dem Fleiß seiner ganzen Bevölkerung, sie werden die Hoffnung der Regierung, die Hoffnung des Landes nicht zu schanden werden lassen.

Bürgermeister Dr. Weiß: Nur wenige Worte der Erwiderung auf die Ausführungen des Herrn Prälaten! Seine Worte haben nicht das getroffen, was ich gesagt habe. Der Herr Prälat hat die Auffassung gehabt, daß ich es als eine große Kulturtat betrachtete, wenn Herr Professor Drews die Art an die Person Christi gelegt hat. Das ist durchaus nicht der Fall. Ich glaube, dasjenige, was Professor Drews einem großen Publikum vorführt, wird von seiner Seite und von der gegnerischen Seite bedeutend überschätzt. In meinen Darlegungen von heute vormittag sollte das doch klar zum Ausdruck gekommen sein. Ich sagte ja eben dort, daß, gleichviel, ob die historische Persönlichkeit Christi zerstört wird, Christus in einem weiteren Sinn eine Realität für unser Kulturleben ist und bleiben wird. Und das wird auch festzuhalten sein gegenüber den Befürchtungen, die man daran knüpft, daß die Thesen des Herrn Professor Drews vielleicht in weitere Kreise hineingetragen werden, als es möglicherweise seine eigene Absicht sein könnte. Es wird nur immer darauf ankommen, daß derjenige, der einem solchen weiteren Laienpublikum diese Sache entgegenbringt, dies auch in der geeigneten Weise tut, daß er eben das, was ich betonte, auch seinerseits festhält, so daß diejenigen, die ihn hören, wissen, daß mit der Zerstörung einzelner Mythen, die sich an die Christusfigur knüpfen, und selbst mit der Zerstörung der historischen Gestalt selbst, das nicht beseitigt wird, was das wertvollste ist für uns alle, gleichviel, ob wir auf christlichen Standpunkt stehen oder nicht. Ich bin nie ein Freund gewesen der Homer-Töter und nie ein Freund der Shakespeare-Töter; sie haben auch nichts erreicht, sie haben uns unseren Homer nicht genommen und sie haben uns unseren Shakespeare nicht genommen, und so werden die Christustöter die hochsympathische Figur, die Christus für den Freund und für den Gegner des Christentums bleiben wird, uns auch nicht nehmen. Ich sehe keine Gefahr. Es wird vielleicht vorübergehend Verwirrung in manchen Köpfen angerichtet werden, aber das wird vorbeigehen und es wird unsere Kultur nichts verlieren.

Prälat Schmittknecht: Nur ein ganz kurzes Wort! Wenn ich Herrn Bürgermeister Weiß heute früh nicht ganz richtig verstanden habe, so bedaure ich das. Ich will auf die Sache nicht noch einmal eingehen. Wir könnten ja bis ins Unendliche davon reden, wenn man diese Frage heute aufgreifen wollte. Ich stimme ihm auch darin bei: es wird die Bedeutung dieser Vorträge überschätzt. Aber gegen eines in seinen Worten muß ich persönlich protestieren: gegen eine Gleichstellung Christi mit Shakespeare und mit Homer.

Geh. Oberregierungsrat Dr. Böhm: Ich würde den letzten Punkt, der eben behandelt worden ist, nicht mehr eingehen, weil ich glaube, er steht mit dem Gehör der Hochschulen nur in losem Zusammenhang. Wenn nicht kurz vor der Wiedereröffnung der Sitzung von dem Vorstand des hiesigen Arbeiterdiskussionsklubs Klage geführt worden wäre, daß vom Regierungsrat aus eine abfällige Kritik an der Tätigkeit seines Vereins geübt worden sei. Der Herr Minister hat mich beauftragt, zu erklären, daß das ein Irrtum sei. Der Arbeiterdiskussionsklub ist vom Herrn Minister nicht genannt worden. Der Herr Berichterstatter hat einige Themata solcher Diskussionsabende genannt, die er für ungeeignet hielt, der Herr Staatsminister ist dieser Anschauung beigetreten. Etwas weiteres wurde hier nicht gesagt. In der Sache selbst kann es nur begrüßt werden, daß man die idealen Kräfte, die in unserem Volk und in unseren Arbeitern schlummern, auf jede Weise zu wecken sucht. Aber die Aufgabe derartiger Veranstaltungen muß sein, das Wissen zu mehren und Klarheit zu bringen. Die Ausführungen des Herrn Bürgermeisters Weiß, die dahin gingen, daß, wenn sich in der Diskussion mehrere Irrtümer bekämpften, sie sich ausgleichten und schließlich zur Wahrheit würden, die halte ich doch für sehr problematisch. Die Arbeiter kommen zu solcher Veranstaltungen, um zu lernen, nicht um zu lehren; aus einer Diskussion kann nur etwas herauskommen, wenn die Teilnehmer den Gegenstand verstehen, sonst ist es besser, wenn an die Redner des Abends Fragen gestellt werden, und darauf Belehrung erfolgt. Aber wenn an derartigen Diskussionsabenden über Probleme, die auch für wissenschaftlich Gebildete schwierig sind, wie die Philosophie Kants, Schopenhauers und Nietzsches, diskutiert wird von Männern, deren Geist noch nicht geschult ist, wird dabei sehr wenig herauskommen. Die Regierung wird trotzdem immer mit Anerkennung die Bestrebungen aller Vereine, die sich die Fortbildung der Arbeiter in gutem Sinn als Aufgabe setzen, würdigen. Daß da und dort einmal ein Mißgriff im Thema vorkommt, daß man im Eifer Irrtümer begeht, das wird niemand einer solchen Vereinigung verübeln. Nach dem, was der Regierung über die Bestrebungen des Arbeiterdiskussionsklubs bekannt geworden ist, muß diesem Klub ebenso wie dem Verein für Volksbildung großes Lob gesendet werden. Es war aber gut, daß von seiten dieses Hauses vor solchen Themen gewarnt worden ist, wie sie vom Herrn Berichterstatter, vom Herrn Staatsminister und zuletzt vom Herrn Prälaten erwähnt worden ist.

Wenn ich nun auf einige Spezialwünsche der Hochschulen eingehe, so komme ich zunächst zum pathologischen und pharmakologischen Institut in Heidelberg. Das pathologische Institut ist in seiner einen Abteilung fertig gestellt. Es ist nun eine Pause eingetreten. Ich bin nicht in der Lage, zu sagen, ob mit dem Umbau des alten Hauses in der nächsten Budgetperiode begonnen werden kann. Es sind das Fragen, die mit der allgemeinen Finanzlage zusammenhängen, insbesondere aber auch mit der Erledigung der Krankenhausfrage. Das pharmakologische Institut wird sich mit seinen alten Räumen zufrieden geben müssen, bis das neue physikalische Institut gebaut ist, dann werden auch für das pharmakologische Institut bessere Zeiten kommen. Die erheblichen Mängel des Hörsaals sollen nochmals geprüft werden, und ich hoffe, daß da etwas wird geschehen können.

viel schwieriger ist die Frage der Kliniken, sowohl der Kliniken in Heidelberg, wie der in Freiburg; ich bin Herrn Baron von Güler dankbar, daß er darauf hingewiesen hat, daß die Mängel, die hier bestehen, tatsächlich nur äußerliche Mängel sind, Mängel an den Gebäuden, in denen sie untergebracht sind. Unsere Kliniken, sowohl die Heidelberger wie die Freiburger, stehen auf der größten Höhe und zwar durch die vortrefflichen Männer, die an ihrer Spitze stehen. Wenn auch vom Herrn Geh. Kirchenrat Troeltsch darauf hingewiesen worden ist, daß der Zustand der medizinischen Klinik in Heidelberg ein bedauerlicher sei, so muß ich sagen: so lange ein Mann wie Herr Geheimrat Krehl an der Spitze steht, der Kufe nach Berlin und Wien ausschlägt, so lange dürfen wir getrost uns mit allen anderen Universitäten in eine Reihe stellen. Allerdings dürfen wir uns dabei nicht betätigen und alles beim alten lassen. Ich war schon in der Lage, in der Budgetkommission die Pläne der Regierung eingehend darzulegen und zu sagen, daß nur die geplannte Finanzlage bei Aufstellung dieses Budgets uns gehindert hat, diese Pläne weiter zu verfolgen. Aber die entgegenkommende Haltung der Herren Oberbürgermeister der beiden Universitätsstädte gibt der Hoffnung Raum, daß es gelingen wird, schon dem nächsten Landtag Pläne vorzulegen, bei welchen die Hochschulverwaltung befreit sein wird, die gewünschte Großzügigkeit der Lösung zu betätigen. Denn ich bin durchaus der Ansicht des Herrn Oberbürgermeisters Winterer, daß wir uns gerade bei den Kliniken nicht mit einem Provisorium und mit Stückwerk behelfen dürfen, ich glaube aber auch, daß das, was in der letzten Zeit auf dem Gebiet der Hochschulverwaltung geschehen ist, nicht nach Provisorium und Stückwerk aussieht.

Herr Geh. Hofrat Schmidt hat darauf hingewiesen, daß in manchen Punkten die gleichzeitige Behandlung von Freiburg und Heidelberg zu wünschen übrig lasse. Es ist dabei auch auf kleinere Dinge eingegangen, und zwar auf den dritten Bibliothekdiener in Freiburg. Gerade an diesem Beispiel kann ich das Gefährliche eines solchen Vergleichs dartun, Verhältnisse zu vergleichen, die nicht vergleichbar sind. Die Universitätsbibliothek in Heidelberg ist in ihrem Bücherbestand viel reicher wie die Freiburger, sie ist auch in ihrer baulichen Anlage viel weitläufiger, von dem Eintritt ins Büchermagazin in dem einen Flügel bis zum höchsten äußersten Punkt in anderen Flügel ist ein halber Kilometer zurückzulegen. Es ist das also ein ganz anderer Betrieb als in Freiburg. Wir haben die Frage geprüft und sind zu der Ansicht gekommen, daß dort mit dem gegenwärtigen Dienstpersonal zur Not noch ausgekommen werden kann. Mit mehr Recht könnte die Universitätsbibliothek Heidelberg unter Hinweis auf die an der Universitätsbibliothek Freiburg vorhandenen Stellen von drei etatmäßigen Bibliothekaren einen weiteren Bibliothekar verlangen. Wir haben aber auch das abgelehnt, weil wir bei der gegenwärtigen Finanzlage dazu nicht in der Lage waren. Wir werden eine Gleichmacherei der beiden Universitäten nie befürworten können, sondern uns immer daran beschränken müssen, die Bedürfnisse der Universitäten so wie sie hervortreten, auch zu befriedigen. Der Herr Staatsminister hat schon darauf hingewiesen, daß der Unterschied in den Dotationen der beiden Universitäten von rund 250 000 M. daher rührt, daß die klinischen Anstalten der Universität Heidelberg 155 000 M. mehr kosten als die klinischen Stif-

tungsanstalten in Freiburg. Es bleibt somit noch ein Unterschied von 95 000 M. Die Gehälter der Universitätsprofessoren in Heidelberg übertreffen die der Freiburger Universität um 36 000 M. Ich habe schon wiederholt erklärt, womit das zusammenhängt. Wenn man nun diese 36 000 M. von den 95 000 M. abzieht, so bleibt noch eine Differenz von 49 000 M., welche durch die Leistung des Stiftungsvermögens nahezu ausgeglichen wird. Ich glaube, da kann man von einer Imparität der Behandlung nicht wohl reden.

Es ist von Herrn Geh. Hofrat Schmidt auf die Assistentenfrage hingewiesen und beklagt worden, daß durch die Neuregelung der Vergütungen der Assistenten die Assistenten mit längerer Dienstzeit ungünstiger behandelt worden seien als die jungen Assistenten. Der Grund ist sehr einfach und klar. Es ist sowohl im Beamtengesetz und in der Gehaltsordnung, wie in der Ordnung der Vergütungen für das nichtetatmäßige Personal eine Rückwirkung der Gehalts- und Vergütungserhöhungen nicht vorgesehen. Infolgedessen geht durch alle etatmäßigen und nichtetatmäßigen Beamtenkategorien, wie die der Lehramtspraktikanten, Assessoren etc. hindurch, daß diejenigen, die schon längere Zeit angestellt sind, sich nicht in solchen Bezügen befinden, als wenn der neue Gehaltstarif schon zur Zeit ihrer Anstellung in Kraft gewesen wäre. Das können wir nicht beseitigen, ohne daß wir für den ganzen Beamtenapparat im Staat die Rückwirkung der neuen Tarife für Gehälter und Vergütungen beantragen. Das würde Millionen kosten. Für die Hochschulbeamten eine besondere Regelung zu treffen, geht wohl nicht an.

Hinsichtlich der Lehraufträge ist es richtig, daß Heidelberg Freiburg voranzieht; aber auch hier liegt der Unterschied darin, daß Heidelberg von früher her viel mehr ältere Privatdozenten, außerordentliche und Honorarprofessoren hat als Freiburg. Auch in Freiburg haben sich in den letzten Jahren mit der Zahl der Privatdozenten die Lehraufträge vermehrt. Darin gebe ich Herrn Geh. Hofrat Schmidt unbedingt recht, daß wir in der Zahl der Lehrkräfte zurückgeblieben sind gegenüber den Anforderungen, die heutzutage insbesondere an die Instituts- und Seminarartigkeit gestellt werden. Das habe ich schon im anderen Hohen Hause erklärt: wir müssen etwas tun, entweder daß auf dem Wege der Vermehrung der etatmäßigen Extraordinariate oder auf dem der Errichtung etatmäßiger Stellen für Institutsbeamten vorgegangen wird. Das sind schwierige Budgetfragen; auch hier kann nur langsam vorgegangen werden. Die Aufmerksamkeit auf diese Frage ist durch wiederholte Ausführungen, die in letzter Zeit von Herrn Geheimrat Lamprecht und anderen Professoren in aller Ausführlichkeit gegeben worden sind, hingelenkt worden. Im allgemeinen müssen wir daran festhalten: die Assistenten sind ein Durchgangsposten, es ist nicht wünschenswert, daß Elemente in der akademischen Laufbahn festgehalten werden, die — sie können ja sonst sehr tüchtig sein — hier keine Aussicht auf ein Fortkommen haben; je eher diese Herren sich entschließen, auf die akademische Laufbahn zu verzichten, desto besser wird es für sie sein. Höhere Vergütungen würden die Lage dieser jungen Gelehrten nicht bessern.

Es ist von Herrn Geh. Hofrat Schmidt — und das ist der einzige Punkt, den ich wirklich bedauert habe, der mich schmerzt hat — darauf hingewiesen worden, daß



das Vertrauen, das die Universitäten der Unterrichtsverwaltung entgegenbringen, ins Wanken gekommen sei dadurch, daß die Regierung in zwei Fällen ihre Versprechen nicht eingelöst habe. Nun hat der Herr Staatsminister diese Frage bereits von der einen Seite, nämlich von der Seite der Finanzlage, beleuchtet; ich glaube aber, daß ich über die Verhandlungen mit dem Freiburger Botaniker noch einige Aufklärungen geben muß, damit nicht der Vorwurf unwillkürlich in das Land hinausgeht, als hätten wir Versprechungen nicht gehalten. Herr Geh. Hofrat Schmidt hat einen Teil eines Schreibens, das ich an den Botaniker gerichtet habe, verlesen. Es wird darin aber ausdrücklich die Einstellung einer ersten Rate für den Neubau eines botanischen Instituts ins Budget 1910/11 davon abhängig gemacht, daß „die Verhandlungen wegen Pachtung des Bauplatzes mit Vorkaufsrecht zu einem annehmbaren Preise zu einem baldigen Abschluß gebracht werden können“. Nun ist es zwar durch das dankenswerte Entgegenkommen des Herrn Oberbürgermeisters Winterer gelungen, sich über die Bedingungen der Erwerbung dieses Platzes zu einigen. Nicht aber konnten die Verhandlungen wegen der Übernahme des jetzigen botanischen Gartens durch die Stadt zum Abschluß gebracht werden. Das Ministerium hat diese Verhandlungen wegen Vertauschung des alten botanischen Gartens, der zum Grundstücksvermögen der Universität gehört, namens der Universität geführt und der Senat hat mündlich und schriftlich wiederholt den Wunsch dem Ministerium kundgegeben, daß nur dann auf die Veräußerung eingegangen werden soll, wenn die Stadt im Tauschwege anderes für Universitätsinstitute geeigneteres Bebauungsgelände abtrete. Diese Verhandlungen sind auch heute noch nicht zum Abschluß gekommen. Ich glaube nicht, daß die Regierung es der Universität und den Ständen gegenüber verantworten könnte, den Ankauf des Geländes für einen neuen botanischen Garten zu beantragen, bevor wir wissen, was wir für den alten botanischen Garten erhalten. Das sind Dinge, die wir nicht trennen können. Wir dürfen uns in einer so wichtigen Frage nicht durch übereilte Entschlüsse der Stadt gegenüber in eine Zwangslage versetzen, in der wir auf alle Bedingungen eingehen müssen. Und nun ein weiterer Punkt: Es hat sich um eine Berufung des Professors der Botanik an die Universität Straßburg gehandelt. Bei den mündlich mit dem Herrn geführten Verhandlungen wurde zugesagt, daß bei uns daselbe geboten wurde, was er in Straßburg in dem dortigen Institut mit den ihm zugestandenen Änderungen erhalten würde. Ich habe alsbald festgestellt, was das Straßburger Institut gekostet hat. Dazu haben wir den Zuschlag durch die inzwischen eingetretenen Preissteigerungen genommen und sind auf einen Betrag gekommen von — ich glaube — 350 000 M. Nun können Sie sich die Überraschung des Ministeriums denken, wie wir im Juni letzten Jahres von dem Vertreter der Botanik ein Projekt vorgelegt bekamen, nach dem allein die Rohbauten und Gartenanlagen 780 000 M. kosten sollten. Die innere Einrichtung war zu 50 000 M. veranschlagt, während der Bauplatz 270 000 M. kosten soll, abgesehen von einem Geklatz, den der Fiskus bereits besitzt. Der Gesamtaufwand für die Ausführung dieses Projekts hätte sich also auf 1 200 000 M. belaufen. Nun glaube ich doch, daß auch bei dem weitesten Entgegenkommen die Verhandlungen nicht so interpretiert werden dürfen, daß nachträglich von der einen Seite weit über die Zusage hinaus ungemessene Forderungen auf ganz anderer Basis gestellt und wir in ein Millionenprojekt hineingedrängt werden, wo wir glaubten, mit der

Hälfte auszukommen. Es war also notwendig, das Projekt zurückzugeben. Es haben nochmals Verhandlungen stattgefunden und es hat sich das Ministerium von dem Botaniker überzeugen lassen, daß, wenn man etwas Neues machen wolle, 600 000 M. für Bauten und Gartenanlagen notwendig seien. Damit haben wir uns abgefunden, obgleich es weit über das hinausgeht — das wiederhole ich —, was dem betreffenden Herrn bei seiner Berufung nach Straßburg zugesagt worden ist. Ich glaube aber nicht, daß wir nun trotz allem, was inzwischen eingetreten ist, namentlich trotz der Überschreitung beim Kollegienhaus, dazu verpflichtet sind, bei der großen, teils durch die eigene Schuld des Botanikers eingetretenen Verschiebung in diesem Budget die erste Rate für das botanische Institut anzufordern. Ich möchte dringend bitten, daß man angesichts dieses Sachverhalts der Regierung nicht den Vorwurf macht, sie habe ihr Versprechen nicht gehalten. Auch hinsichtlich des pharmakologischen Instituts liegt tatsächlich ein Bruch des Versprechens nicht vor. Wir hatten dem Vertreter der Pharmakologie versprochen, daß das Institut umgebaut wird und er einen Anbau bekommt. Beides hat er erhalten. Wir hatten versprochen, daß alsbald nach Erledigung der Frage der Verlegung des botanischen Gartens ein neues pharmakologisches Institut in Angriff genommen werde. Auch hier waren wir so vorsichtig, den Betrag für das neue Institut in den Verhandlungen festzulegen. Diese Forderung sollte erst ins Budget 1912/13 kommen. Ich möchte also bitten, daß man nicht heute schon uns das Vertrauen versagt und uns gewisse Maßnahmen im Voraus vorwirft, daß wir gegebene Versprechen nicht halten werden. Ich nehme diesen Punkt deswegen so ernst, weil ich der Ansicht bin, daß das gute Ergebnis unserer Berufungen nicht zum wenigsten darauf beruht, daß wir neben der genauen Berücksichtigung der Vorschläge der Fakultäten auch durch unser Verhalten den besonnenen Herren gegenüber gezeigt haben, daß wir Vertrauen verdienen und in loyaler Weise halten, was wir versprochen. Dafür war bis jetzt die badische Unterrichtsverwaltung bekannt in Deutschland, und ich würde es schmerzhaft bedauern, wenn im Anschluß an die heutige Verhandlung dieses Vertrauen irgendwie beeinträchtigt würde.

Herr Oberbürgermeister Winterer hat sodann von den Stiftungen gesprochen. Was der Herr Oberbürgermeister von den neuen Stiftungen gesagt hat, kann ich bestätigen; allein mit den alten Stiftungen verhält es sich nach meiner Beurteilung nicht ganz so. Der Herr Oberbürgermeister weiß genau, daß der Kampf um die klinischen Hospitalstiftungen im 19. Jahrhundert bis zum Stiftungsgesetz ein sehr lebhafter war, sogar über die Zeit des Stiftungsgesetzes hinaus. Es waren eben Stiftungen zugunsten der Verpflegung gewisser Kategorien armer Personen in Kliniken; aber es war in den Stiftungsurkunden regelmäßig für die Verwaltung und die Vergebung die Mitwirkung der Professoren der Klinik vorbehalten. Es war jedenfalls vor dem Stiftungsgesetz ein zweifelhafter Zustand. Ich habe schon im anderen Hohen Hause erklärt und kann hier nur wiederholen: die Regierung ist froh und dankbar dafür, daß durch das Stiftungsgesetz die Stiftungen in die Verwaltung der Stadt gekommen sind. Dadurch haben sie nur gewonnen gegenüber dem unsicheren Zustand, der früher bestanden hat.

Die Verwaltung der Stiftungen ist eine geradezu mühselige, und wenn man die Höhe des Kapitals der

war. Ich darf nun sagen, daß das durch die eingehenden Erörterungen unserer beiden Herrn Regierungsvertreter in hinreichendem Maße geschehen ist. Wir wissen nun eigentlich erst, warum sich die Grobsh. Regierung an die Zusage wegen der Anlage des botanischen Gartens für jetzt nicht gebunden erachtet. Freilich wirkt die Erklärung nicht in dem Sinne, daß damit alle Differenzpunkte behoben werden. Es werden da Anschauungsverschiedenheiten fortbestehen, und die Einzelpersönlichkeit manches anders ansehen, als der Vertreter der Staatsverwaltung. Den Antrag muß ich aufrecht erhalten, das Mögliche für das botanische Institut zu tun, auch so rasch als möglich den hier obwaltenden Bedürfnissen abzuhelfen. Die Enttäuschung der Betroffenen bleibt, das ist nicht zu ändern. Vor allem das aber muß ich für meinen botanischen Kollegen noch einmal ausdrücklich betonen, daß der Verdacht einer Änderung seiner Anschauungen und Forderungen, den die Grobsh. Regierung ihrerseits gegen ihn gefaßt hat, sicher nicht auch in dem leisesten Schatten von ungenügendem guten Willen auf seiner Seite eine Begründung findet. Er hat eben das zusammengestellt, was unter Erwägung aller sachlichen Bedürfnisse nicht etwa für eine Universität ersten Ranges, sondern für eine Mitteluniversität — so versichert er ausdrücklich — das Gegebene ist. Er hat mir dargelegt, daß z. B. die Ausstattung eines botanischen Gartens in München mit ganz anderen Beträgen rechnet. Natürlich hat er diese höheren Beträge nur zusammengestellt als eine Unterlage für weitere Besprechungen, nicht als eine Forderung oder ein Verlangen, das die Einlösung eines gegebenen Versprechens bedeuten sollte, und es verstand sich für ihn von selbst, daß darüber weitere Erörterungen stattfinden mußten. So konnte er durch seine Aufstellung auch die Basis der Zusage von 1907 — wie der Herr Referent die Sachlage auffaßt — nicht verschieben. Im übrigen ist ja nun aber auch die Anschauung, die er und wir alle damit zum Ausdruck gebracht haben, jetzt nicht mehr als so abenteuerlich anzusehen, als es bisher nach den üblichen ungünstigen Berichten über die Finanzlage immerhin scheinen konnte. Nach dem, was uns die beiden Herren Vorredner, die sich zur allgemeinen Finanzlage geäußert haben, ausgeführt haben, darf hier auch bei anderen mit einem gewissen Sanguinismus gerechnet werden, und Sie werden es mindestens den Vertretern der Universität nicht verargen, daß sie hier den denkbar sanguinistischsten Standpunkt einnehmen. Daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen, dafür ist leider Gottes immer gesorgt. Wir müssen die Wünsche, die wir für sachlich gerechtfertigt halten, hier zum Ausdruck bringen können.

Davon kann jedenfalls keine Rede sein, daß das große Vertrauen, das wir unserer Regierung entgegenbringen, in uns eine Trübung erfahren hätte. Und einen „Bruch“ gegebener Zusagen — die Wendung, die der Herr Minister auf den Sinn meiner Ausführung angewendete — habe ich für das Verhalten der Grobsh. Regierung nicht in den Mund genommen, und ich würde auch jetzt die Anschauung weit abweisen, als ob ich dies — nämlich eine in mangelndem guten Willen wurzelnde Nichterfüllung der Zusage — hätte zum Ausdruck bringen wollen.

Oberbürgermeister Dr. Winterer: Nur wenige Worte! Daß die Angelegenheit des neuen botanischen Gartens mit der des alten Instituts zusammenhängt und daß die eine Frage nur mit der anderen gelöst werden dürfe, habe ich heute zum ersten Mal gehört. Ich habe gemeint, der

linischen Hospitalstiftungen, die der Herr Oberbürgermeister genannt hat, zusammenhält mit den Beträgen der ursprünglichen Stiftungen so sieht man, in welcher glänzender Weise gewirtschaftet worden ist. Meine Argumentation im anderen Hohen Hause ist nun dahin gegangen: Freiburg ist infolge dieser Stiftungen in der glücklichen Lage, keinen Krankenhausaufwand zu haben und doch über ein sehr wertvolles Krankenhaus zu verfügen. Die Stadt Freiburg muß deshalb bei dem Neubau der medizinischen Klinik sich in erster Reihe beteiligen. Wenn auch die Stiftungs- kapitalien jetzt festgelegt sind in den Gebäuden des linischen Hospitals, so haben sie doch einen erheblichen Wert, der nach der Verlegung realisiert werden kann. Im übrigen ist das lediglich der Rechtsstandpunkt. Die Regierung wird gern bereit sein, auf der Basis weiter zu verhandeln, die der Herr Oberbürgermeister gekennzeichnet hat, und ich glaube auch, daß wir auf dieser Grundlage zu einer befriedigenden Lösung kommen werden. Die Stadt Freiburg hat uns in dieser Beziehung noch niemals enttäuscht.

Und nun möchte ich schließen, indem ich dem Herrn Geheimen Kirchenrat Troeltsch auf die Befürchtung erwidere, daß die badischen Hochschulen zu Provinzialhochschulen herabsinken werden, wenn sich nicht hochherzige Stifter finden. Die Blüte der Hochschulen beruht nicht nur auf Geld. Der Herr Berichterstatter hat schon hingewiesen auf die im Kommissionsbericht der Zweiten Kammer abgedruckten Ausgabebetriebe sämtlicher deutscher Hochschulen. Da werden Sie sehen, daß Hochschulen, die lange nicht den Ruf wie Heidelberg und Freiburg haben, was die Ausgaben betrifft, über diesen Universitäten stehen. Aber der Ruf und die Bedeutung unserer Hochschulen liegt in ihren ausgezeichneten Lehrkörpern. Diese zu erhalten wird die Grobsh. Regierung streben, und solange das gelingt, sind wir gesichert gegen jedes Herabsinken des Niveaus unserer Hochschulen.

Behrmer Hofrat Professor Dr. Richard Schmidt: Beziehen Sie mir, wenn ich trotz der vorgerückten Stunde für wenige Worte noch Ihre Aufmerksamkeit in Anspruch nehme. Aber Sie werden begreifen, daß es mir ein aufrichtiges Bedürfnis sein muß, der Befriedigung und der Freude darüber Ausdruck zu geben, daß sowohl seine Erzelenz der Herr Staatsminister, wie unser Herr Ressortreferent sich so eingehend bemüht haben uns über die Zweifels- und Differenzpunkte hinwegzuhelfen, die ich hier vor Ihnen geltend machen mußte. Ich mußte es, weil in der Tat eine gewisse Beunruhigung, nicht ein „Misstrauen“, aber eine Beunruhigung vorhanden war. Und wie groß sie z. B. in Freiburg war, das mögen Sie daraus ersehen, daß — was ich absichtlich bisher nicht zur Sprache gebracht habe — vor zwei Wochen eine Plenarversammlung aller Ordinarien stattgefunden hat, die eine außerordentlich starke Beteiligung fand und in der diese Zukunftsfragen in sehr ausführlicher Weise behandelt wurden. Der Beschluß, den diese Plenarversammlung gefaßt hat, und der der Regierung unterbreitet worden ist, hat ganz gewiß nicht polemischen oder misstrauischen Charakter gehabt, aber er spricht aus, daß die Versammlung es im allgemeinen Universitätsinteresse im Hinblick auf zukünftige Berufungen lebhaft bedauern würde, wenn der Erwartung des Direktors des botanischen Instituts nicht entsprochen würde, und das dürfte die Regierung daraus entnehmen, daß hier eine Unklarheit herrscht über die in Betracht kommende Motive, die der Behebung vor allem in Hinblick auf die Zukunft bedürftig

neue botanische Garten sei eine Frage für sich, und wenn der alte oder Bestandteile desselben verwendet werden soll zur Inneren Klinik, so wird es Sache der Staatsverwaltung sein, hierüber der Universität und der Stadt die nötigen Vorschläge zu machen. Warum ich mich aber gemeldet habe, das betrifft die eben gehörte rechtliche Auffassung über die klinischen Stiftungen.

Es ist richtig, daß früher zwischen Stadt und Senat hier und da disputiert worden ist; aber das betraf, soviel ich weiß, die Verwaltung, die Exekutive und Ähnliches, was damit zusammenhängt, nicht aber die Bestimmung und Nutzung; hierüber liegen ja die Testamente vor. Es ist klar, daß es sich mit wenig Ausnahmen um Ortsstiftungen handelt, und wer die Stifter aus dem 17. und 18. Jahrhundert kennt, weiß, daß sie nie etwas anderes haben tun wollen. Wenn daher Herr Geheimerat Dr. Böhm sagt, die Stadt habe also bis jetzt keine Krankenhausaufgaben gehabt, so ist zu erwidern: die Stadt hat nicht nur erst kürzlich schöne große Kliniken erbaut, sondern sie hat auch früher wirklich Krankenhausaufgaben gehabt, — sie hat sie geleistet durch ihre Stiftungen. Das ist eine Auffassung, der man absolut nichts entgegenhalten kann. Und infolge der Aufzehrung der Stiftungen entgehen ihr in der Hauptsache Revenuen, auf die sie heute noch ein erzwingbares Recht hätte; es ist auch kein allzu großer Unterschied, ob die politische Gemeinde gebaut hätte oder ob die Stiftungen gebaut haben. Aber sie hat den Nachteil, den Vorteil aber hatte der Staat. Bei der einen Wendung, die ich soeben gehört, bin ich daher etwas erschrocken. — Bei allem Entgegenkommen kann man nicht dazu kommen, eine Formel solchen Inhalts zu prägen, wie dies der Herr Regierungsvertreter getan, indem er gleichsam gesagt hat: weil die Stadt bis jetzt in anerkannter Weise entgegenkommen ist und ihr Stiftungsvermögen geopfert hat, — kann man nicht verlangen, daß sie nach derselben Schablone behandelt wird wie andere! Ei, das wäre ja gerade wieder daselbe, was ich vorhin gesagt habe: weil du so nobel warst und mir loyal und freiwillig geholfen hast, so wirst du dafür bestraft. Das wäre mir doch eine sonderbare Gerechtigkeit! Ich will mich auf diesen Gedankengang nicht weiter einlassen, sondern lieber an die letzten Worte des Herrn Regierungsvertreters anknüpfen, worin er die Überzeugung ausgesprochen hat, daß wir auf dem bisherigen Weg friedlicher Verständigung weitergehen werden. Ich kann erklären: wir sind mit der Groß. Regierung und ihrem guten Willen zufrieden und einverstanden. Wir wollen und werden nicht vergleichen und murren nicht, solange es uns gut geht (Geiterkeit) und wir mit unserer eigenen Verwaltung im sogenannten städtischen Teil der Universität, wie man schon gesagt hat, so schöne Erfolge erzielen, wie sie noch kein Staatsinstitut erzielt hat; solange wir also damit gut fahren und im eigenen Hause Meister sind, werden wir darüber nicht streiten. Aber verantworten müssen wir die kommende Regelung können vor der Bürgerschaft; gleichwie das Gegenteil, so würde es darüber, Sie dürfen versichert sein, einen großen Krach und ernststen Kampf mit der Stadt abgeben.

Prälat Schmitthener: Nur ganz kurz! Darf ich ein Wort noch aussprechen, das ich vorhin zu sagen unterließ, und an dessen Betonung mir doch gelegen ist. Ich will damit nicht die alte Frage der Besetzung noch einmal aufrollen. Ich möchte nur das eine zur Rechtfertigung der Stellungnahme des Oberkirchenratspräsidenten noch

sagen, daß er es für seine Pflicht hielt, den beiden Stiftungen in unserer Landeskirche gerecht zu werden. Die Kirchenbehörde muß unparteiisch in beiden ihre Kinder sehen und es müssen beide ihr am Herzen liegen. Es ist dann doch nur selbstverständlich, daß er auch den positiven Gliedern der evangelischen Kirche, von denen ich sagen darf, sie tragen einen großen Teil unseres kirchlichen Lebens, mit seinem Wunsche gerecht werden wollte. Ich wollte das noch zum Ausdruck bringen und denke von Ihnen darin verstanden zu sein.

Wirkl. Geheimer Rat Dr. Bürklin: Ich habe nur ganz wenige Bemerkungen als Berichterstatter zu machen. Vor allem möchte ich dem Bedauern Ausdruck geben, daß der Vertreter der dritten Hochschule, Herr Geheimer Hofrat Bunte, verhindert ist, die Interessen der Hochschule zum Ausdruck zu bringen, für die er hergekommen ist. Seine Wünsche sind ja der Regierung bekannt. Nur einen Wunsch, der sich auf die Nebengehälter bezieht und den er in der Kommission nicht in Gegenwart des Herrn Regierungskommissärs hat vorbringen können, möchte ich erwähnen. Es handelt sich um einen Hochschulgärtner, dem nach und nach 800 M. abgezogen werden sollen; 600 M. sind im schon verloren gegangen auf Grund der Übergangsbestimmungen bezüglich der Nebengehälter. Vielleicht könnte da ein billiger Ausweg gefunden werden.

Ich glaube, daß nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen ein Eingehen auf Einzelheiten sich erübrigt, und besonders, was die klinischen Anstalten unserer Hochschule anlangt, sich das auch deshalb erübrigt, weil die Kommission der Meinung war, daß man nicht so sehr in die Details der Mißstände, die da vorliegen eindringen soll, um sie nicht allzusehr der Öffentlichkeit preiszugeben. Das aber soll wiederholt werden, daß wir in der Budgetkommission darauf rechnen, daß diese Mißstände beseitigt werden trotz der Mißgunst der Finanzlage. Man hat bezüglich dieser zu unterscheiden zwischen Finanzlage des Volkes und des Staates. Die Finanzlage des Staates ist eine ernste, gewiß nicht aber die Vermögenslage der Bevölkerung.

Es ist von verschiedenen Herren mit Recht betont worden, der Wohlstand der Bevölkerung sei fortgesetzt im Steigen begriffen. Ich will nicht von unserer wirtschaftlichen Konjunktur sprechen. Nach einer wirtschaftlichen Hochwelle wird wieder ein wirtschaftlicher Niedergang kommen. Das wird immer wechselnd so fortgehen. Aber es ist in dem gesamten Status der Vermögensverhältnisse unserer Bevölkerung in den letzten 25, 30 Jahren ein stetiger Fortschritt zu verzeichnen, daß man wirklich von einem außerordentlichen, beinahe überraschenden Fortschritt des Wohlstandes sprechen kann, und gerade desjenigen Teils der Bevölkerung, der uns ganz besonders interessiert, und der signifikant ist für den Wohlstand eines Volkes, des Mittelstandes. Sie entnehmen aus den statistischen Ziffern über Sparkasseneinlagen, die uns mitgeteilt worden sind, daß in den letzten 25 Jahren die Einlagen in den Sparkassen sich außerordentlich steigerten, ich weiß nicht mehr genau um das wie vielfache. Das ist aber ganz außerordentlich in die Höhe gegangen und das ist bezeichnend für den steigenden Wohlstand. In diese Sparkassen legen reiche Leute ihre Ersparnisse nicht

wer ist Kant? — so würde ich ihm nicht bildungsprozig und „bonzenhaft“ antworten: das geht Sie nichts an, das verstehen Sie ja doch nicht, sondern ich würde mich bemühen, ihm beizubringen, daß Kant ein Philosoph war, daß er viel beigetragen hat zur Geisteskultur Deutschlands im vorigen Jahrhundert usw. Damit würde sich der Mann vielleicht beruhigen. Und wenn mich dann der Arbeiter fragen würde: können wir nicht Kants philosophisches System für die nächste Versammlung als Thema ansehen, so würde ich ihm sagen: nein, das ist für die große Mehrzahl unserer Zuhörer ein ungeeigneter Gegenstand, das wollen wir lieber bleiben lassen, so weit sind wir noch nicht, vielleicht später. Es kommt freilich auch auf das wie vor allem an, wie diese Gegenstände behandelt werden. Es ist mir da ein Blatt auf den Tisch gelegt worden, ich weiß nicht, von wem, eine Übersicht über die Veranstaltungen des Arbeiterdiskussionsklubs Karlsruhe. Da steht an der Spitze „Goethe“. Ein sehr schönes Thema! Goethe kann man in einer Weise behandeln, daß jeder Arbeiter Genuß und Belehrung davon haben kann, auch der Durchschnittsarbeiter. Man kann das Thema aber auch in einer Weise behandeln, die für den Arbeiter und selbst für den höher stehenden Arbeiter viel zu hoch ist. Wie leicht es geschehen kann, daß bei solchen Gelegenheiten Mißverständnisse hervorgerufen werden, geht aus einer kleinen Geschichte hervor, die mir von glaubwürdiger Seite erzählt worden ist. Als in einem — ich weiß nicht genau, ich glaube, es war in diesem Diskussionsklub — ein etwa: hoch gespannter Ausflug in das Reich der Kunst gemacht worden war, hat ein Arbeiter, ein Zuhörer unseren hochverehrten Kollegen Thoma gefragt, wie er denn seine Gesellen bezahle! Das war das Ergebnis, das der Mann mit nach Hause nahm! Das wurde mir von glaubwürdiger Seite versichert. Ich gehe weiter auf diese Sachen nicht ein.

Ich wiederhole den Antrag, den ich zu Anfang der Sitzung gestellt habe und bitte den Durchlauchtigsten Herrn Präsidenten, in die Abstimmung auch den Titel X § 2 einzubeziehen, d. h. den Antrag der Budgetkommission, daß der Ausbau auf das hygienische Institut der Universität Heidelberg sofort in Angriff genommen werden darf.

Professor Dr. Thoma: Es sei mir gestattet, daß ich, da mich der Herr Berichterstatter persönlich genannt hat im Zusammenhang mit dem Arbeiterdiskussionsklub, ganz kurz die erwähnte Sache erzähle.

Ich hielt einen Vortrag über Kunst in ihren Beziehungen zu Religion und Wissenschaft als drei Zweige, die aus der lebendigen Seele hervorgewachsen seien. Nachdem ich geendet stand ein Mann auf und sagte ziemlich heftig: „Das was uns Herr Thoma gesagt hat ist ja ganz schön, aber mit Religion und Seele soll man uns nicht mehr kommen usw. Übrigens frage ich, wie geht es dabei seinen Gesellen, während er hier seine Rede hält, wenn er bestrebt ist, billige Bilder für das Volk herzustellen, wie können die dabei bestehen?“

Ich hatte da freilich ein Gefühl von Beschämung, daß es geschehen haben könnte, daß ich hier als Unternehmer geredet haben könnte um meine Bilder zu vertreiben.

die legen ihr Geld an in Wertpapieren oder in sonstigen, festen Werten. Der Mittelstand aber und das Volk bis herab zum Dienstmädchen trägt seine Sparpfennige auf die Sparkasse. Und dieser zunehmende Wohlstand, nicht die paar Tausend reichen Leute, deren es viel nicht mehr geworden sind, ist entscheidend dafür, ob wir der Beseitigung von schreienden Mißständen und Zurückhaltung auferlegen müssen oder ob wir vorwärts gehen dürfen.

Bezüglich dessen, was Herr Oberbürgermeister Winter wegen der provisorischen Bahnhöfe gesagt hat, werden wir ihm später haarfarr nachweisen, überzeugend nachweisen, daß Monumentalbauten am Platz sind, wo sie hingehören, und daß Bauten von provisorischem Charakter an ihrem Platze sind, wo es sich eben um die Erfüllung provisorischer Bedürfnisse handelt, eines Bedürfnisses, das nicht pro omni futuro festgelegt werden kann, und das ist bei einem Bahnhof der Fall. Wir werden den Herrn Oberbürgermeister auch darin widerlegen, daß ein solcher Bahnhof wie eine Zehntschauer auszuweisen braucht, sondern trotz eines gewissen provisorischen Charakters einen ganz gefälligen Eindruck bekommen kann.

Was die Besetzung der theologischen Lehrstühle in Heidelberg anbelangt, so bin ich nicht in der Lage, mich darüber zu äußern, weil dieser Gegenstand in der Budgetkommission nicht zur Sprache kam. Was Herr Geh. Kirchenrat Troeltsch über die Gleichartigkeit, die Homogenität dieser Besetzungen gesagt hat, ist mir aus dem Herzen gesprochen. Ich habe mich bei früheren Gelegenheiten über diese Frage ausgesprochen. Ich will heute darüber keine private Rede in mein Referat einschmuggeln. Meine Bemerkung, die ich bezüglich der Volksbildungsbestrebungen gemacht habe, hat den Herrn Staatsminister zur Erklärung veranlaßt, daß der Verein Volksbildung hiermit nicht gemeint sein kann. Ich habe mit den tadelnden Bemerkungen, die ich gemacht habe, überhaupt nicht abgehoben auf einen bestimmten Verein, sondern nur von Einrichtungen im allgemeinen gesprochen. An den Verein Volksbildung habe ich gar nicht gedacht. Ich muß sagen, was, was mir von ihm bekannt ist, gibt zu tadelnswerten Bemerkungen keinen Anlaß.

Mit Herrn Bürgermeister Weiß stimme ich in dem, was er über den Gegenstand ausgeführt hat, insofern überein, als er sagte, es können auch auf diesem Gebiete Fehler gemacht werden. Er sprach von Unkraut. In der Definition dessen, was als Unkraut bezeichnet werden muß, scheinen wir dagegen nicht einig zu sein. Das ist aber eine wichtige Frage. Wer die Arbeiter belehren will, muß sie vor allen Dingen auf ein höheres Gebiet führen, nicht auf ein Gebiet, wo aus jeder Ecke eine andere Meinung herausruft, nicht auf solche vielbestrittenen Gebiete, wie die metaphysischen und die religionsphilosophischen. Die letzteren in die Vorträge eines Arbeiterdiskussionsklubs einzubeziehen, halte ich besonders deshalb für mißlich, weil sie das religiöse Gefühl berühren, da tief hineingreifen, wo der Mensch außerordentlich empfindlich ist und empfindlich sein muß, und wo die Gefahr besteht, daß man ihm durch Anregung von Zweifeln dieser und jener Art mehr schadet, als man ihm wiederzugeben und zu ersetzen sehr häufig in der Lage ist. Wenn mich ein Arbeiter, wie Herr Bürgermeister Weiß angeführt hat, fragen würde:

Und doch hat mich die frische Art des Mannes lebhaft interessiert, und eine andere Bemerkung, daß die Kunst nur für die Reichen da sei, die ihre Wände damit schmückten, suchte ich damit zu entkräften, daß ich in einem Schlußwort den Grundzug, der durch meinen Vortrag hindurchging, nochmals zusammenfaßte dahin, daß nur der, welcher das Kunstwerk geistig, seelisch erfassen kann, es sich aneignet, und daß es wohl vorkommen kann, daß, wenn er seinen geistigen Gehalt erfährt hat, er mehr Eigentümer sein kann, als der, welcher es materiell besitzt, daß dadurch die vielen Kunstwerke öffentlicher Sammlungen allen Denen gehören, die sie haben wollten, die sie geistig in Besitz nehmen können.

Der Antrag der Budgetkommission wird einstimmig angenommen.

Zu Punkt 3b, Ausgabe Titel XI, Wissenschaften und Künste, erhält das Wort der Berichterstatter

Wirkl. Geheimerat Dr. Bürklin: Ich habe die Ehre, Ihnen noch über Titel XI Bericht zu erstatten. Da ist zunächst das Sammlungengebäude. Hier pflegen die beiden hohen Häuser des Landtags den Wunsch auszusprechen, daß den räumlichen Mifständen im Sammlungengebäude endlich einmal Abhilfe zuteil werden möchte, und die Groß. Regierung pflegt regelmäßig darauf zu erwidern, daß sie von diesen Mifständen ebenfalls überzeugt sei, aber — die Finanzlage! Ich mache diese Bemerkung nicht, um einer freundlichen Gewohnheit unseres parlamentarischen Daseins zu huldigen, sondern um den Wunsch daran zu knüpfen, daß man hier auch möglichst bald die Mittel aufwendet, um den allseits gerügten Mifständen zu begegnen.

Auch hier handelt es sich um die Erhaltung unseres bestehenden Besitzes, denn die kostbaren Schätze, die in den Sammlungen untergebracht sind, vermodern, verrotten und verstauben, wenn sie nicht ihrer Beschaffenheit entsprechend behandelt werden, abgesehen davon, daß sie ihren Zweck verfehlen, wenn sie im Keller liegen anstatt ausgestellt zu sein zur Besichtigung durch das Publikum.

Dann kommt § 2, Hof- und Landesbibliothek. Auch hier beklagt man sich — Sie haben das auch aus den Verhandlungen der Zweiten Kammer entnommen — über die unzulänglichen Diensträumlichkeiten. Sie kennen den bekannten Ausspruch von Carlisle: „die beste Universität unserer Tage ist eine gute Bibliothek“. Aber die Bibliothek muß auch — das hat er vergessen hinzuzusetzen — so beschaffen sein, daß man sie im Winter benutzen kann, ohne sich schwerer Erkältung auszusetzen. Die Bibliothek ist nicht geheizt, und es ist der Wunsch der Bibliotheksbeamten, daß sie geheizt werden möchte. Ich finde diesen Wunsch berechtigt, und ich möchte die Erfüllung desselben namens der Budgetkommission der Regierung ans Herz legen. — Sie sehen dem Bericht der Zweiten Kammer eine Statistik angefügt. Aus dieser Statistik geht hervor, daß in erfreulicher Weise diese Bibliothek in aufsteigendem Maße benützt wird, also ihrem eigentlichen Zwecke dient.

Zu §§ 3—10 habe ich nichts zu bemerken.

§ 11: Hoftheater in Mannheim. Der Staat schenkt zu dem Hoftheater 23 000 M. zu, und, wie ich einige Zeitungsnotiz entnehme, steuert die Stadt Mannheim jährlich 439 000 M. bei, eine ganz erhebliche, der Stadt Mannheim zur Ehre gereichende Aufwendung.

Dann kommt schließlich noch die Position 12: Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Unternehmungen. Da habe ich nicht nur sondern auch andere Mitglieder des Hauses Zuschriften bekommen von dem Vorstand des Vereins der Badischen Heimat. Der Verein „Badische Heimat“ faßt verschiedene Vereine, die sich ebenfalls der Heimatpflege nach verschiedenen Richtungen gewidmet haben, zusammen. Er hat den Verein für Volkskunde in sich aufgenommen und den Verein für ländliche Wohlfahrtspflege und Heimatschutz; den Landtenverein in sich aufgehen zu lassen ist ihm noch nicht gelungen. Es sind 200 M. zur Unterstützung ausgesetzt worden. Früher wurde der Verein oder die einzelnen Teile desselben in erheblichem Maße vom Staat unterstützt. Es waren ursprünglich 5 000 M., die aber nach und nach zusammengeschnitten sind auf die gegenwärtigen 200 M. und weitere 100 M., die vom Ministerium der Innern zugesprochen werden. Der Verein bittet um Erhöhung dieser Zuschüsse. Er ist vortrefflich geleitet und verdient eine Erhöhung um seiner schönen Zwecke willen. Die Regierung hat in der Kommission ausgesagt, dem Wunsche zu entsprechen, wenn bei Aufstellung des Budgets zeitig ein entsprechender Antrag vom Reichstag gestellt wird. Ich möchte bitten, daß dem gestimmt wird; es handelt sich ja nicht um große Summen.

Dann war im anderen hohen Hause viel von der „bodenständigen Bauweise“ die Rede; man will die charakteristische Art des Bauens in vielen Teilen des Landes gewahrt wissen, und tut daran aus naheliegenden Gründen, über die ich mich hier nicht näher äußern brauche, recht. Es war der Herr Minister gütig, mir einen Erlaß an die Bezirksämter zuzuschicken, der das Thema in einer etwas umfangreicheren Weise behandelt. Ich muß gestehen, daß mir die Vertilgung dieses Erlasses eine helle Freude bereitet hat. Es ist hier wirklich, wo man hineinschaut, der Nagel an den Kopf getroffen. Es spricht so viel Wärme, so viel Interesse für die Sache aus ihm, daß ich ihn, wie ich schon sagte, mit großem Vergnügen und mit viel Vertrauen daraufhin gelesen habe, daß er in vielen Kreisen Beachtung finden wird. Es wird darin gewarnt vor der Ausführung von Bauten, die Straßen oder Plätze von geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung beeinträchtigen; es wird darauf hingewiesen, daß es manchmal nicht angezeigt erscheint, bestimmte Arten von Baustoffen zu verwenden; es wird des Weiteren darauf aufmerksam gemacht, daß der gleiche Schutz durch die örtlichen Bauordnungen auch für einzelne Bauwerke von geschichtlicher, künstlerischer oder künstlerischer Bedeutung (Baudenkmale) geschaffen werden kann. Dann werden besondere Bemerkungen gemacht zum Schutze hervorragender landschaftlicher Schönheiten. Ich erinnere an die Gefahr, die die Redarkanalisation für Heidelberg herbeiführen könnte. Das Aufstellen von Reklame — wenn Tafeln wird entsprechend berührt. Es wird ferner darauf hingewiesen wie man sich bei Sachverständigen Rats erholen kann, um Ersprießliches zu leisten.

Die Sache ist derart, daß ich dem Herrn Referenten gegenüber den Wunsch aussprechen möchte — allerdings nur persönlich und nicht namens der Kommission —, es nicht möglich wäre, diesen Erlaß zur Kenntnis der Bevölkerung zu bringen, denn in vielen Fällen ist man nicht in der Lage, die Behörden auf Grund gesetzlicher Bestimmungen zum Einschreiten zu veranlassen, sondern ist darauf angewiesen, in gütlichem Einvernehmen mit der Bevölkerung zum Ziel zu gelangen. Und die Bevölkerung würde dann, wenn sie vielleicht aus den Zeitungen, aus dem Amtsblatte Kenntnis von dem Erlaß erhält, viel eher geneigt sein, auf das gestellte Verlangen einzugehen als ohne das.

Ich erlaube mir, den Antrag zu stellen, das Budget, wie es Ihnen vorliegt, Titel XI, §§ 1—12 zu genehmigen, und zwar sind es im ganzen 370 687 M. im Ordinarium. Es sind im ganzen 7035 M. mehr infolge von anfallenden Gehaltszulagen und kleineren Posten.

Damit käme ich zum außerordentlichen Etat. Im außerordentlichen Etat begegnen wir Posten, die wir hier ständig antreffen: In § 1: Zur Förderung der Erhaltung und Restaurierung alter Kunst- und Baudenkmäler 60 000 M. In § 2: Zur Fortführung der Inventarisierung und Publikation der Kunstdenkmäler des Großherzogtums. Es ist, wie ich auch das letztemal schon ausgesprochen habe, mit so viel Heimatliebe und so viel Liebe das, was unserem Lande an Kunstschätzen noch verbleiben ist, in diesem Werke inventarisiert und mit klarem, sachverständigem Text begleitet, daß man seine Freude daran haben kann. Wir müssen uns den Herren, welche diese Inventarisierung und Publikation herbeiführen, zu ganz besonderem Dank verpflichtet fühlen. Es wäre nun mein Wunsch, allerdings auch nur ein persönlicher, daß der Preis dieser Werke so gestellt würde, daß ihr Eindringen auch in größere Teile des Publikums möglich wäre. Ich bin in der glücklichen Lage gewesen, durch die Aufmerksamkeit des Herausgebers die Sache immer dediziert bekommen zu haben. Der hervorragende Verfasser, Herr Geheimrat Hofrat von Schelchauer, hat mich auch schon durch Widmung seiner Publikationen erfreut. Aber wie viel sie kosten, weiß ich insofern nicht. (Zuruf: 650 M.) 650 M. wäre allerdings für diese Ausstattung ein geringer Preis. Zu den §§ 3—5 habe ich nichts zu bemerken.

Ich habe noch ergänzend anzufügen, daß zur Anschaffung von Kunstgegenständen auch noch in einem anderen Teil unseres Budgets Mittel vorgesehen sind, nämlich in dem Etat der Forst- und Domänenverwaltung. Da sind in Titel IV § 32 zur Anschaffung von Kunstgegenständen für die Kunsthalle in Karlsruhe 30 000 M. vorgesehen. Damit ist dann aber alles aufgeführt, was von Seiten des Staates für Kunst und Wissenschaften getan wird, — budgetmäßig! Ich wiederhole meinen Antrag.

Geheimer Hofrat Professor Dr. Richard Schmidt: Es ist mir eine ganz kurze Ergänzung der Bemerkungen, die Herr Referent soeben gemacht hat, wenn ich die Aufmerksamkeit der Großh. Regierung auf einen Verein lenke, der die Bestrebungen, die soeben als segensreiche Bestrebungen zum Schutz der ästhetischen Denkmäler Badens geschildert worden sind, auch auf wertvolle Naturobjekte

erstreckt. Er nennt diese Schutz im Gegensatz zum Heimatschutz „Naturschutz“. Er wählt zum Gegenstand des Schutzes etwa interessante erratische Blöcke oder die großen Wettertannen am Feldberg, die Sicherung des gelben Enzians oder anderer Pflanzen vor Ausrottung mit der Wurzel. Auf Initiative dieses Vereins hat bereits das Großh. Ministerium des Innern gelegentlich seiner Tätigkeit Förderung angebeifhen lassen, indem es an die Bezirksämter Badens Anweisungen ergehen ließ, bei den Schulkindern etwa durch Vermittlung der Feld- und Waldhüter, aufklärend zu wirken. Der Verein hat aber nun neuerdings auch in größerem Maße diese Tätigkeit zu entfalten gewußt, indem er eine systematische Inventarisierung eingeleitet hat dadurch, daß er an die Schulbehörden und Bezirksbehörden Fragebogen ausgeben läßt, speziell auch an die Gemeindebehörden, die über die vorhandenen der Erhaltung würdigen Naturobjekte Auskunft geben sollen. Da wäre dem Verein außerordentlich viel daran gelegen, wenn er auch weiter der Förderung der Regierung teilhaftig würde, vor allen Dingen dadurch, daß er für diese Bestandsaufnahme und für die aufklärende und belehrende Mitarbeit eine mäßige Geldunterstützung überwiesen erhalten könnte.

Bei dieser Gelegenheit darf ich nochmals auf die Hochschule zurückkommen, ohne aus dem Rahmen dieses Teils des Budgets herauszutreten. Ich möchte mit einem Worte meiner Genugtuung darüber Ausdruck geben, wie sehr auch das Großherzogliche Ministerium des Innern, wo seine Funktionen sich mit den Interessen der Hochschule berühren, unsere Interessen zu fördern weiß. Ich denke dabei an die bedeutsame Tatsache, daß vor kurzem die geologische Landesanstalt nach Freiburg verlegt worden ist, an der mein geologischer Kollege als Leiter schon lange eine hingebende und unermüdete Tätigkeit entfaltet hat. Durch die Verlegung der Anstalt nach Freiburg wird ihm diese Arbeit außerordentlich erleichtert werden und zugleich ein höchst wertvolles Anschauungsmaterial für den akademischen Unterricht gewonnen sein.

Der Antrag der Kommission wird einstimmig angenommen.

Schluß der Sitzung: 6 Uhr 35 Min.

\* Karlsruhe, 2. März. 45. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Donnerstag den 2. März 1910, nachmittags 1/4 Uhr:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

Bericht der Budgetkommission und Beratung über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern für 1910 und 1911, Ausgabe Titel VIII: Für Gewerbeaufsicht und Durchführung der sozialen Gesetze — Drucksache Nr. 12 a —, und damit in Verbindung den Antrag der Abgg. Bechtold und Genossen, den Ausbau der Gewerbeinspektion durch Anstellung hinreichender Hilfskräfte aus Arbeiterkreisen und die Schaffung einer Kontrollbehörde für das Baugewerbe betreffend — Drucksache Nr. 30 —; Berichterstatter: Abg. Willi.

\* Karlsruhe, 2. März. 7. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Dienstag den 8. März 1910, vormittags 9½ Uhr:

1. Bekanntgabe neuer Einläufe.

2. Mündlicher Bericht der Petitionskommission und Beratung über die Petition der mittleren, im Bezirksdienst stehenden Justizbeamten, den Gehaltstarif betreffend; Berichterstatter: Dr. Freiherr von La Roche-Starkenfels.

3. Mündlicher Bericht der Budgetkommission und Beratung über das Budget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts (Hauptabteilung III) für die Jahre 1910 und 1911, Ausgabe Titel X: Unterrichtswesen, II. Höhere Schulen und Volksschulen; Berichterstatter: Wirklicher Geheimrat Dr. Bürlin.

4. Bericht der Kommission für Justiz und Verwaltung und Beratung über den Gesetzentwurf, betreffend die Irrenfürsorge, B.Nr. 41; Berichterstatter: Oberbürgermeister Dr. Bildens.

